

58

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 1. März 1918. Nr. 58.

Die städtische Wohnungsfürsorge nach dem Kriege. Der Gemeinderatsausschuss für städtische Wohnungsfürsorge hat gestern den letzten Teil der Vorschläge des Wohnungsamtes, nämlich die Errichtung einer städtischen Kreditstelle für Kleinwohnungsbau behandelt und gemäss den gestellten Anträgen genehmigt. Ebenso die Art der *Herstellung* der veranschlagten 24.000 Wohnungen. Hiemit ist die Vorberatung der gesamten Vorlage abgeschlossen und es wird sich demnächst der Gemeinderat mit der Angelegenheit zu befassen haben. Mit Rücksicht auf die grosse Dringlichkeit der erforderlichen Herstellungen und die Schwierigkeiten in Bezug auf Arbeit und Materialbeschaffung wird auch vom Stadtbauamte bereits die Sicherstellung der einzelnen Lieferungen vorgesehen. Zum Schlusse der Sitzung brachte Herr Jung namens des Vereines deutsch-christlicher Mieter den Dank der Mieterschaft für die Bemühungen des Wohnungsamtes und Stadtbauamtes zum Ausdruck.

Der Geburtstag des Königs der Bulgaren. Bürgermeister Dr. Weidkirchner hat namens der Stadt Wien dem König Ferdinand anlässlich seines Geburtstages die Glückwünsche übermittelt. Der bulgarische König dankte mit folgendem Telegramm: Mit lebhafter Befriedigung erfüllten mich die liebenswürdigen Worte und Glückwünsche, die Eure Exzellenz namens der Reichshaupt- und Residenzstadt anlässlich meines Geburtstages in mich tief rührender Weise zum Ausdruck brachten. Ich danke Euer Exzellenz und der Einwohnerschaft Wiens wärmstens für das treue Gedenken und bitte Gott, das er Ihre für mein und meines Volkes Glück und Wohl gehegten Wünsche gnädig erhören möge.

Lernmittelabgabe an Schulkinder. In einer der letzten Sitzungen des Gemeinderates hatte CR. Hohensinner die unentgeltlich Verabfolgung von Lernmitteln an sämtliche Schulkinder angeregt. Hierüber erstattete StR. Tomola in der letzten Sitzung des Stadtrates einen eingehenden Bericht, in welchem er auch einen Ueberblick über die Anzahl der Schulkinder und die Kosten für Armenlernmittel in den letzten 7 Jahren gab. Während sich die Anzahl der Schulkinder von den Schuljahren 1911/12 bis 1915/16 zwischen 240<sup>000</sup> und 242.000 bewegte, sank sie im Schuljahre 1916/17 auf 234.500, im Schuljahre 1917/18 auf 223.200 Kinder. Die Zahl der mit Armenlernmitteln beteiligten Kinder stieg stetig von 114.603 im Jahre 1911/12 auf 128.125 im Jahre 1916/17 und ging erst im letzten Schuljahre, offenbar infolge der Verminderung der Anzahl der Schulkinder, auf 125.822 zurück. Hieraus kann geschlossen werden, dass der Geburtenrückgang nicht erst während des Krieges, sondern schon im Anfange dieses Jahrzehntes <sup>stärker</sup> einsetzte. Mit Rücksicht auf die ausserordentliche Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und in dem Bestreben zur Erreichung des Lehrzieles bei allen Schulkindern tunlichst mitzuhelfen, beschloss der Stadtrat nach dem Antrage des Berichterstatters die bestehende Vorschrift für die Beistellung und Verabreichung von Lernmitteln auf Gemeindekosten an dürftige Schulkinder in der Weise abzuändern und

zu ergänzen, dass auch die Pflegebefohlenen des städtischen Jugendamtes ohne Erhebung und ohne besondere Anweisung des Armeninstitutes mit Lernmitteln zu betheilen sind; dass ferner auch die Schüler der ersten und zweiten Volksschulklasse in die Lernmittelbeteiligung einbezogen werden und dass für die Beurteilung der Dürftigkeit der die Zuwendung der Lernmittel der Gemeinde anstrebenden Eltern ein die herrschenden Wirtschaftsverhältnisse berücksichtigender Masstab angewendet werde. Die Bezeichnung „Armenlernmittel“ ist durch „Lernmittel aus öffentlichen Mitteln“ zu ersetzen. Die Aenderungen treten mit dem kommenden Schuljahre in Wirksamkeit. Die Mehrkosten betragen 130.000 Kronen.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Antrage des StR. Poyer wird die Abteilung der Liegenschaft 13, Bezirk Speisingerstrasse 12 auf 2 Baustellen und die Abteilung der Liegenschaft im 10. Bezirk an der Sonnwendgasse auf Bau-, Strassen- und Platzgrund genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Wessely wird die Ueberlassung der hölzernen Wagenhalle der städtischen Stellwagenunternehmung im 19. Bezirk Würthgasse an die städtische Strassenpflege mit den Kosten von 35.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Braun wird die Aenderung der Pfarrsprengel der Pfarren St. Anton von Padua im 10. Bezirk und Zur unbefleckten Empfängnis Mariens im 11. Bezirk genehmigt. Die neue Grenze fällt mit der Bezirksgrenze zusammen und die an der verlängerten Hauptstrasse liegenden Eisenbahnerhäuser werden zur Pfarre Neu-Simmering einbezogen. - Nach einem Antrage des StR. von Steiner wird ein Grundteil in Grinzing an der Himmelstrasse im Ausmasse von 290 m<sup>2</sup>, welcher teilweise zur Strasse abgetreten ist, teilweise als Vorgartengrund benötigt wird, um 6600 Kronen überlassen. - Nach einem Antrage des StR. Braun wird eine Grundfläche in Simmering an der Simmeringer Lände im Ausmasse von 1150 m<sup>2</sup> um 175.600 Kronen angekauft. - Nach einem Antrage des StR. Schneider werden 1,160.000 Kronen auf den Ankauf von rund 50.000 m Stoffen zur Ergänzung der Vorräte der städtischen Strassenbahnen bewilligt. - Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wird die Krankenbaracke im Epidemiespitale an der Triesterstrasse dem Krankenanstaltenfonds bis auf Widerruf zur Errichtung eines Ambulatoriums für innerlich Erkrankte überlassen. - Nach einem Antrage des VB. Hoss wird die Aufstellung von 4 Maisrebelmaschinen für die Lagerhäuser der Stadt Wien mit den Kosten <sup>1000</sup> 19.800 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des VB. Rein wird die Anschaffung von 300 Stück Eiszellen für die Eiszeugung des Brauhauses der Stadt Wien mit den Kosten von 6400 Kronen genehmigt.

Stadtrat Brauneis. StR. Brauneis war längere Zeit schwer krank und ist gestern wieder in der Stadtratsitzung erschienen. Er wurde anlässlich seiner Genesung vom Vorsitzenden beglückwünscht.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 2. März 1918. Nr. 59.

Kohlenabgabe. Der Magistrat hat die Kohlenabgabe im Monate März festgesetzt wie folgt: Den ganzen Küchenbrand für die 18. bis 22. Woche, das ist vom 3. März bis 6. April 1918 mit 25 kg Steinkohle beziehungsweise 32 kg Braunkohle. Den ganzen Zimmerbrand für die 18. bis 19. Woche, das ist vom 3. bis 16. März 1. J. mit 25 kg Steinkohle beziehungsweise 32 kg Braunkohle; für die 20. bis 22. Woche, das ist vom 17. März bis 6. April 1. J. mit 20 kg Steinkohle beziehungsweise 25 kg Braunkohle. Gleichzeitig werden die Kleinkohlenhändler verpflichtet, in erster Linie den Küchenbrand voll auszugeben. Erst dann, wenn sämtliche der bei derselben Abgabestelle rayonierten Kunden die ihnen auf Grund ihrer Küchenbrandkarten gebührende Wochenmenge voll erhalten haben, darf der erübrigte Vorrat zur Deckung des Zimmerbrandes herangezogen werden. Zufolge dieser Anordnung kann die Ausgabe des Zimmerbrandes erst in den letzten Wochentagen erfolgen. Es werden daher die durch die Brot- und Mehlkommissionen auf den Zimmerbrandkarten eingesetzter Abgabetermin als nunmehr belanglos ausser Kraft gesetzt. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, dass nur die Abschnitte der jeweils laufenden Woche Gültigkeit haben und aus welchem Grund immer nicht eingelöste Abschnitte der Vorwochen verfallen sind. Um Missbräuchen vorzubeugen, wird das Publikum im eigenen Interesse angewiesen, nur soviel Abschnitte von den Kohlenkarten abtrennen zu lassen, als tatsächlich Kohle abgegeben wird, andererseits verfallene Abschnitte selbst von der Kohlenkarte abzutrennen und zu entwerten.

Petroleumabgabe. In der Zeit vom 3. bis einschliesslich 30. März werden auf Grund der Petroleumbezugskarten nachfolgende Mengen ausgefolgt: für Wohnungen, Waschküchen und Beleuchtung der Flure, Stiegen und Gänge für jede Flamme je  $\frac{1}{4}$  Liter, für Aftervermietungen  $\frac{1}{8}$  Liter und für Heimarbeiter und Geschäftslokale  $\frac{3}{8}$  Liter.

Kerzenabgabe. Im Monat März wird für Wohnungen ohne Unterschied ihrer künstlichen Beleuchtung, ferner für Wohnungen und Aftervermietungen, für welche Petroleumbezugskarten ausgegeben wurden, je eine Kerze im Gewichte von  $\frac{1}{30}$  kg ausgefolgt. Als Bezugskarten gelten wie bisher der amtliche Einkaufsschein und die Petroleumbezugskarte für Wohnungen und Aftervermietungen. Beim amtlichen Einkaufsschein ist im Monate März die auf der rechten Seite befindliche Ziffer 19 abzutrennen.

Abgabe von Unterzundholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 3 kg Unterzundholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 3. bis 10. März gegen Abtrennung des ziffernabschnittes 30 des amtlichen Einkaufsscheines. Der Preis des städtischen Unterzundholzes (gespalten) beträgt 30 h für Weichholz und 22 h für Hartholz für 1 kg.

Abgabe von Dörrgemüse. In der kommenden Woche wird vom 7. bis 10. ds. M. wieder Dörrgemüse (Mischgemüse) abgegeben. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes des amtlichen Einkaufsscheines mit der Ziffer 41. Der Preis beträgt für 10 dkg K 1.-, für 15 dkg K 1.50.

Marmeladeabgabe. Die nächste Ausgabe von Marmelade beginnt Dienstag den 5. d.M. für die Buchstaben A - F, 6. G - J, L, 7. K, M-O, 8. P-R, S, St, 9. Sch, T-Z. Von Montag, 11. d.M. angefangen erfolgt die Ausgabe für alle Haushaltungen, welche an den oben erwähnten Tagen Marmelade nicht beziehen konnten. Die Abgabe der Marmelade erfolgt nur gegen amtliche Ausweiskarten. Für jede im Haushalte verköstigte Person ist entsprechend der im Einkaufsscheine ersichtlich gemachten Personenanzahl  $\frac{1}{2}$  kg Marmelade abzugeben. Vom amtlichen Einkaufsscheine hat der Verkäufer den mit der Ziffer 34 bezeichneten Abschnitt abzutrennen. Eine Abgabe der Zubussen für Kinder und Schwerarbeiter erfolgt diesmal nicht, sondern erst bei der nächsten Ausgabe.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche mit 1 kg festgesetzt, da die städtischen Vorräte zur Ausgabe der bisher üblichen Wochenmenge nicht mehr ausreichen und die Neuankunft von Kartoffeln durch das in den Aufbringungsgebieten bis in die letzte Zeit herrschende Frostwetter noch nicht voll einsetzen konnte. Die Abgabe geschieht in der gewöhnlichen Weise und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes H der Kartoffelkarte.

Erste österreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate Februar 1918 wurden bei der Ersten österreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 25.460 Parteien K 25,112.693 eingelegt, an 15.095 Parteien K 18,332.370 rückgezahlt und belief sich der Gesamt-Einlagen-Stand am 28. Februar auf K 712,113.050. Hypothekar-Darlehen wurden K 1,214.200 zur Zeichnung von Kriegssamleihe zugezählt, dagegen K 1,734.578 rückgezahlt und stellt sich der Stand der Hypothekar-Darlehen am 28. Februar auf K 325,793.003. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich am 28. Februar auf K 18,189.976 und waren an 60 jährl. Pfandbriefen im Umlaufe K 18,658.200. Wechsel wurden K 18,040.990 eskomptiert und K 18,643.992 einkassiert; der Stand des Wechsel- und Salinen-Portefolles betrug am 28. Februar K 52,108.630.

59 a

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

Herabsetzung der Kartoffelquote.

Mit Bezug auf die in mehreren Tagesblättern vom 2. März erschienene Erklärung des Herrn Stadtrates Dr. Oskar Hein, daß es bei energischer Einflussnahme auf die Regierung möglich sein müßte, die zur Aufrechthaltung der  $1\frac{1}{2}$  kg Quote nötigen Kartoffeln aufzubringen und daß der Versorgungsplan für Wien zu sehr auf galizischen Lieferungsverträgen beruhe, wird aus dem Rathause mitgeteilt:

Bereits am 24. Jänner hat der Magistrat an das k. k. Amt für Volksernährung über den Stand der Kartoffelvorräte berichtet und schon damals den 9. März als den Zeitpunkt angegeben, an welchem die städtischen Vorräte erschöpft sein werden. Gleichzeitig wurde die Ablieferung der noch ausstehenden Vertragskartoffeln eingeleitet. Mitte Februar wurde das Amt für Volksernährung neuerlich auf den Stand der städtischen Kartoffelvorräte aufmerksam gemacht und abermals ersucht, den Beginn der Kartoffelanlieferungen zu beschleunigen. Auch seit dieser Zeit wurde wiederholt, sowohl beim Amte für Volksernährung, als auch bei der niederösterreichischen Statthalterei und der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt durch die Organe der Gemeinde Wien vorgesprochen und auf den schleunigen Beginn der Anlieferungen gedrungen. Vom Amte für Volksernährung wurde auch im kurzen Wege mitgeteilt, daß alle Vorkehrungen getroffen seien, Kartoffeln nach Wien zu bringen. Daß die Kartoffelanlieferungen trotzdem bisher noch nicht einsetzen konnten, liegt in den Witterungsverhältnissen begründet, da in Galizien noch bis 23. Februar Frostwetter, beziehungsweise Schneefall herrschte und auch in den anderen Kronländern die Witterungsverhältnisse nicht günstig waren. Erfahrungsgemäß setzt eine größere Kartoffelanlieferung schon aus technischen Gründen nur allmählich und nicht mit einem Male in der ganzen Stärke ein und erreicht nur nach und nach die erforderliche Höhe. Das Amt für Volksernährung hat im übrigen der Gemeinde Wien mitgeteilt, daß alle Maßnahmen getroffen worden seien, um bereits im Laufe der nächsten Woche derartige Mengen Kartoffeln nach Wien zu bringen, daß eine Stockung in der Kartoffelversorgung vermieden werden kann. Der Versorgungsplan für Wien beruht keineswegs in erheblichem Maße auf galizischen Lieferungsverträgen. Der Bedarf Wiens für die ganze Versorgungszeit von Oktober 1917 bis einschließlich Juni 1918 beträgt bei der  $1\frac{1}{2}$  kg Quote rund 12.000 Waggons Kartoffeln, von diesen wurden nur rund 2000 Waggons im Wege von Lieferungsverträgen in Galizien sichergestellt, also nur  $\frac{1}{6}$  des Bedarfes. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat gestern beim Präsidenten Dr. Paul des Ernährungsamtes und heute neuerlich beim Ministerpräsidenten vorgesprochen und unter Hinweis auf die Lage <sup>auf</sup> die nachdrücklichste Förderung der Kartoffelzusätze gedrungen.

60 Wiener Rathaus-Korrespondenz.  
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 4. März 1918. Nr. 60.

Bezirksstelle Währing des Zweigvereines „Stadt Wien“. Der Zweigverein „Stadt Wien“ des k.k. österreichischen Militär-Witwen- und Waisenfondes schreitet nunmehr daran, in sämtlichen Bezirken Wiens eigene Bezirksstellen zu errichten, denen die praktische Werbe- und Propagandaarbeit für die gesamte Aktion obliegen wird. Am 28. Februar fand die gründende Versammlung der Bezirksstelle Währing statt. Erschienen waren mit

Bezirksvorsteher Baumann die Vertreter der dortigen Bezirksleitung, namens der Zentralkanzlei des Witwen- und Waisenfondes hatte sich Vizepräsident Baron Springer eingefunden. Der Vorsitzende Generalmajor von Sterz, Vizepräsident des Zweigvereines eröffnete die Versammlung mit einer Begrüssung der erschienenen Persönlichkeiten, Dr. Ernst Hampel <sup>v. Amick-Ratta</sup> die Ziele und Aufgaben des Witwen- und Waisenfondes, wies auf die Notwendigkeit einer eifrigen Werbearbeit behufs Aufbringung der nötigen Geldmittel hin und hob besonders hervor, wie wichtig die Mitarbeit der ganzen Bevölkerung an dieser grosszügigen Fürsorgeaktion sei, um einen praktischen Erfolg zu erzielen. Anschliessend sprach Frau Baronin Troilo als Vertreterin der Frauenkriegsbeisteuer über das Wesen und Zweck dieser segensreichen Sektion des Witwen- und Waisenfondes und wendete sich mit eindringlichen Worten an alle Frauen, mit ganzen Kräften an diesem grossen Liebeswerk mitzuarbeiten.

Gewählt wurden: Kaiserl. Rat Bezirksvorsteher Anton Baumann (Vorsitzender), Pfarrer Ignaz Wenzel, Bezirksschulinspektor Franz Tremmel, Dr. Franz Wittmann, Notar, Landesgerichtsrat Oskar Raffelsberger, Polizeirat Julius Sturminger und Oberstabsarzt Dr. Hans Scheidl, ferner Frau Sektionsrat Friedrich Gärtner, Frau Sektionschef Arnold von Kraany, Generalmajor Karl Kohl Edler von Kohlried, Hugo Heinrich Popper und Staatsanwalt Dr. Robert Georg Winterstein sowie Bergwerksbesitzer Friedrich Förster. Zum Schlusse beantragte der Vorsitzende Generalmajor von Sterz die Absendung eines Huldigungstelegramms an die Protektoren den Kaiser und die Kaiserin!

Veröffentlichung des Ausgleiches mit Ungarn. Am 6. v.M. hatte GE. Dr. von Dorn einen Antrag in der Gemeinderatsitzung gestellt, die im vorigen Jahre von den beiden Regierungen provisorisch vereinbarte Neuregelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen Oesterreich und den Ländern der ungarischen Krone ehestens zu veröffentlichen. StR. von Steiner erstattete hierüber in der letzten Sitzung einen eingehenden Bericht und betonte insbesondere, dass durch die Nichtveröffentlichung der provisorischen Vereinbarungen die Gemeinde in ihren für die Zukunft und insbesondere für die Uebergangswirtschaft schon jetzt zu ergreifenden Verwaltungsmassnahmen auf dem Gebiete der Approvisionnement auf's Empfindlichste gehindert und gebunden ist. Die Bevölkerung habe <sup>aber auch</sup> ein Recht darauf, die Höhe der Quote, die Bestimmungen über die Getreide-, Vieh- und Fleischzölle, über das Vieh- und Fleischkontingent, über die Einfuhrverbote etc. in Kenntnis zu sein. Die Veröffentlichung der Vereinbarungen seien geeignet, alle im Volke umlaufenden Gerüchte und Bedenken wegen einer angeblichen Beeinträchtigung der Interessen Oesterreich zu zerstreuen. Nach dem Antrage des Berichterstatters wurde beschlossen, an die Regierung das dringende Ersuchen zu stellen, die provisorischen Vereinbarungen mit Ungarn ehestens öffentlich bekannt zu geben.

Lehrfahrtsfleisch. Die Fleischabgabe an die Besitzer der grünen, blauen und braunen Einkaufscheine wurde für die 50. Woche mit

Genehmigung des Amtes für Volksernährung in folgender Weise geregelt:  
Rind- oder Schafffleisch wird in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlachtereier im bisherigen Ausmasse gegen Abtrennung des

Abschnittes 29 vom amtlichen Einkaufscheine zum Einheitspreise von K 3.60 für 1 kg abgegeben werden <sup>3.20</sup> 11. März A bis F, 14. G bis K, 16. L bis R, 18. <sup>18.00</sup> S bis Z.

61  
**Wiener Rathaus-Korrespondenz.**  
Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Franz Michew,**  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 5. März 1918. Nr. 61.

Ausgabe neuer amtlicher Einkaufscheine. Gestern (Montag) begann die Ausgabe der neuen amtlichen Einkaufscheine. Morgen (Mittwoch) wird die Ausgabe für die Buchstaben I bis L fortgesetzt, Donnerstag folgt M bis Q, Freitag R, S und Sch, Samstag St, T bis Z. Die neuen Einkaufscheine werden bei den zuständigen Brot- und Mehlkommissionen in der Zeit von 8 Uhr bis 11 Uhr vormittags und von 2 Uhr bis 5 Uhr nachmittags gegen Vorweisung der bisher geltenden amtlichen Einkaufscheine, welche bis auf weiteres in Kraft bleiben, ausgefolgt. Sie sind innerhalb 2 Tagen nach Erhalt beim bisherigen Zucker- bzw. Kaffeeverkäufer behufs Eintragung in die Kundenliste vorzuzeigen.

Wohnungsverhältnisse in Wien. Die Wohnungsfrage hat in der letzten Zeit grosse Bedeutung gewonnen; es kommt daher eine vom Wohnungsamt der Stadt Wien herausgegebene kleine Schrift über die Ergebnisse der letzten Wohnungszählung gerade zur rechten Zeit. In übersichtlicher und dabei den Gegenstand vollständig klarlegender Form werden alle Wohnungsverhältnisse in Wien behandelt. Elf Tabellen und vier graphische Darstellungen sind der Schrift beigegeben. Von den letzteren gibt insbesondere eine sorgfältig in Vierfarbendruck ausgeführte Uebersicht ein vollständiges Bild der Wohnungsverteilung in allen Bezirken. Für jeden, der sich mit der Wohnungsfrage und den grossen auf diesem Gebiete bevorstehenden Aufgaben befasst, wird diese Schrift einen unentbehrlichen Behelf bilden. Das gut ausgestattete Heft ist zum Ladenpreis von 1 Krone bei Gerlach & Wiedling in Kommission.

Pferdelizitationstage im März 1918. Stabiles Pferdespital Wien: 7. und 25.; Stockerau 10. und 26.; Brunn 14.; Göding 18.; Pferdeverwertung stelle Wr. Neustadt 6. und 27.; Hardt bei Amstetten 21.; Spratzern bei St. Pölten 19.; Purgstall 20.; Trebitsch 15.; Wischau 16.; Ung. Hradisch 17.; Znaim 11.; Wien-Meidling 8. und 24.; Wien-St. Marx 9. und 23.; Zwettl 24. März 1918.

Lueger-Gedächtnismesse. Am 10. d.M. jährt sich zum 8. Male der Todestag des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger. Aus diesem Anlasse wird am Samstag, 9. d.M. um 9 Uhr vormittags in der Votivkirche eine Gedächtnismesse gelesen werden.

Obmänner - Konferenz. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und des VB. Hierhammer und in Anwesenheit der VB. Hoss und Rain fand heute die 91. Obmänner - Konferenz des Wiener Gemeinderates statt. Einleitend teilte Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit, dass er das Stadtphysikat beauftragt habe, im Wirkungskreise der Gemeindeverwaltung sofort alle Vorkehrungen zu treffen, die erforderlich sind, um den grossen sanitären Gefahren, welche unter Umständen mit der Rückkehr unserer Soldaten aus der russischen Kriegsgefangenschaft verbunden sind, in wirksamer Weise entgegenzutreten.

Magistratsrat Dr. Wanschura berichtete hierauf über die gegenwärtige Fleischmisere und schilderte die staatliche Organisation der Aufbringung der Rinder, sowie jene Schritte, welche von der Regierung geplant sind, um eine entsprechende Verteilung des Rindfleisches auf die einzelnen Haushaltungen herbeizuführen und vor Allem die doppelte oder sogar mehrfache Belieferung gewisser privater Haushaltungen mit Rindfleisch in Hinkunft unmöglich zu machen.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg erstattete hierauf einen Bericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien und gab die zahlreichen und ununterbrochenen Schritte bekannt, die der Magistrat bereits seit Jänner d.J. bei allen in Frage kommenden Stellen unternommen hat und teilte mit, dass nach dem über den ganzen Winter andauernden völligen Stillstande der Zufuhren diese erst in den letzten 2 Tagen wieder einsetzten, so dass bei Fortdauer der regelmässigen Zuschübe Aussicht vorhanden ist, dass in der Versorgung der Bevölkerung mit der 1 Kg-Quote eine Stockung vermieden werden kann.

Zum Schluss nahm die Konferenz einen Bericht des Magistratsrates Dr. Roßkopf über die Brot- und Mehlversorgung der Stadt Wien zur Kenntnis, in welchem der Referent der Hoffnung Ausdruck gab, dass das Mischungsverhältnis für Brotmehl in der nächsten Zeit eine Besserung erfahren dürfte.

# 62 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,

Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 6. März 1918. Nr 62.

Lehrer - Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Georg Markl und Eduard Fuessl zu Volksschullehrern 2. Klasse; Franziska Ackerl, Laura Eugler, Emma Felkel, Anna Gerlach, Marie Jirka, Annalie Kanta, Olga Lang, Elisabeth Seifert und Gabriele Weyr zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

Gemüseanbau. Mit Stadtratbeschluss vom 11. Oktober vorigen Jahres wurde der Magistrat ermächtigt, die Förderung des Anbaues im Jahre 1918 in der gleichen Weise wie bisher fortzusetzen. Der Stadtrat beschloss in seiner letzten Sitzung nach einem Antrage des VB. Hierhammer für den Anbau von Nahrungsmitteln durch Schulkinder 10.000 Kronen zu bewilligen. Für die Beschaffung von Samen, Samenpflänzchen und Saatkartoffeln, welche den Schulkindern, den Kriegsgemüse- und Schrebergärtnern unentgeltlich überlassen werden, wurden 5000 Kronen bewilligt.

Ehrenpension für Franz Keim. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Schwer dem über 78 Jahre alten Schriftsteller Franz Keim in Anerkennung seiner hervorragenden Tätigkeit auf dem Gebiete der heimatlichen Dichtkunst eine Ehrenpension auf Lebensdauer zu verleihen.

Wasser- und Eisenbahnbaupläne in Ungarn und in Oesterreich. Zeitungsnachrichten zufolge wird in Ungarn schon geraume Zeit an Projekten für Wasserstrassen und Eisenbahnen gearbeitet. Staatssekretär Dr. Elemar Hantos soll erklärt haben, dass im kgl. ungarischen Handelsministerium der Plan zum Ausbau der ungarischen Flüsse, Hafenanlagen und Kanäle bereits fertig sei und der Verwirklichung harre. Auch der Umbau der Budapester Bahnhöfe und die Herstellung eines grossen Transitbahnhofes werde schon dieser Tage begonnen werden, die Bahnen werden doppelgleisig ausgestaltet, sehr viele Linien elektrisch betrieben werden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat diese Mitteilung zum Anlass genommen, um sich in einer Denkschrift an Ministerpräsidenten Dr. von Seidler zu wenden. Er weist gegenüber den grosszügigen Absichten der ungarischen Regierung darauf hin, dass in Oesterreich nicht von derartigen Plänen verlautet. Der für Wien und ganz Oesterreich so wichtige Donau-Oder-Kanal ist vollständig baureif, erkönnte jederzeit in Angriff genommen werden, die österreichische Donau bedürfe nur an einigen wenigen Stellen des entsprechenden Ausbaues. Diese Arbeiten dürfen nicht mehr hinausgeschoben werden, soll nicht die Entwicklung der österreichischen Reichshälfte unwiederbringlich Schaden erleiden. Die Stadt Wien sei an dem Ausbaue der Wasserstrassen in besonderem Masse interessiert, da sie durch ihre natürliche Lage berufen ist, der Mittelpunkt des mitteleuropäischen Wasserverkehres zu werden. Aehnlich sei es auch mit der Ausgestaltung der Eisenbahnen. Der Krieg habe zwar die Transitlinien in und bei Wien beschleunigt, es sei aber die von der Stadt Wien seit Jahren betriebene Regelung der Wiener Bahnhöfe nach keinen Schritt weiter gediehen, die Elektrifizierung der Stadtbahn, der Bau neuer Stadtschnellbahnen, der elektrische Betrieb auf den Vollbahnen, der Bau verschiedener Bahnlinien seien trotz aller Bemühungen nach immer nicht zur Lösung gebracht worden. Die Denkschrift gelangt zu der Bitte, die Regierung möge im Interesse der Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft wie in besonderem Interesse der Stadt Wien der Ausgestaltung der österreichischen Wasserstrassen und der Eisenbahnen

das entsprechende Augenmerk und eine wohlwollende Förderung zuwenden, vor allem aber die Herstellung des Donau Oderkanales und den Ausbau der Donauregulierung ohne weiteren Verzug in die Wege leiten sowie

hinsichtlich der Wiener Bahnhofsfragen und der Wiener Stadt- und Schnellbahnfragen ehestens eine gedeihliche Lösung ermöglichen.

04  
**Wiener Rathaus-Korrespondenz.**  
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 7. März 1918. Nr 63.

Die nächste Hauslistenabgabe und Ausgabe der Lebensmittelkarten. Die nächste Hauslistenabgabe findet am Samstag, 9. d.M. statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, 16. d.M. die Brot- und Mehlkarten für die 154. bis 161. Woche, die Fett- und Butterkarten für die 79. bis 86. Woche, die Milchkarten für die 57. bis 64. Woche und die

03  
**Wiener Rathaus-Korrespondenz.**  
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, 6. März, 1918. - Abendausgabe. No. 63.

Zum Friedensschlusse mit Rumänien. Ueber Verfügung des Bürgermeister Dr. Weiskirchner werden aus Anlass des Friedensschlusses mit Rumänien die städtischen Gebäude und Aemter durch drei Tage besflaggt werden.

Der Pachtvertrag läuft bis zum Jahre 1927. Zum sofortigen Anbau können Brotgetreide, Mais, Mischling, Möhren und andere Rübenarten kommen, insbesondere ist der Boden für Kartoffelanbau geeignet. In den geräumigen, gut erhaltenen Stallungen können 70 Milchkühe untergebracht werden. Das Inventar umfasst neben 40 Milchkühen, 17 Kalbinnen und 13 Pferden eine vollständige Einrichtung an Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten; auch Getreidevorräte, sowie erhebliche Mengen von Bohnen, Kartoffeln etc. sind vorhanden. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des Berichterstatters das Gut bis zu dem genannten Zeitpunkte zu pachten und das lebende und tote Inventar um den Gesamtbetrag von rund 130.000 Kronen zu übernehmen.

Einberufung von landsturmpflichtigen Personen ohne Waffe. In der heutigen Stadtratsitzung brachten die StRe. Dr. Hein und Hohensinner nachstehenden Antrag ein: Die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien erhebt Einspruch dagegen, dass die Militärverwaltung neuerdings in Wien ca. 2000 untaugliche mit schweren Gebrechen behaftete Personen ohne genügende gesetzliche Berechtigung zumeist aus wichtigen wirtschaftlichen Funktionen herausreisst, um sie zu unwichtigen Landsturm<sup>son</sup>diensten zu verwenden. Der Antrag wurde der raschesten geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

04 Wiener Rathaus-Korrespondenz.  
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,  
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 7. März 1918. Nr. 63.

Die nächste Hauslistenabgabe und Ausgabe der Lebensmittelkarten. Die nächste Hauslistenabgabe findet am Samstag, 9. d.M. statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, 16. d.M. die Brot- und Mehlkarten für die 154. bis 161. Woche, die Fett- und Butterkarten für die 79. bis 86. Woche, die Milchkarten für die 57. bis 64. Woche und die Seifenkarten für die Monate April, Mai, Juni und Juli d.J. ausgegeben werden. Da die ordnungsmässige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hiefür angesetzte Termin genau einzuhalten und wird es sich empfehlen, dass die Leser dieser Mitteilung die Hausverwaltung hierauf aufmerksam machen.

Einstellung des Schuhverkaufes in der Volkshalle. Der Schuhverkauf im Rathause wurde mit dem gestrigen Tage gänzlich eingestellt. Die geringen Bestände an Arbeiter- und Kinderschuhen werden für die kommende Herbst- und Winterszeit sichergestellt. Zu Beginn der warmen Jahreszeit wird die Zentralstelle wieder Holzsandalen mit beweglicher Sohle zu billigen Preise abgeben, worüber rechtzeitige Verlautbarung erfolgen wird.

Pachtung des Gutes Deutsch - Altenburg. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. von Steiner über die Pachtung von Wirtschaftsgründen in Deutsch - Altenburg für Zwecke des Landwirtschaftsbetriebes der Gemeinde Wien. Der gesamte Pachtbetrieb umfasst nebst den erforderlichen Wirtschaftsgebäuden eine Fläche von 173\*4662 Hektar beziehungsweise ca. 300 Joch Aecker und Wiesen. Der Pachtvertrag läuft bis zum Jahre 1927. Zum sofortigen Anbau können Brotgetreide, Mais, Mischling, Möhren und andere Rübenarten kommen, insbesondere ist der Boden für Kartoffelanbau geeignet. In den geräumigen, gut erhaltenen Stallungen können 70 Milchkühe untergebracht werden. Das Inventar umfasst neben 40 Milchkühen, 17 Kalbinnen und 13 Pferden eine vollständige Einrichtung an Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten; auch Getreidevorräte, sowie erhebliche Mengen von Bohnen, Kartoffeln etc. sind vorhanden. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des Berichterstatters das Gut bis zu dem genannten Zeitpunkte zu pachten und das lebende und tote Inventar um den Gesamtbetrag von rund 130.000 Kronen zu übernehmen.

Einberufung von landsturmpflichtigen Personen ohne Waffe. In der heutigen Stadtratsitzung brachten die StRe. Dr. Hein und Hohensinner nachstehenden Antrag ein: Die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien erhebt Einspruch dagegen, dass die Militärverwaltung neuerdings in Wien ca. 2000 untaugliche mit schweren Gebrechen behaftete Personen ohne genügende gesetzliche Berechtigung zumeist aus wichtigen wirtschaftlichen Punkte herausreisst, um sie zu unwichtigen Landsturmdiensten zu verwenden. Der Antrag wurde der raschesten geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

640 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler.

Wien. I., Neues Rathaus.

Die Kartoffelversorgung Wiens. In der heutigen Sitzung des Stadtrates wurde ein Bericht zur Verlesung gebracht, nach welchem sich in den städtischen Lagern 69 Waggons Speise- 12 Waggons Saatkartoffeln <sup>und</sup> in der Miete Stadlab<sup>may</sup> 25 Waggons Kartoffeln befinden, welche heute ausgenommen werden. In den letzten Tagen sind 118 Waggons Kartoffeln in Wien eingelangt. Nach den Versicherungen des Amtes für Volks- ernährung werde der Einlauf fort dauern; es dürften schätzungsweise 15 Waggons täglich anrollen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hob hervor dass es durch das energische Eingreifen der Gemeinde Wien gelungen sei für die nächste Zeit wenigstens die Menge von 1 kg per Kopf für die Woche zu sichern. Die mittelst der Bahn einlangenden Kartoffeln sind von guter Beschaffenheit.

III/8

65

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien i. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 8. März 1918. Nr. 66.

Die Beschlagnahme von Hotels. In der gestrigen Stadtratsitzung brachte StR. von Steiner folgende Anfrage ein: Nach dem mir vom Landesverband für Fremdenverkehr in Wien und Niederösterreich übergebenen Material über die Fremdenzuzüge in Wien und über die hinsichtlich der Fremdenbequartierung bestehenden Verhältnisse, beträgt die Summe der im Jahre 1917 in den Wiener Hotels abgestiegenen Fremden 544.381, womit der Friedensfrequenz des Jahres 1913 schon ziemlich nahe gerückt ist. Allerdings sind darunter nur rund 31.000 Ausländer, während der Rest die Frequenz der Oesterreicher und Ungarn darstellt.

Im Frieden standen für die Unterbringung der Fremden in Wien rund 20.000 Hotelzimmer zur Verfügung. Dazu sind während des Krieges rund 350 Zimmer zugewachsen, so dass der Gesamtstand an Hotelzimmern im Kriege sich mit 20.350 bezieht. Davon sind rund 5000 Zimmer ständig für die Transanalbequartierung in Anspruch genommen, was schon einen erheblichen Ausfall an Bequartierungsmöglichkeit ergibt. Rechnet man nun dazu die Hotelzimmer, welche von besser situierten Flüchtlingen und den wegen Wohnungs- oder Verpflegungsschwierigkeiten zu längeren Aufhalten in den Hotels übersiedelten Wiener Familien besetzt sind, so ergibt sich ein so starker Ausfall an Unterkünften, dass dadurch die Beherbergung der ankommenden Fremden, schon an und für sich erheblich beeinträchtigt erscheint. Nun ist eine wesentliche Erschwerung der Lage dadurch eingetreten, dass durch den Verkauf von 3 und die Vermietung von 12 Hotels für Büro- bzw. Militärbequartierungszwecke, weitere rund 1000 Hotelzimmer in Wegfall gekommen sind.

Dem Vernehmen nach, sollen nun auch die Hotels Continental und Europe, mit zusammen 350 Zimmern, der Fremdenbeherbergung entzogen werden. Schon jetzt bietet sich das für eige Grosstadt beschämende Schauspiel, dass ankommende Fremde, darunter auch von der Front kommende Offiziere, von Hotel zu Hotel wandern müssen, um sich eine notdürftige Unterkunft zu sichern und gelingt es den Hotelbesitzern nur unter der grössten Mühe, den an sie gestellten Aufforderungen unter Heranziehung der unmöglichsten Nebenräume, gerecht zu werden. Wenn noch weitere Hotels der Fremdenunterbringung entzogen werden, so wird sich die Bequartierungsfrage der Ankommenden geradezu katastrophal gestalten. Wie verlautet, ist es die Firma Rella & Co., welche im grossen Stile Hotels mietet, oder wo die Miete nicht gelingt, Ankäufe von Hotels vollzieht, wobei die gegebene Zusicherung, die Hotels ihren Zwecken zu erhalten, nicht eingehalten wird.

Dass die Hotelbesitzer nicht geneigt sind, ihre Betriebe aufzulassen ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu verwundern. Wohl sind die Zimmerpreise um durchschnittlich 50 % gegen den Frieden höher geworden, trotzdem kämpfen die Hotels um ihre Existenz und erwächst den Eigentümern die schwere Sorge für die Aufrechterhaltung ihrer Unternehmungen. Die kolossale Steigerung der Regieauslagen, die Schwierigkeiten mit dem Personal, die Unmöglichkeit der Vornahme von Reparaturen und grösseren Instandsetzungsarbeiten, die Kalamität mit der Beistellung und Reinigung der Wäsche, welche viele Hotels zwingt, an ihre Gäste das Ansinnen zu stellen, sich die Bettwäsche selbst mitzubringen, lassen die Führung von Fremdenunterkünften heute schon als höchst unrentabel erscheinen.

Wohin es aber führen soll, wenn die schon im Frieden ungenügend gewesenen Hotelunterkünfte in Wien, nach Beendigung des Krieges eine noch weitere Verminderung erfahren, ist gar nicht abzusehen.

Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr spielen eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen Leben der Grosstadt. Ihre möglichste Steigerung ist eine der ersten Voraussetzungen für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft nach dem Kriege. In Berlin, wo bereits 22 Hotels mit 2275 Betten dem Verkehr entzogen worden sind, hat der beabsichtigte Ankauf des Hotels „Kaiserhof“ mit 225 Zimmer und über 300 Betten durch das Reichswirtschaftsamt, einen Sturm der Entrüstung ausgelöst und ist es durch das Eingreifen der Gemeindeverwaltung, welche der Hotelunternehmung ein Darlehen von 5 Millionen Mark zu einem geringen Zinsfuss auf eine längere Reihe von Jahren gewährt hat, möglich geworden, das Attentat auf den Fremdenverkehr abzuwehren.

In Anbetracht des unmittelbaren Verlustes, den die Stadt Wien durch den Entzug von Hotels an Steuern erleidet und des dauernden wirtschaftlichen Nachteils, der der Allgemeinheit dadurch erwächst, wird gefragt, ob der Bürgermeister Schritte unternehmen wolle, um die weitere direkte oder indirekte Beschlagnahme von Hotels in Wien für Zwecke der Unterbringung von militärischen- oder Zivilbüros hintanzuhalten; weiters wird gefragt, welche Massnahmen die Gemeinde Wien ergreifen könnte, um wenigstens auf Kriegsdauer dem herrschenden Mangel an Fremdenunterkünften abzuwehren und die Wiederinstandsetzung der der Fremdenunterbringung entzogenen Hotels nach dem Kriege für ihre ursprüngliche Bestimmung zu fördern.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest in Beantwortung dieser Anfrage ein Verzeichnis der Hotels, welche für Büro- bzw. Militärzwecke in Anspruch genommen sind: Hotel Majestic, Zentral-Hotel, Hotel National, Hotel Athenes, Hotel du Nord, Park-Hotel Hopfner, Hotel Wandl für Zwecke des Kriegsministeriums; Hotel Dugl für Zwecke des Ministeriums für Volksgesundheit, Hotel Ronacher für Offiziere, Hotel Kronprinz für Zwecke der Lederzentrale, Hotel Franz Josefsland für Unterkünfte militärischer Mannschaft, Schlosshotel Kobenzl als Erholungsheim für kriegsinvaliden Offiziere, Hotel Müller; ausserdem stehen mehr als 2/3 aller Wiener Hotels vertraglich als Transanalunterkünfte für österreichisch-ungarisches Militär und für Offiziere der verbündeten Mächte zur Verfügung.

Hierauf teilt der Bürgermeister mit, dass er über die Interpellationen Schäfer und Dr. von Schwarz-Hiller in der letzten Gemeinderatsitzung vorgestern beim Kriegsminister vorgespochen und ausdrücklich betont habe, dass eine weitere Inanspruchnahme von Hotels für Büro- bzw. Militärzwecke nicht mehr geduldet werden könne. Der Kriegsminister habe versprochen, dass von den zwei Hotels im 2. Bezirke, welche gegenwärtig noch zur Inanspruchnahme in Aussicht genommen sind, nur eines verwendet werden wird. Im Uebrigen würdige er die Umstände, welche gegen die Inanspruchnahme von Hotels für Büro- bzw. Militärzwecke geltend gemacht werden, vollkommen, er befände sich jedoch in einer Zwangslage und in dieser musste er auf Hotels greifen.

Überdies wird der Bürgermeister in der nächsten Gemeinderatsitzung über diese Angelegenheit Bericht erstatten.

Ernennung von Schulleitern. Der Stadtrat hat nach einem Antrag des StR. Tomola ernannt: Zu Bürgerschuldirektoren: Adolf Hanke, 1. Stubenbastei 3; Josef Hollstein, 10. Eugengasse 30; Adolf Forster, 13. Steinlechnergasse 5; Johann Pascher, 14. Märzstrasse 70; zur Bürgerschuldirektorin Irene Goldenberg, 2. Czerninplatz 3; zu Oberlehrern: Ludwig Knoth, 1. Johannesgasse 4; Franz Spöck, 5. Bachergasse 2 b; Karl Jeschky, 6. Sonnenuhrgasse 3; Josef Stritzko, 8. Josefstädterstrasse 95; Albert Haupt, 10. Herzgasse 87; Alexander Weide, 10. Quellenstrasse 73; Simon Schrofner, 15. Hackengasse 13; Leopold Obrecht, 16. Panikengasse 31; August Honigmann, 17. Leopold Ernstgasse 37; Josef Losschmidt, 17. Lienfelderergasse 96; Josef Spiegel, 19. Vormoser-gasse 8; Karl Kainrath, 20. Greiseneckerergasse 28; Hermann Jennerwein, 21. Konstanziagasse 24; Clemens Beck, 21. Donau Flöderstrasse 259; ~~StR.~~ Oberlehrerin Anna Stangelberger, 8. Lerchengasse 19.

Nichtbesetzung erledigter Schulleiterstellen. Von den in der letzten Konkursausschreibung angeführten Leiterstellen an Mädchenschulen konnten die Direktorstellen an den Bürgerschulen 10. Antonplatz 11. 10. Knüllgasse 61, 17. Geblergasse 29, dann die Oberlehrerstellen 2. Feuerbachgasse 1, 14. Dudlbergasse 16 und 21. Theodor-Körnerergasse 25 nicht besetzt werden, weil gegen deren Ausschreibung für männliche Bewerber von den Bürgerschullehrerinnen Pechtinger Friederike und Tomicek Marie, sowie von den Volksschullehrerinnen Koschabek Marie, Neumann Hermine und Wiesner Klara Rekurse überreicht wurden. Der Unterrichtsminister verwies in einem Erlasse auf Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes, kraft deren die Genannten zur Ueberreichung der Rekurse legitimiert sind, weshalb bis zu <sup>ihnen</sup> Instanzenmässigen Entscheidung das Besetzungsverfahren zu ruhen habe. Im Stadtrate brachte der Referent StR. Tomola den Ministerialerlass zur Kenntnis und fügte hinzu, wenn auch der Kampf der Lehrerinnen um die vollständige Verweiblichung der Mädchenschulen auch in den Leiterstellen aus dem Gesichtskreis des engeren Standesinteresses der Lehrerinnen begreiflich erscheine, seien dagegen aus erzieherischen und Gründen der Schulverwaltung immer schwerwiegende Bedenken vorgebracht worden. Es sei zu bedauern, dass durch den Rekurs 6 Bewerber, Familienväter, die Hoffnung auf Verbesserung ihrer materiellen Lage schwinden sehen, was für sie bei der herrschenden Teuerung ein schwerer Schlag sei, während die Rekurswerberinnen aus dem von ihnen unternommenen Schritte momentan keinerlei Vorteil hätten.

Der 70. Geburtstag des Regierungsrates Glossy. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat dem Regierungsrat Glossy anlässlich seines 70. Geburtstages im schriftlichen Wege seine Glückwünsche übermittelt.

Dienstjubiläum. Der dem Präsidialbüro seit mehr als 14 Jahren zugeordnete Ratsdiener Franz GÜschelbauervollendete heute sein 25jähriges Dienstjahr bei der Gemeinde Wien.

60

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrg. Wien, Freitag 8. März 1918 Nr 66.

Die christlich-soziale Partei über die Rede Dr. Pattais im Herrenhause. Die christlich-soziale Partei stellt fest, daß Herrenhaus-Mitglied Geh. Rat Dr. Pattai seit Jahren in keinerlei Beziehung zur christlich-sozialen Partei steht und daß daher die Partei jede Verantwortung für dessen Handlungen und Reden, insbesondere für die am 28. Februar gehaltene Herrenhausrede ablehnt.

Zur Rindfleischversorgung Wiens. Da die Not an Rindfleisch <sup>in Wien</sup> trotz der stärkeren Belieferung des Zentralviehmarktes in dieser Woche unverändert geblieben ist, hat sich der Bürgermeister heute telegraphisch an den Kriegsminister, den Minister-Präsidenten, den Ackerbauminister, den Präsidenten des Volksernährungsamtes und an die Kabinettskanzlei gewendet, damit die von Ungarn zugesicherten größeren Rinderkontingente tatsächlich abgeliefert und von den Kronländern Oesterreichs die ihnen für Wien auferlegten Rinderkontingente wirklich eingehalten werden.

Die Marktleute beim Bürgermeister: Eine Abordnung der Marktleute und zwar Frau Kreuzer und die Herren Strassberger, Schmitt, Nepravy und Lackner erschienen unter der Führung des Bezirksvorstehers Dr. Blasel beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner, um seinen Schutz gegen die Geos zu erbitten, sowie näheres über die geplante städtische Obst- und Gemüse-Verteilungs-Stelle zu erfahren, da die kleinen Händler wieder eine Benachteiligung fürchten. Bürgermeister Dr. Weiskirchner beruhigte die Marktleute und sagte, die Berücksichtigung der Wünsche der Kleinhändler zu, so dass Zustände, wie sie bei den Geos-Syndikaten bestehen, nicht eintreten werden.

Richtigstellung. In der Notiz „Beschlagnahme von Hotels“ in der Hauptaussgabe soll es richtig heißen, „Daß die Hotelbesitzer geneigt sind ( das Wort „nicht“ ist zu streichen), ihre Betriebe aufzulassen .....

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 9. März 1918. Nr. 67.

Lueger Gedächtnismesse. Zum Gedenken an den 8. Todestag des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger fand heute in der Votivkirche eine Gedächtnismesse statt, welche vom Probstpfarrer Prälat Hord unter geistlicher Assistenz zelebriert wurde. Hiezu hatten sich eingefunden Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit den Vizebürgermeistern Hierhammer, Hoss und Rain, Hofrat Graf Lamezan in Vertretung des Statthalters, Polizeipräsident Geyer, der Präsident der Bürgervereinigung Stadtrat Brauneis, der Obmann Stellvertreter des Bürgerklubs Regierungsrat Schmidt mit zahlreichen Stadt- und Gemeinderäten viele Bezirksvorsteher, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern und Stadtbaudirektor Goldemund mit den Oberbeamten und Vorständen der städtischen Ämter, die Direktoren der städtischen Unternehmungen, Präsidialvorstand Magistratsrat Formanek, Kanzleidirektor kaiserlicher Rat Mayer, die Schwester des verstorbenen Bürgermeisters Fräulein Hildegard Lueger, der gewesene Stadtrat kaiserlicher Rat Hallmann samt Frau, eine Abordnung der freiwilligen Feuerwehr, das Präsidium des christlichen Wiener Frauenbundes und viele andere. Während der Messe sang der Mariahilfer Männergesangsverein „Arminius“ unter Leitung seines Chormeisters, Professor Ludwig Hanke die deutsche Messe von Schubert.

Entfallender Empfang. Am Montag entfällt der übliche Empfang bei Bürgermeister Dr. Weiskirchner wegen dessen dienstlicher Verhinderung.

Höchstpreise für Spiritus. Da mit der Ministerial-Verordnung vom 10. v.M. der Spirituspreis erhöht worden ist, hat der Magistrat die mit der Kundmachung vom 17. April 1917 für Wien festgesetzten Höchstpreise für versteuerten raffinierten Spiritus ebenfalls erhöhen müssen. Aus der neuen Kundmachung des Magistrates ist insbesondere zu entnehmen, dass beim Verkaufe von 1 Liter und weniger der Höchstpreis nunmehr statt 9 K 80 h für 1 Liter 11 K beträgt. Die Händler haben die neuen Höchstpreise mittelst Anschlagens, den sie beim zuständigen Bezirksamte bestätigen lassen müssen, in ihren Verkaufslökalen ersichtlich zu machen. Die bisherigen Höchstpreise für Inländerrum und Schankbranntwein bleiben jedoch unverändert in Kraft.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 10. bis 23. d.M. werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Grossschlächtereier gegen Abtrennung der Ziffer 42 des amtlichen Einkaufscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 Gramm Schweinespeck zum Preise von 48 Hellern für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 3 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 10. bis 16. März gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 27 des amtlichen Einkaufscheines. Der Preis des städtischen Unterzündholzes (gespalten) beträgt 30 Heller für Weichholz, 22 Heller für Hartholz für 1 kg.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1 kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der gewöhnlichen Weise gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes J der Kartoffelkarte.

Abgabe von Sauerrüben. In der kommenden Woche werden vom 14. bis einschliesslich 17. März statt Dörrgemüse wieder Sauerrüben abgegeben. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes des amtlichen Einkaufscheines mit der Ziffer 28. Auf jede Person entfällt  $\frac{1}{4}$  kg. Der Preis beträgt K 1'24 für 1 kg.

Aufhebung der Höchstpreise für ungarisches Geflügel. Für die restliche Dauer der Saison werden die mit Giltigkeit vom 23. Februar festgesetzten Höchstpreise für ungarisches Geflügel aufgehoben und zwar mit Wirksamkeit von Montag den 11. d.M. Den Händlern wird für die in Ungarn eingekaufte, oder kommissionsweise eingesendete Ware ein Nutzen von 60 Hellern per kg ab Wiener Bahnhof und den Detailisten ein Nutzen von 75 Hellern per kg zugebilligt.

Dienstjubiläum. Der Oberkontrollor der städtischen Hauptkassa Josef Machan vollendete gestern das 35. Jahr seines Dienstes bei der Gemeinde Wien. Dem Jubilar, der sich der Wertschätzung und Zuneigung aller Kollegen und Untergebenen erfreut, wurden aus diesem Anlass die herzlichsten Beglückwünschungen dargebracht und ein dem Ernst der Zeit entsprechendes, sinnreiches Ehrengeschenk überreicht.

Butterpreise. Der Höchstpreis für ausländische Butter wurde im Kleinverkauf mit K 2.11 für 12 dkg paketierte Butter festgesetzt.

68.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantm. Redakteur Franz Michew,

Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 11. März 1918. Nr. 68.

Zur Geburt des kaiserlichen Prinzen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Kabinettsdirektor Freiherrn von Hawerdt nachstehende Telegramm gerichtet: Aus den Sorgen des Tages erhebt sich die freudvolle Kunde von der Geburt eines kaiser-

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantm. Redakteur Franz Michew,

Wien, I., Neues Rathaus.

Die Brotversorgung Wiens. In letzter Zeit sind in verschiedenen Tagesblättern Mitteilungen über Stockungen in der Brotversorgung enthalten. Dem gegenüber wird aus dem Rathause gemeldet, daß den vom Mehlante der Stadt Wien zu versorgenden Kleinbäckern in der letzten Woche das Mehl im vollen Ausmaße der zurayonierten Kunden und rechtzeitig angeliefert wurde. Wenn trotzdem sich allenthalben Störungen bemerkbar gemacht haben sollen, so könnten sie nur darauf zurückzuführen sein, daß das wiederholt in der Tagespresse besprochene vom Ernährungsamte vorgeschriebene Ausbeuteverhältnis von 600 g Mehl für 840 g Brot bei der dermaligen reichlichen Maiszuweisung von Groß- und Kleinbäckerei - Betrieben aus technischen Gründen nicht eingehalten werden kann.

Millergasse 29 und Nr. 30 im 14. Bezirk Millergasse werden am 18. d.M. ihren Betrieb aufnehmen. Anmeldungen zum Speisebezug werden in den Küchen selbst am 15. und 16. d.M. von 9 bis 12 Uhr entgegen genommen.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Neubau hält Dienstag, den 12. d.M. um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Errichtung eines bulgarischen Konviktes. Zur Unterbringung des bulgarischen Konviktes in Wien wurde das Haus Döblinger-Hauptstrasse 155 um den Preis von 242.000 Kronen erworben. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrag des StR. Tomola dem österreichischen Verein zur Errichtung und Erhaltung eines Konviktes für bulgarische Studierende in Wien einen einmaligen Beitrag von 10.000 Kronen für einen Ankaufsfonds zu widmen.

Modernisierung des Strassenpflegefuhrwerkes. Infolge Verminderung des Pferdestandes des städtischen Fuhrwerksbetriebes und infolge Herabsetzung der Leistungsfähigkeit der noch verbliebenen Pferde wird der Betrieb der Kehrmaschinen und die Strassenbespritzung grossen Schwierigkeiten begegnen. Es ergibt sich daher die Notwendigkeit, die Strassenpflegefuhrtorischen Antrieb zu versehen. Der Stadtrat hat durch einen Antrage des StR. Schmid die Umgestaltung des Betriebes auf den motorischen Betrieb durch den Einsatz von Vorspannwagen (elektrisches Pferd) zu bewirken. Diese Vorspannwagen werden nur in Deutschland erzeugt. Für den Umbau von 2 elektrisch betriebenen Vorspannwagen und einer Kehrmaschine sind 60.000 Kronen bewilligt.

Gehrte Redaktion!

der Stadt Wien ersucht höflichst die geehrten Herren bei Notizen über die Eiereinfuhren nach Wien zu bitten, nicht zu veröffentlichen und die Lage der Einfuhren die sich in den nächsten Wochen stetig bessern wird, zu günstig darzustellen, da sonst die Aufbringung von Polen, Galizien und Ungarn erschwert und der Handel dadurch benachteiligt wird.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verausgeber und verantw. Redakteur Franz Michalek,  
Wien, Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 11. März 1918. Nr. 68.

Zur Geburt des kaiserlichen Prinzen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Kabinettsdirektor Freiherrn von Hawerata nachstehende Telegramm gerichtet: Aus den Sorgen des Tages erhebt sich die freudvolle Kunde von der Geburt eines kaiserlichen Prinzen und die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, deren Bevölkerung gewohnt ist, mit dem Allerhöchsten Kaiserhause Freud und Leid zu teilen, empfindet diese Nachricht als ein Ereignis von Glück und Gottes Segen. Dankbaren Herzens blicken die Wiener zum Allmächtigen empor, der dem geliebten Kaiser und der geliebten Kaiserin diesen Segen beschieden hat und wünschen dem kaiserlichen Sprossen vom Herzen, dass er gedeihe und sich entwickle zur Freude der Eltern und zum Stolze des Vaterlandes. Den Stürmen unserer Zeit entstammt er, der lenzgeborne; möge seinem Leben die Sonne beschieden sein, die nach langer Zeit mit dem Lente wieder Einkehr hält und möge er dem Vaterlande ein Bote des Friedens werden, den die Völker ersehnen! Die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien legt Ihren Majestäten zur Geburt des kaiserlichen Prinzen die innigsten und tiefergebenden Glückwünsche zu Füßen. Ich bitte Euer Exzellenz diese Glückwünsche Ihren Majestäten gütigst unterbreiten zu wollen.

Neue Kriegsküchen. Die Kriegsküchen Nr. 57 im 6. Bezirk Millergasse 29 und Nr. 58 im 14. Bezirk Pillergasse 8 werden am 18. d. M. ihren Betrieb aufnehmen. Anmeldungen zum Speisebezug werden in den Küchen selbst am 15. und 16. d. M. von 9 bis 12 Uhr entgegen genommen.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Neubau hält Dienstag, den 12. d. M. um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Errichtung eines bulgarischen Konviktes. Zur Unterbringung des bulgarischen Konviktes in Wien wurde das Haus Döblinger-Hauptstrasse 155 um den Preis von 242.000 Kronen erworben. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrag des StR. Tomola dem österreichischen Verein zur Errichtung und Erhaltung eines Konviktes für bulgarische Studierende in Wien einen einmaligen Beitrag von 10.000 Kronen für einen Ankaufsfonds zu widmen.

Modernisierung des Strassenpflegefuhrwerkes. Infolge Verminderung des Pferdebestandes des städtischen Fuhrwerksbetriebes und infolge Herabsetzung der Leistungsfähigkeit der noch verbliebenen Pferde wird der Betrieb der Kehrmaschinen und die Strassenbespritzung grossen Schwierigkeiten begegnen. Es ergibt sich daher die Notwendigkeit, die Strassenpflegefahrzeuge mit motorischen Antrieb zu versehen. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Schmid die Umgestaltung des Pferdebetriebes auf den motorischen Betrieb durch den Elektromobil-Vorspannwagen (elektrisches Pferd) zu bewirken. Diese Vorspannwagen werden nur in Deutschland erzeugt. Für die Anschaffung von 2 elektrisch betriebenen Vorspannwagen und für den Umbau eines Sprengwagens und einer Kehrmaschine wurden 61.500 Kronen bewilligt.

-----  
Gehrte Redaktion!

Das Marktamt der Stadt Wien ersucht höflichst die geehrten Redaktionen, bei Notizen über die Eiereinfuhren nach Wien die Provenienzen nicht zu veröffentlichen und die Lage des Eiermarktes, die sich in den nächsten Wochen stetig bessern dürfte, nicht zu günstig darzustellen, da sonst die Aufbringung der Eier in Polen, Galizien und Ungarn erschwert und der Wiener Konsum dadurch benachteiligt wird.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 12. März 1918. Nr. 69.

Neue Bürger. Der gemeinderätliche Ausschuss für die Verleihung des Heimats- und Bürgerrechtes hat in seiner letzten Sitzung das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Innere Stadt: Gottfried Zykan, Delikatessenhändler; Franz Zoglmann, Kaffeesieder (Berichterstatte GR. Heindl).

Leopoldstadt: Franz Seyk, Wagner; Andreas Unger-Uhlrichs, hofer, Gastwirt (Berichterstatte GR. Rotter).

Landstraße: Paul Anton Spitaler, Beamter; Vinzenz Primer, Kaffeeschänker; Karl Schmied, Maschinenwärter (Berichterstatte GR. Max Ritter von Findenigg).

Wieden: Kaspar Bartl, Zimmerpolier; Josef Sedivy, Schneider; Willibald Kattner, Schuhmacher; Josef Nevrivy, Marktviaktualienhändler; Georg Kugler, Portier; Heinrich Willisch, Fortier (Berichterstatte GR. Brauer).

Margareten: Gallus Zack, Drechsler; Severin Hennlich, Bronzewarenerzeuger; Josef Macas, Herrenkleidermacher (Berichterstatte GR. Aichhorn).

Mariahilf: Karl Cech, Etuilmacher (Berichterstatte GR. Faulitschke).

Neubau: Wilhelm Friedrich Dürnbacher, Metallwarenfabrikant; Anton Döbling, Goldarbeiter; Karl Johann Schulz, Buchhalter; Eustachius Grudzinski, Friseur (Berichterstatte GR. Fichler).

Alsergrund: Jakob Krizek, Schneider; Franz Höbling, Weinschänker; Michael Kayser, Holz- und Kohlenhändler; Josef Bayer, Marktviaktualienhändler (Berichterstatte GR. Partik).

Meidling: Josef Witt, Fleischselbher und Hausbesitzer; Karl Lieberzeit, Kaufmann (Berichterstatte GR. Roth). Johann Lieberbauer, Werkmeister; Julius Lieberzeit, konz. Realitätenvermittler; Karl Blacha, Gemischtwarenverschleisser; Leopold Michael Kichel, Photograph; Heinrich Peter Müller, Geschäftsleiter (Berichterstatte GR. Kurz).

Hietzing: Anton Jencik, Kurzwarenhändler (Berichterstatte GR. Partik).

Rudolfsheim: Eduard Hermann Homole, Gas- und Wasserleitungs-Installateur; Frédrich Julius Dolezal, Schuhwarenerzeuger; Wilhelm Karl Spurny, Kaffeehausbesitzer; Thomas Eglau, Gastwirt (Berichterstatte GR. Wiesinger).

Fünfhaus: Anton Tesarek, Kleidermacher (Berichterstatte Gk. Wimmerer).

Hernals: Andreas Angelis, Gastwirt; Friedrich Edler von Stadl, Geschäftsführer; Heinrich Schneck, Holz- und Kohlenhändler (Berichterstatte GR. Rykl).

Währing: Johann Thumer, Milchmeier; Johann Jung, Fabrikdisponent; Karl Hönig, Sporer und Schlossermeister (Berichterstatte GR. Brenta).

Döbling: Josef Mahr, Bankbeamter (Berichterstatte

GR. Brenta).

Brigittenu: Franz Teny, Gemischtwarenverschleisser (Berichterstatte GR. Knoll); Johann Popperl, Fleischhauer (Berichterstatte GR. Kurz).

Floridsdorf: Karl Laimböck, Meierei- und Hausbesitzer (Berichterstatte GR. Knoll).

In derselben Sitzung wurde einer grösseren Anzahl von Personen das Heimatsrecht, bzw. die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband verliehen.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Im Stande der rechtskundigen Beamten Albert Höchsmann, Dr. Friedrich Weskemp, Wilhelm Schleifer und Dr. Alfred Seemann zu Magistrats-Kommissären, Dr. Leopold Bermann zum Magistrats-Konzipisten; im Stande des Stadtabuamtes Josef Ebnisch, Johann Kostner, Josef Hanika, Wilhelm Popovic und Richard Brabbée zu Bauräten extra statum; Eugen Waniek zum Hauptkassa-Wizedirektor; Alois Völkl zum Erzieher des städtischen Jugendamtes; Matthäus Zechmeister zum Offizial des Zentral Wahl- und Steuerkatasters, Josef Wiesinger und Josef Waschak zu Kanzlei-Akzessisten.

Todesfälle. Gestern abends ist der Bruder des Landesausschusses Hermann Bielohlawek, der Bezirksrat von Hernals Vinzenz Bielohlawek nach längerem Leiden gestorben. Der Schmerz über den Verlust des einzigen <sup>Sohnes</sup> welcher in der 11. Isonzoschlacht den Heldentod fürs Vaterland gefunden hat, dürfte mit eine Ursache des Ablebens gewesen sein. - Am 10. d.M. verschied hier der bekannte Porträts- und Genremaler Rudolf Hausleithner im 78. Lebensjahre. Er war das Älteste Mitglied der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens, als Künstler wie auch als Mensch in den weitesten Kreisen bekannt und geschätzt. Hausleithner's Werke sind in den meisten öffentlichen Gallerien in jeder bedeutenderen Privatsammlung vertreten. Das Leichenbegängnis fandet Mittwoch, den 13. d.M. um 1/3 Uhr nachmittags von der Kapelle des Wiener Zentralfriedhofes aus statt.

Kammermusikabende des Wiener Sängerbundes. Dem Schubert- und Mozart-Abend folgte am 23. v.M. ein Schumann-Abend mit schönstem Erfolge. Die mitwirkenden Kunstkräfte Christine Richter und Herta Ofner, Trude Zerner, Zora Benadek, Julius Jenisch, am Klavier Capmeister-Stellvertreter Dr. Hiebsch boten Vortreffliches und wurden stürmisch gerufen. Unter den Anwesenden bemerkte man Dr. Rudolf Freiherrn Schuster von Bonnot, Gärheimer Rat etc., Dr. E. Richter, Regierungsrat, Eduard Hentke von Hehshart, k.u.k. Feldmarschall-Leutnant, Emil Ritter von Sauer, Professor und viele andere.

Mittwoch, 20. d.M. findet im Kammermusiksaale des Musikvereinsgebüdes der bereits angekündigte Beethoven-Abend statt. Mitwirkende Professor Paul de Conne, Erika Folkung, Eduard Weiss und Margarete Löwit, Georg Steiner und Hugo Kreissler.

21. Jahrgang. Wien, 12. März 1918. Nr. 70.

Zur Geburt des kaiserlichen Prinzen. Der Kabinettsdirektor hat die Glückwünsche der Stadt Wien mit folgendem Telegramm beantwortet: Seine k.u.k. Apostolische Majestät und Ihre Majestät die Kaiserin haben die von Eurer Exzellenz im Namen der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien anlässlich der Geburt eines kaiserlichen Prinzen dargebrachten Glückwünsche mit aufrichtiger Freude entgegenzunehmen geruht und danken Eurer Exzellenz und der gesamten Bevölkerung auf das herzlichste für diesen neuerlichen Beweis treuer Anhänglichkeit und warmer Anteilnahme.

Wohnungsfürsorge der Stadt Wien. Bekanntlich wird sich der Wiener Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung mit dem ganzen Komplex der Wohnungsfrage befassen. Ueber den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit gehen uns vom Wohnungsamte der Stadt Wien folgende Mitteilungen zu: Das Problem ist überhaupt nur dann lösbar, wenn die während der Kriegszeit zugewanderten Personen im grossen Masse abwandern und die Zuwanderung nach Friedensschluss auf volkswirtschaftlich und sozial erwünschte Elemente beschränkt wird. Diese Erkenntnis bricht sich übrigens auch ausserhalb Wiens und Oesterreichs mehr Bahn und vor wenigen Tagen erklärte Minister Dr. von Brettreich in bayrischen Landtage, dass es von besonderer Bedeutung sei, die Krieger dorthin zu leiten, wohin sie gehören, damit kein übermässiges Zusammenströmen in den Städten stattfindet. Für einen unbegrenzten Andrang zur Grosstadt im Wohnungswesen vorzusorgen, ist ausgeschlossen, er würde eine Katastrophe bedeuten. Selbst bei Ausschaltung dieser Hauptschwierigkeit werden einschneidende Massnahmen notwendig sein. Zunächst wird sich die Gemeinde Wien mit dem Lande Niederösterreich in Verbindung setzen, damit insbesondere auch ausserhalb Wiens in den Wien naheliegenden Gemeinden Vorkehrungen zur Behebung der Wohnungsnot getroffen werden; es wäre dies nicht nur eine wohnungspolitisch, sondern auch sozial und sanitär begründete Forderung.

Alle Verkehrseinrichtungen sollen in den Händen der Gemeinde Wien zusammengefasst werden, da eine erfolgreiche Wohnungspolitik nicht denkbar ist. Alle während des Krieges geschaffenen einstweiligen Unterkünfte werden, sobald sie von ihrer bisherigen Verwendung entbehrt werden, der Gemeindeverwaltung vorzubehalten sein. Die einstweilige Gestattung der Bewohnung bisher nicht zu Wohnungszwecken verwendeter Räumlichkeiten wurde bereits wiederholt besprochen. Von diesem Auskunftsmittel darf aber nicht zuviel erhofft werden.

und es muss auch darauf gesehen werden, dass nicht eine dauernde Verschlechterung des Wohnungswesens eintritt. Auch in Deutschland sind gegen die vielfach als einziges Auskunftsmittel empfohlenen Dach- und Kellerwohnungen mit Recht Bedenken geltend gemacht worden. Die grösste Schwierigkeit liegt darin, dass der Hauptbedarf zu einem Zeitpunkte eintreten dürfte, wo selbst bei beschleunigter Bauführung irgend eine Wohnungsvorsorge noch nicht möglich sein wird. Hieraus ergibt sich eben die unbedingte Notwendigkeit einer Wanderungsbeschränkung. Um die in der Uebergangszeit von fünf Jahren zu errichtenden 24.000 Wohnungen fertigstellen zu können, muss unbedingt der Gemeinde Wien ein weitgehendes Enteignungsrecht zugestanden werden, um die erforderlichen grossen Grundflächen unbeirrt durch den Anspruch einzelner Personen in Anspruch nehmen zu können. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungsfürsorge hat daher auf die endliche Erledigung des seit dem Jahre 1898 geforderten Enteignungsgesetzes zu Gunsten der Gemeinde Wien sofortigen Fortschritt zu verlangen. Die Gemeinde Wien zu schaffenden Kriegswohnungen werden gegen mässiges Entgelt zunächst an nach Wien zuständige Kriegsteilnehmer, dann an nach Wien zuständige und schliesslich an jene Personen, welche entweder bei Kriegsbeginn schon in Wien ansässig waren oder als erwünschte Zuwanderer zu betrachten sind, überlassen, wobei kinderreiche Familien in erster Linie zu bevorzugen sind.

Es herrschte vollständige Einstimmigkeit im Ausschusse darüber, dass ein sehr grosser Teil der Baukosten für diese Wohnungen als sogenannter „verlorener Mehraufwand“ zu betrachten sein wird. Denn es ist nach der Sachlage ganz ausgeschlossen, die durch beschleunigte Bauführung noch erhöhten Baukosten aus den Wohnungszinsen zu decken. Um den von der Gemeinde Wien unmittelbar tragenden Ausfall nicht allzu hoch anwachsen zu lassen, wird ein grosses Gewicht auf die Schaffung von Wohnungen durch die gemeinnützige und private Bautätigkeit gelegt. Auch sie wird nur unter besonderer Förderung erschwingliche Wohnungen herstellen können. In dieser Hinsicht ist in Aussicht genommen: Erschließung eines neuen ausgedehnten Baugeländes, Verbesserung der Belehungsverhältnisse durch Neuregelung des Schätzungsverfahrens und Schaffung der städtischen Kreditstelle für Kleinwohnungsbau, welche billigen schon während der Bauführung flüssig zu machen. Der Kredit bis zu 85 % des Schätzwertes unter Haftung der Gemeinde Wien geben soll. Hierdurch werden die ausserordentlichen Kosten des Baugeldes und des zweiten Satzes erspart. Für die in der Uebergangszeit in Angriff zu nehmenden oder fertigzustellenden Kleinwohnungsbauten werden weitgehende Erleichterungen in Bezug auf Steuern und Abgaben gefordert.

Neben dieser Aktion der Gemeinde sind weitere Massnahmen bei den zuständigen Ministerien anhängig, welche die möglichste Abhilfe gegen die augenblickliche Wohnungsnot zum Gegenstand haben.

Ausserordentlicher Erfolg der n.ö. Landes-Gewerbeförderung auf der Leipziger Messe. Was kaum für möglich gehalten wurde, hat sich diesmal und zwar im 4. Kriegsjahre, wieder gezeigt. Die Wiener Gewerbetreibenden, diesmal zumeist Kunstgewerbetreibende, haben bei der diesmaligen Ausstellung in Leipzig ganz

kolossale Erfolge erzielt, die nur dadurch beeinträchtigt werden, dass mangels Material und Arbeitskräften die unzähligen eingelaufenen Aufträge nicht zur Gänze erledigt werden können. Das Erfreuliche aber an der Besichtigung der Leipziger Messe, deren Erfolg von Jahre zu Jahre steigt, ist, dass die österreichische, hauptsächlich Wiener Qualitätsware, im Reiche unserer Bundesbrüder festen Fuss gefasst hat, so dass die Zukunft im Frieden eine doppelt erfreuliche sein wird. Beispielsweise sei angeführt, dass ein Erzeuger von Perlhandtaschen, worunter ein Stück hundert bis dreihundert Mark notiert, in einigen Tagen um 40.000 Mark solche Taschen verkauft und bestellt erhalten hat. In ähnlicher Weise gestattet sich die Ziffer bei den Ausstellern von Bronzwaren, Bijouteriewaren, von kunstkeramischen Gegenständen, Fayencen und Vasen, Glasmalerarbeiten. Die Aussteller von Holzgalanteriewaren, Spielkesetten, Rauchgarnituren, Bilderrahmen, mussten nach einigen Tagen bereits die Muster abräumen, weil sie nicht in der Lage waren, alle einlangenden Aufträge effektuieren zu können. Die Aussteller von Bernstein- und Meerschamwaren, Drechslerwaren und billigen Holzpfeifen sowie Gebrauchsgegenständen aus Hirschgeweih wurden ebenfalls mit Aufträgen bedacht. Den Wiener Kunstgewerbetreibenden ist durch die Einrichtung der Landes-Gewerbeförderung es ein Leichtes geworden, ihre Unternehmung wieder auf dem Weltmarkte bemerkbar zu machen. Was einzelnen Ausstellern nicht möglich wäre, wird durch die zentrale Beschickung durch die n.ö. Landes-Gewerbeförderung nunmehr ermöglicht und so ist es den Gewerbetreibenden gelungen, ein grosses Absatzgebiet zu erwerben für alle Reiche, denn in Leipzig kaufen nicht nur Deutsche, sondern im Frieden die Kaufleute aller fünf Weltteile ein. Alles in allem ein enormer Erfolg der n.ö. Landesgewerbeförderung.

Die nächsten Brot- und Mehlkarten. Die am Samstag zur Ausgabe gelangenden Brot- und Mehlkarten wurden bereits bei den Brot- und Mehlkommissionen ordnungsgemäss gekürzt. Die vorigen Brot- und Mehlkarten waren bekanntlich bereits in Ausgabe begriffen, als die Kürzung der Mehlquote angeordnet wurde und wurden daher für die derzeitige Brotkartenperiode provisorische Massnahmen ergriffen, was zu einzelnen Anständen Anlass bot. Vom 17. d.M. angefangen haben nunmehr alle Abschnitte der Brot- und Mehlkarten ihrem Aufdrucke entsprechend zur Einlösung zu gelangen. Die vollen Brot- und Mehlkarten und die nicht mit dem Kommissionsstempel versehenen Störbrotkarten enthalten nunmehr 10 Abschnitte lautend auf „70 Gramm Brot oder 50 Gramm Mehl“, 10 solcher Abschnitte sind abgetrennt worden. Von den geminderten Karten sind sämtliche auf „70 g Brot oder 50 g Mehl“ lautende Abschnitte abgetrennt und ist deren Besitzern nur mehr gestattet, bis auf weiteres aus ihren Vorräten 250 g Mehl (Mehlprodukte) wöchentlich für jede im Haushalte verköstigte Person zu verwenden. Von den Junggesellenkarten wurden je 5 auf „70 g Brot“ lautende Abschnitte abgetrennt. Anders Kürzungen fanden nicht statt.

Die städtischen Mehlabgabestellen und Mehlabgabestellen der Konsumentenvereinigungen sind verpflichtet, für je 5 auf „70 g Brot oder 50 g Mehl“ lautende Abschnitte  $\frac{1}{4}$  kg Mehl (Mehlprodukte) in der vorgeschriebenen Weise abzugeben; auf  $2\frac{1}{2}$  solcher Abschnitte haben sie  $\frac{1}{8}$  kg Mehl (Mehlprodukte) zu verabfolgen. Ueber den Vorgang bei der Abtrennung der Abschnitte in den Mehlabgabestellen sowie in den Kriegsküchen sind besondere Weisungen an diese ergangen. Die Brotverkäufer sind verpflichtet, alle bei ihnen zur Abtrennung gelangenden Abschnitte, gleichviel ob sie auf „70 g Brot oder 50 g Mehl“ oder auf „70 g Brot“ lautend, voll einzulösen. Bisher waren sie provisorisch verpflichtet, für jedes Stück Brot zu 70 g 2 Abschnitte mit dem Aufdrucke „70 g Brot oder 50 g Mehl“ zur Abtrennung zu bringen. Die auf „70 g Brot“ lautenden Abschnitte wurden auch bisher voll eingelöst.

In den Gast- und Schönheitsbetrieben ist für jede Mehlspeise nur ein halber Abschnitt, gleichviel ob er auf „70 g Brot oder 50 g Mehl“ oder auf „70 g Brot“ lautet durch einen Diagonalschnitt abzutrennen.

Zucker- und Kaffeeabrechnung. Es wird aufmerksam gemacht, dass die Besitzer der neuen amtlichen Einkaufscheine, wie dies auf deren Rückseite vorgeschrieben ist, verpflichtet sind, innerhalb zweier Tage nach Erhalt sich bei ihrem bisherigen Zucker- bzw. Kaffeelieferanten unter Vorweis des neuen Einkaufscheines eintragen zu lassen. Da dies in vielen Fällen bisher nicht erfolgt ist, werden die Besitzer der neuen Einkaufscheine, die dies unterlassen haben, aufgefordert, dies unverzüglich zu tun, da sonst für sie eine Verzögerung im Zucker- beziehungsweise Kaffeebezüge eintreten würde.

Todesfall. Am 9. d.M. starb im 86. Lebensjahre der Ober-Offizial Josef Ehrengruber. Er war der älteste aktive Beamte der Stadt Wien, wurde erst vor wenigen Wochen in Anbetracht seiner vorzüglichen Dienstleistung ausserordentlich befördert und versah bis zu seinem letzten Lebenstag seinen Dienst. Gestern fand die Beerdigung am Zentralfriedhof statt.

ad 70

Städtische Fettschweine auf dem Zentralviehmarkte. Die erste Sendung Fettschweine, welche von der Gemeinde Wien in eigener Regie aufgefüttert wurden, ist heute auf dem Zentralviehmarkte eingelangt. Die Gemeinde Wien hat bekanntlich 500 Schweine als ersten Versuch in Fernhofen im August 1917 im Ferkelzustand mit einem Gewichte von ungefähr 10½ kg eingestellt und nach Auffütterung zu 60 kg Ende Dezember v. J. in die Trockenmast überstellt. Das Gewicht der heute eingelangten<sup>32</sup> Fettschweine schwankt zwischen 100 und 135 kg. Zur Besichtigung der Schweine waren auf dem Zentralviehmarkte Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die VB. Hierhammer, Hoss und Rain, die StRe. Fraß, Hermann, Jung und Knoll, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Magistratsrat Dr. Roskopf, Veterinäramtsdirektor Dr. Nemecek, der Leiter des Landwirtschaftsamtes der Stadt Wien Dr. Stehlik<sup>3</sup> Magistratssekretär Dr. Höblinger erschienen. Ueber Einladung des Bürgermeisters hatten sich auch eingefunden Hofrat Binder vom Ackerbauministerium, Hofrat Zander und Regierungsrat Führer von der Statthalterei, Hofsekretär Dr. Drexler vom Ernährungsamt, ein Vertreter des gemeinsamen Ernährungsausschusses Dr. Hietl von der Viehverkehrsstelle und die Gutsbesitzer Jaques und Kurt Weiner. Der Referent Magistratsrat Dr. Roskopf gab eine Reihe von Daten und Erläuterungen wobei er insbesondere darauf hinwies, dass in der Vormastperiode darauf Wert gelegt wurde, bei möglicher Ersparung von Futtermitteln nur Wachstum und Entwicklung der Schweine zu bewirken. Die Trockenmast mit Kraftfutter, welche die eigentliche Fettproduktion ermöglicht konnte infolge der verständnisvollen Unterstützung des Ernährungsamtes durchgeführt werden. Dr. Roskopf erwähnte ferner, dass die Vorarbeiten für die Errichtung einer grosszügigen Schweinemastanstalt mit einer Produktionsmöglichkeit bis zu 15.000 Stück im Jahre mit aller Beschleunigung durchgeführt wurden, die Bauten sind in voller Entwicklung und es sei zu erwarten, dass die Mastanstalt im Monate Mai der Benützung übergeben werden kann. Durch Vorverträge wurden Einstelltschweine in einer Anzahl von mehr als 3000 Stück gesichert.

Die anwesenden Fachleute gaben ihrer vollsten Befriedigung über den ausserordentlich gelungenen Erfolg dieses ersten Versuches der Gemeinde Ausdruck. Die heute zugeführten Schweine werden gestochen und dem Konsume zugeführt. Die restlichen Schweine werden allmählich nach Eintreten der Schlachtreife auf dem Zentralviehmarkt eingeliefert werden.

-----

71

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 14. März 1918. Nr. 71.

Aufnahme der Vorräte an Dörrobst. Der Statthalter hat eine Aufnahme der gesamten Vorräte an Dörrobst bei Erzeugern und Händlern angeordnet und zugleich sämtliche Vorräte mit der Wirkung unter Sperre gelegt, dass sie ausschliesslich an die Gemüse-Obst-Versorgungsstelle in Wien oder an deren Bevollmächtigte abgegeben werden dürfen. Auf Grund des Auftrages wurde vom Magistrat angeordnet, dass zwischen dem 19. und 23. März 1918 die gesamten Vorräte an Dörrobst (gedörrten Äpfeln, Birnen, Zwetschen, Kirschen, Weichseln, Merillen, Heidelbeeren u. dgl.) jeder Art <sup>von</sup> Herkunft, welche sich im Besitz von Erzeugern, von Wiederverkäufern (Händlern, Konsumentenorganisationen, Einkaufsvereinigungen) oder von Gemeindefürsorge und öffentlichen Approvisionierungsanstalten befinden, von diesen nach dem Stichtage vom 11. März 1918 und zwar in Kilogramm, nach Obstgattungen getrennt, beim magistratischen Bezirksamte ihres Betriebsortes oder ihres Sitzes einzubekennen sind. Die in Obstverwertungsfabriken lagernden Dörrobstmengen sind bei der Gemüse-Obst-Versorgungsstelle in der gleichen Frist anzuzeigen; auch diese unterliegen, sofern sie sich die Betriebe nicht mit einer Bewilligung der Gemüse-Obst-Versorgungsstelle zur weiteren Verarbeitung der Ware ausweisen können, vorläufig der Sperre. Ebenso bleiben die von den Gemeinden und öffentlichen Approvisionierungsanstalten angemeldeten Dörrobstmengen, welche ihnen unter Anrechnung in das Kronland-Kontingent belassen werden, bis zum Zeitpunkte der allgemeinen Ausgabe von Dörrobst an die Verbraucher vorläufig unter Sperre. Wer die von ihm geforderten Angaben nicht innerhalb der gesetzten Frist liefert, die an ihr gerichteten Fragen zu beantworten sich weigert, oder sie unrichtig beantwortet, wird von der politischen Bezirksbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft, sofern die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt. Wer ungeachtet der verhängten Sperre Dörrobst an andere Personen als die Gemüse-Obst-Versorgungsstelle oder deren Bevollmächtigte abgibt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft, sofern die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt.

Lebensmittelkarten - Ausgabe. Am Samstag, 16. d.M. gelangen die Brot- und Mehlkarten für die 154. bis 161. Woche, die Fett- und Butterkarten für die 79. bis 86. Woche, die Milchkarten für die 57. bis 64. Woche und die Seifenkarten für die Monate April, Mai, Juni und Juli zur Ausgabe.

Monatsbericht des städtischen Wohnungsamtes. Im Monat Februar hat sich der Stand der leerstehenden Wohnungen nicht wesentlich verändert (1535 oder 0'277 % des gesamten Wohnungsbestandes gegen 1551 oder 0'28 % im Jänner). Es entfallen von den Ende Februar ausgewiesenen leerstehenden Wohnungen auf die Gruppe der Kleinwohnungen 1279 (0'315 % aller Kleinwohnungen) der kleineren Mittelwohnungen 154 (0'30 % aller kleineren Mittelwohnungen), der grösseren Mittelwohnungen 73 (0'10 % aller grösseren Mittelwohnungen und der grossen Wohnungen 29 (0'11 % aller grossen Wohnungen). Die Zahl der leerstehenden Geschäftslokale betrug Ende Februar 5817 und hat gegenüber dem Vormonate 5484 einen Zuwachs erfahren. Die Besucherzahl ist im Februar und zwar von 1929 auf 2925 Personen neuerlich gestiegen. Die allgemeine Lage des Wohnungsmarktes ist infolge der andauernden Beständigkeit der Mietverhältnisse ziemlich unverändert.

Die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. In der heutigen Sitzung des Stadtrates legte VB. Hoss einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Kartoffelversorgung der Stadt Wien vor und bemerkte, dass die Ausgabe von einem kg für den Kopf in der nächsten Woche gesichert erscheine.

Wohnungsergänzungsverein für Wien und Niederösterreich. Am 3. April 5 Uhr nachmittags findet im Landhause die gründende Versammlung des Wohnungsergänzungsvereines für Wien und Niederösterreich (Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien) statt. Der Verein bezweckt Einrichtungen, welche die Kinderpflege und Kindererziehung zum Gegenstand haben, also Kindergärten, Kinderhorte, Spielplätze u.s.w.; Kriegs- und Schrebergärten; Luchereien und öffentliche Lesezimmer; Gemeinsame Badeanlagen; Errichtung gemeinsamer Werkstätten in hiezu geeigneten Häusern und Beschaffung der diesbezüglichen Arbeitsgelegenheit. Der Verein wird im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel seine Aufgaben auch durch Zuwendung von Mietzuschüssen, Hergabe von Betten, Hausmöbeln sowie sonstigen Wohnungseinrichtungsgegenständen und durch Gewährung von Belohnungen für die pflegliche Behandlung von Wohnungen kinderreicher Familien erweitern. An der Spitze des Vereines stehen Fürsterzbischof Kardinal Piffl als Ehrenpräsident, Gouverneur Dr. von Leeth und RRA. Friedmann als Oberkuratoren. Die Tagesordnung enthält folgende Punkte: Begrüssungsansprache: Kardinal Piffl; Der Wohnungsergänzungsverein und das Land Niederösterreich: Landesausschuss Leopold Kunschak; Der Wohnungsergänzungsverein und die Stadt Wien: Bürgermeister Dr. Weiskirchner; Der Wohnungsergänzungsverein und die Industrie: RRA. Max Friedmann. Die besonderen Aufgaben des Wohnungsergänzungsvereines: Ritter von Leeth und Ober Revident Arnold Breuer. Schlusswort Minister für soziale Fürsorge Dr. Viktor Mataja. Vereine, Korporationen und Einzelpersonen, die sich für die Verhandlungsgegenstände interessieren und keine Einladung erhalten haben, mögen sich unmittelbar an den Verein (Sitz 1. Bezirk Teinfaltgasse 8 a) wenden.

72

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 15. März 1918. Nr 72.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Antrage des StR. Dechant wird die Herstellung einer Eisendraht - Umfriedung des Czartoryski-parkes im 18. Bezirk mit den Kosten von 25.000 Kronen genehmigt. - Die Errichtung einer Unterstandshütte auf der Räderausladerampe am Zentralviehmarkte St. Marx wurde mit den Kosten von 15.000 Kronen, die Herstellung von Viehständen daselbst mit den Kosten von 6000 Kronen genehmigt. - Für Zwecke des Wald- und Wiesengürtels werden nach einem Antrage des StR. von Steiner Parzellen in Ober-Sievering angrenzend an die Liegenschaft Bellevue im Ausmasse von 1482 m<sup>2</sup> um 4200 Kronen angekauft. - Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wird der Titel „Obmann“ des Armeninstitutes in „Vorstand“ abgeändert. - Nach einem Antrage des StR. Schmid werden für das Ueberlandkraftwerk Ebenfurth 4 Stück Kohlenbunkerausläufe und 4 Stück Schüttgossen um den Gesamtbetrag von 33.000 Kronen bestellt. - Nach einem Antrage des StR. Körber wird die Instandsetzung des Holzzementdaches im städtischen Reservegarten 2. Bezirk Vorgartenstrasse mit den Kosten von 10.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Schmid wird für die Schmalspurbahn der Bergwerksbetriebe der städtischen Elektrizitätswerke eine Tanderlokomotive um den Betrag von 36.000 Kronen angekauft. - Nach einem Antrage des StR. Schneider werden 57.000 Kronen für den Ankauf von Schmierölen für die städtischen Strassenbahnen bewilligt. - Nach einem Antrage des StR. Knoll werden Gründe in Leopoldsdorf im Ausmasse von 5352 m<sup>2</sup> für Zwecke des Gaswerkes angekauft. Die Errichtung von 6 Oberflur - Wasserauslässen im oberen Teil des Praters wird mit den Kosten von 12.200 Kronen genehmigt.

Anerkennung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Dr. Haas dem pensionierten Verwalter des Versorgungshauses in Mauerbach Michael Wiener für die Uebernahme der Verwaltungsgeschäfte des Versorgungshauses in St. Andrä während der militärischen Dienstleistung der beiden Verwaltungsbeamten dieses Hauses und für seine erspriessliche Dienstleistung in diesem Hause den Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

Armenratswahlen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schneider die Wahl des Josef Bernhard zum ersten Obmann-Stellvertreter, Josef Bienfuss zum zweiten Obmann-Stellvertreter, Matthäus Huber zum Schriftführer, Franz Bauer zum Schriftführer-Stellvertreter des Armeninstitutes des 20. Bezirkes, nach einem Antrage des StR. Müller die Wahl des Wilhelm Görkler zum Obmann-Stellvertreter, Stephan Krischke zum Schriftführer und Heinrich Kutach zum Schriftführer-Stellvertreter der 1. Sektion des Armeninstitutes des Bezirkes Meidling genehmigt.

Leichenbeförderung mittelst Strassenbahn. Von der Direktion der städtischen Strassenbahnen erhalten wir folgende Mitteilung: Die grosser Belegung der städtischen Humanitätsanstalten in Lainz und zwar sowohl des Jubiläumsspitals als des Versorgungshauses mit sehr alten und schwerkranken Personen hat eine grosse Anzahl von täglichen Todesfällen zur Folge; die Leichen mussten bisher in einzelnen Wagen nach dem Zentralfriedhofe geführt werden, wo sie zur Beisetzung gelange. Abgesehen davon, dass es wünschenswert ist, einen solchen ständigen Verkehr zahlreicher Leichenwagen zu vermeiden und durch Verwendung grosser Wagen für die gleichzeitige Beförderung mehrerer Leichen zu ersetzen, hat der im Krieg aufgetretene Pferdemangel die Durchführung dieses Wunsches zur Notwendigkeit gemacht. Die Strassenbahndirektion hat im Einvernehmen mit der städtischen Leichenbestattungs-Unternehmung einen Beiwagen derart umgebaut, dass er für die Aufnahme von 12 bis 16 Särgen geeignet ist. Der ganz geschlossene Wagen ist mit Holz verkleidet und grau gestrichen worden; an den Stirnwänden trägt er ein weisses Kreuz. Im Wagenkasten sind durch den Einbau eines Zwischenbodens der Höhe nach 2 Abteile geschaffen worden. An den Seitenwänden befinden sich Türen. Die Särge werden seitliche in den Wagen geschoben und liegen senkrecht zur Wagenachse. Dadurch, dass das obere Abteil nicht unterteilt ist, können hier ungefähr 10 leichtere Särge, im unteren Abteil 6 Särge untergebracht werden. Einstweilen wird der Wagen nur zur Abbeförderung der Leichen vom Lainzer Versorgungshaus verwendet. Die Särge werden in den Abendstunden verladen und treffen nach 5/4 stündiger Fahrt auf dem Zentralfriedhof ein. Die Ausladung findet beim 2. Tor des Zentralfriedhofes statt, von wo aus die Leichen in die Totenkammer zur Aufbahrung geschafft werden. Es besteht die Absicht, einen Motorwagen für die Leichenbeförderung in der Weise herzustellen, dass auch die Leidtragenden in einem besonderen Abteil des Wagens mit auf den Friedhof fahren und die Beerdigung unmittelbar an die Fahrt angeschlossen werden kann. Derartige Einrichtungen bestehen schon seit Jahren beispielsweise in Mailand und in Mexiko.

Ein Antrag gegen die Zensur. In der gestrigen Stadtratssitzung brachten die StRe. Dr. Hain und Hohensinner folgenden Antrag ein: Der Stadtrat wolle dem Gemeinderat nachstehenden Antrag zur Beschlussfassung unterbreiten: In der Erwägung, dass in der letzten Zeit wieder das Recht der freien Meinungsäusserung durch eine ungleichmässige, oft schikanöse Ausübung der Zensur in ungebührlicher Weise beeinträchtigt wird, stellt der Gemeinderat der Stadt Wien an die Regierung das Ersuchen, die gegenüber den Zeitungen geübte Zensur auf Artikel und Nachrichten einzuschränken, deren Veröffentlichung geeignet wäre, die militärischen Interessen des Staates zu gefährden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

73

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Samstag, 16. März 1918, Nr. 73.

Herabsetzung der Fettquote. Mit Rücksicht auf momentan eingetretene Schwierigkeiten in der Fettszufuhr wird über Auftrag des k.k. Amtes für Volksernährung die Fettquote für Wien für die nächste Woche, d. i. vom 18. bis 23. d.M. auf 40 g herabgesetzt. Es ist jedoch zu erwarten, dass es dem Amte für Volksernährung gelingen wird, schon in der nächsten Zeit wieder Fettstoffe im Rahmen der bisherigen Quote auszugeben. Für die kommende Woche gelangen bei den städtischen Butterabgabestellen und Konsumentenorganisationen 40 g Butter pro Kopf zur Verteilung. Margarine wird in der kommenden Woche nicht ausgegeben.

Abgabe von Dörrgemüse. In der kommenden Woche wird vom 21. bis 24. d.M. Dörrgemüse ( bei den städtischen Abgabestellen Fälsrüben, von den Konsumentenorganisationen Möhren ) abgegeben. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes des amtlichen Einkaufsscheines mit der Ziffer 35. Der Preis für Fälsrüben beträgt für 10 dkg K 1.06, für 15 dkg K 1.38, für Möhren K 1.12 ( für 10 dkg ) und K 1.68 ( für 15 dkg ).

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1 kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der gewöhnlichen Weise gegen Abtrennung des Wochenabschnittes K der Kartoffelkarte.

Die Geflügelpreise. Die in mehreren Tagesblättern gebrachte Mitteilung über Festsetzung von amtlichen Höchstpreisen für Geflügel aus Ungarn ist unrichtig und steht im Widerspruch mit der in den Tagesblättern am 11. d.M. enthaltenen durch die Wiener Rathaus - Korrespondenz hinausgegebenen offiziellen Verlautbarung, nach welcher die Höchstpreise für ungarisches Geflügel bis auf Weiteres aufgehoben sind.

Wohlfahrtsfleisch. Störungen in der Fleischzufuhr, die trotz aller Bemühungen des Amtes für Volksernährung nicht zeitgerecht behoben werden konnten, machen es unmöglich, die nächsten Abgabetermine von Wohlfahrtsfleisch an die Besitzer der grünen, blauen und braunen Einkaufsscheine schon heute zu verlautbaren. Voraussichtlich wird es sich bloss um eine Verzögerung von wenigen Tagen handeln.

Entfallender Empfang. Wegen dienstlicher Verhinderung entfällt am Montag der Empfang bei Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Mittwoch, den 20. d.M. 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung steht das Referat über die Wohnungsfürsorge der Stadt Wien und eine Reihe von laufenden Angelegenheiten. - Der Stadtrat tritt Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen.

Die städtische Brotfabrik. Bekanntlich hat der Verwaltungsrat der Ersten Wiener Walzmühle Vonwiller & Co. A.G., an welcher die Gemeinde Wien mit 60 % des Aktienkapitales beteiligt ist, schon im Dezember 1916 einstimmig den Beschluss gefasst, eine städtische Brotfabrik mit einer Tagesleistung von 200.000 Laiben zu errichten. Die Vorarbeiten zur Verwirklichung dieses Projektes sind vollendet. Allerdings stellen sich der Ausführung infolge der unerwartet langen Dauer des Krieges derartige Schwierigkeiten in den Weg, dass in absehbarer Zeit nicht mit der Durchführung des Baues gerechnet werden kann. Nur hat sich in der letzten Zeit die Möglichkeit eröffnet, durch finanzielle Beteiligung an einer bestehenden Grossbäckerei das Projekt der Gemeinde - wenn auch in veränderter Form - sofort teilweise zu verwirklichen.

In einer heute abgehaltenen ausserordentlichen Sitzung des Verwaltungsrates wurde beschlossen, dass die Erste Wiener Walzmühle Vonwiller & Co. A.G. sich an dem in eine Aktiengesellschaft umzuwandelnden Unternehmen „ Erste Wiener Kronenbrotwerke von M. Hafner " durch Erwerb der Mehrheit der Aktien beteilige. Mit 1. April l.J. wird das Unternehmen, an dem der bisherige Besitzer finanziell beteiligt bleibt, bereits auf Rechnung der neuen Aktiengesellschaft betrieben. Das neue Unternehmen setzt sich zur Aufgabe, die städtische Bevölkerung mit billigem und gutem Brode zu versorgen und damit einer dringenden Forderung der Verbraucher zu genügen. Es ist beabsichtigt, den Interessierten Gewerbetreibenden, welche das Produkt des neuen Unternehmens zu vertreiben berufen sein werden, die Mitarbeit in der Verwaltung zu ermöglichen.

Abgabe von Unterzündholz. Die Abgabe von je 3 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 17. bis 23. d.M. gegen Abtrennung des Zifferabschnittes 36 des amtlichen Einkaufsscheines.

74  
**Wiener Rathaus-Korrespondenz.**  
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 18. März 1918. Nr. 74.

Baulinienänderung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Zatzka die Baulinienänderung für das Gebiet zwischen dem Wasserbehälter der Kaiser Franz Josef - Hochquellenleitung in Breitensee, der Breitenseerstrasse, dem St. Josef Vindersayl und dem Flötzersteig im 13. Bezirk genehmigt. Auf dieser, dem Konsortium für Kasernen-, Grund- und Bautrasseaktionen gehörigen Gebiete war ein ungefähr 18.400 m<sup>2</sup> grosser Baublock für die Errichtung eines militärischen Verpflegsmagazins bestimmt gewesen. Die Militärverwaltung ist jedoch von dem Plane abgekommen und nunmehr soll die ganze Fläche für Wohnzwecke verwertet werden. Mit Rücksicht auf die geänderte Zweckbestimmung war auch eine Abänderung der Baulinie notwendig, nach welcher das Gebiet in 10 Baublöcke geteilt wird, wobei auf Herstellung mehrerer Gassen und die Freilassung von 2 öffentlichen Plätzen Rücksicht genommen wurde. Die Verbauung hat teils mit dreistöckigen, teils mit zweistöckigen Wohnhäusern zu erfolgen.

Anerkennung für Lehrpersonen. Der n.ö. Landesschulrat hat der Hauptbericht des Bezirksschulrates (Bezirkssektion 9) über die Jugendfürsorge in den Hauptferien 1917 mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und aus diesem Anlasse dem Bezirksschulinspektor Franz Tremml, dem Direktor Wilhelm Werner, den Oberlehrern Adolf Haas, Richard Kargl und Karl Eitzmannsdorfer und dem Volksschullehrer Leopold Miklas die Anerkennung ausgesprochen.

Stiftung. Aus der Karoline Frugberger'schen Heiratsausstattungsstiftung wird ein Stiftplatz im Betrage von 1690 Kronen verliehen. Zur Bewerbung sind berufen: Töchter von mittellosen, verdienstvollen Beamten des Wiener Magistrates. Einreichstelle: Magistrats-Abteilung 13; Einreichungsfrist: bis 15. April d.J.

Todesfall. Am 15. d.M. ist zu Salisfeld (österr. Schlesien) der k.k. Artillerie Major a.D. Robert Schösz, Ritter des öst. kais. Leopoldordens im 93. Lebensjahre gestorben.

Auszeichnung. Von Bediensteten der städtischen Stellwagenunternehmung wurde Wagenführer Karl Kolar, Korporal bei einer Mörserbatterie mit der silbernen Tapferkeitsmedaille 3. Klasse und der Kutscher Eduard Weber, Korporal bei einer Gebirgs Batterie mit der bronzenen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

Städtische Wasenmeisterei. In der letzten Sitzung des Stadtrates legte VB. Rain den Bericht über die Geschäftsababahrung der städtischen Wasenmeisterei im Jahre 1917 vor. Mit Beginn dieses Jahres wurde ein Vertrag mit dem Pächter der Wasenmeisterei geschlossen, nach welchem ein jährlicher Pachtschilling von 18.600 Kronen und ein Anteil der Gemeinde Wien am Bruttogewinn in der Höhe von 20 % vereinbart wurden. Da der Betrieb einen Gewinn von 432.074 Kronen ausweist, stellt sich der Anteil der Gemeinde Wien auf 86.414 Kronen. Das Ergebnis der Geschäftsababahrung wurde zur Kenntnis genommen.

75

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verausgeber und verantw. Redakteur Franz Michlew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang Wien, Dienstag, 19. März 1918. Nr. 75.

Jahreshauptversammlung der Genossenschaft der Wiener Gastwirtschaft. Diese überaus zahlreich besuchte Hauptversammlung fand am 15. J.M. in den Saallokalkitäten „Annerhof“ statt und nahm einen glänzenden und würdigen Verlauf. Sie gestaltete sich für den derzeitigen Genossenschafts-Vorsteher, kaiserl. Rat Othmar Penz zu einer grossartigen Ehren- und Vertrauenskundgebung, welche durch seine unter stürmischem Beifall durch Zuruf erfolgte Ernennung zum Ehrenmitgliede der Genossenschaft zum Ausdruck gelangte. Durch diese Kundgebung fand seine der Genossenschaft seit 20 Jahren gewidmete selbstlose Tätigkeit die wohlverdiente Anerkennung. Vor Beginn in die Tagesordnung gedachte kaiserl. Rat Penz das freudigen Ereignisses im Kaiserhause, brachte auf Ihre Majestäten ein begelstert aufgenommenes Hoch aus und teilte mit, dass am Auftrage des Genossenschafts-Ausschusses ein Telegramm an Se. Majestät abgesendet wurde.

Aus dem von ihm sodann erstatteten umfangreichen und eingehenden Bericht über die Tätigkeit der Genossenschaft und aller der Genossenschaft angegliederten und von ihr verwalteten Einrichtungen sei insbesondere die Denkschrift hervorgehoben, durch welche an die Wiener Reichsrats-Abgeordneten der dringende Hilferuf in letzter Stunde gerichtet wird, alles daran zu setzen, um den Grossteil des Wiener Gastwirtsstandes, der aus kleinen Leuten besteht, vor dem gänzlichen Ruin zu bewahren und die ohnehin schwierige Volksernährung nicht noch weiter zu schädigen.

In dem Berichte über den Kriegsfürsorge-Verfügungsfonds für Kriegsinvalide, Witwen und Waisen nach gefallenen Kollegen, verwies kaiserl. Rat Penz darauf, dass dieser Fonds teils durch die Lebensmittelstelle der Genossenschaft, teils durch andere Spenden bereits den Betrag von 100.000 Kronen erreicht hat. Ausserdem brachte er unter allgemeinem Beifalle zur Kenntnis, dass die Firma Ignaz Kuffner und Jakob Kuffner der Genossenschaft für dieselben Zwecke den Betrag von 200.000 Kronen und zwar zu gleichen Teilen für die Genossenschaftsmitglieder und die Gehilfenschaft gewidmet hat.

Den Kassebericht erstattete Kasseprüfer Weinschätzmeister Josef Mayer. Ueber seinen Antrag wurde der Genossenschaftsvorsteher einstimmig die Entlastung ausgesprochen. Der Bericht über den Voranschlag für das Jahr 1918, erstattet vom Vorsteher-Stellvertreter Johann Glück, wurde einstimmig genehmigt, ebenso der Antrag des Schriftführers Carl Kirsch auf Erhöhung der Einverleibungsgebühr, Schaffung dreier neuer Umlagekassen und Bestimmung der Höhe der Umlagen für das Jahr 1918, sowie der Bericht des Genossenschafts-Ausschusses Alfred Stegbauer wegen Festsetzung des Beitrages zur Lehrlingskrankenkasse. Dem Ansuchen des Gremiums der Hoteliers und Fremdenbeherberger in Wien wegen Angliederung ihrer Lehrlinge zur Lehrlingskrankenkasse der Genossenschaft wurde einstimmig Folge gegeben. Der Bericht des Genossenschafts-Ausschusses Josef Hütter über Festsetzung der Beitragslei-

stung zur Gehilfenkrankenkasse und die Gewährung einer Kleiderzulage an die Angestellten wurde zur Kenntnis genommen, die gestellten Anträge wurden einstimmig genehmigt.

Genossenschafts-Ausschuss Johann Braun erstattet einen eingehenden Bericht über die Errichtung der gastgewerblichen Wirtschaftsvereinigung und Wohlfahrtseinrichtung. Die Gründung dieses Unternehmens wurde unter grossem Beifalle einstimmig beschlossen, so dass deren Errichtung nun nichts mehr im Wege steht. Nachdem noch Leopold Blasel die Wirtschaft der Zentralen drastisch geschildert hatte, beantragte Vorstandsmitglied Franz Schmidt nach eingehender Begründung gegen die Zentralen energisch Stellung zu nehmen und nichts unversucht zu lassen, damit deren Tätigkeit eingestellt werde, was unter lebhaftem Beifalle beschlossen wurde.

Zum Schlusse wurde die vom kaiserl. Rat Penz vorgeschlagene Entschliessung betreffend die Entschuldung des Wiener Gastwirtgewerbes einstimmig angenommen. Prinz Hohenlohe, der Schutzherr des österr. Gastgewerbestandes, hatte namens Ihrer Majestäten ein Danktelegramm gesendet, in welchem der wärmste Allerhöchste Dank Ihrer Majestäten für das Glückwunsch- und Huldigungstelegramm anlässlich der Geburt eines kaiserlichen Prinzen ausgedrückt wurde.

Abgabe von Schweinen an Fleischselcher. Morgen, Mittwoch werden im Schweineschlächthaus in St. Marx ungarische Schweine an die Fleischselcher mit den Nummern <sup>92</sup> ~~121~~ <sup>241</sup> bis ~~140~~ und von 1 bis 40, sowie Innereien mit den Nummern <sup>16</sup> ~~22~~ <sup>30</sup> bis ~~41~~ zur Verteilung gelangen.

Zur Rindfleischversorgung Wiens. Trotz der besseren Belieferung des gestrigen Rindermarktes sind auch in dieser Woche die zur Verfügung stehenden Rindfleischmengen noch sehr knapp. Ungarn hat nämlich die zugesicherte Anzahl von Rindern noch nicht geliefert und die österreichischen Kronländer senden nur Rinder mit sehr geringer Fleischausbeute, zum grossen Teil nur Wurstvieh. Wenn auch die fortschreitende Aufbringungsorganisation in Ungarn die baldige bessere Belieferung Wiens mit ungarischen Rindern erwarten lässt, so hat doch der Bürgermeister sich an den Präsidenten des gemeinsamen Ernährungsausschusses telegraphisch mit der dringenden Bitte gewendet, bei den zuständigen ungarischen Stellen die rascheste Erfüllung der von Ungarn gemachten Zusage insbesondere für die Osterwoche zu erwirken. Weiters hat der Bürgermeister abermals bei dem österreichischen Ministerpräsidenten die Forderung erhoben, dass die österreichischen Kronländer mit allen zu Geboten stehenden Mitteln verhalten werden, die ihnen auferlegten Rinderkontingente nicht nur der Stückzahl nach tatsächlich abzuliefern, sondern auch Rinder mit guter Fleischausbeute im Verhältnisse zwischen ihrem Eigenbedarfe und dem Wiener Kontingente nach Wien zu senden.

Verband der bürgerlich freiheitlichen Gemeinderäte. In der gestrigen Sitzung <sup>Dr. H. H. H.</sup> der bürgerlich freiheitlichen Gemeinderäte berichtete der Obmann StR. Hein, dass er in der vorletzten Sitzung des Stadtrates <sup>Dr.</sup> einen Antrag eingebracht habe, welcher sich gegen die Einberufung untauglicher Personen richtete,

welche oft aus wichtigen wirtschaftlichen Funktionen herausgerissen und zu untergeordneten Hilfsdiensten verwendet werden sollen. Die Veröffentlichung dieses Antrages sei zuerst von der Staatsanwaltschaft untersagt, nach einigen Tagen aber freigegeben worden. In der letzten Stadtratsitzung habe Redner gemeinsam mit StR. Hohensinner eine Stellungnahme des Gemeinderates gegen diese Art der Ausübung der Zensur beantragt. Ueber Antrag des GR. Herold wurde der Obmann beauftragt, namens des Verbandes über die beklagenswerten Unfälle beim Anstellen in der Grossmarkthalle eine Interpellation an den Bürgermeister einzubringen. GR. Neustadtler wurde ermächtigt, über das Vorgehen des Bezirksvorstehers Stary gegen eine bei der Bekleidungsstelle des 9. Bezirkes angestellte jüdische Kontoristin eine Interpellation zu überreichen. GR. Melcher besprach eingehend die Anträge des Wohnungsfürsorgeausschusses und wies nach, dass er schon vor dem Kriege eine Reihe von Anträgen eingebracht habe, deren rechtzeitige Annahme eine wesentliche Besserung der Wohnungsverhältnisse herbeigeführt hätte. In einer lebhaften Debatte, an welcher sich die GR. kaiserl. Rat Fischer, Dr. Granitsch, Medizinalrat Dr. Löwenstein, Neustadtler und der Vorsitzende beteiligten, wurde auf die bisherigen Versäumnisse auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge hingewiesen. Hinsichtlich der auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung stehenden Petition um Neuregelung des Militärtaxwesens wies der Vorsitzende darauf hin, dass der ursprünglich eingeschränkte Vorschlag des Stadtrates über seinen Antrag dahin geändert worden sei, dass die Befreiung von der Militärtaxe allen jenen zuteil werden solle, welche mindestens ein Jahr Landsturmdienst mit der Waffe geleistet haben. Zu der Debatte über den Antrag Dr. von Dorn auf Veröffentlichung der Ausgleichsvereinbarungen mit Ungarn wurde seitens des Verbandes der Antragsteller Dr. von Dorn als Redner designiert. Nach einer Erörterung über die bestehende Fleischnot und die Regelung des Fleischbezuges, sowie über die Errichtung einer städtischen Brotfabrik wurde die Sitzung geschlossen.

76

BGM. Dr. Weiskirchner: Was die in der Frage des Kollegen Hein erwähnten schweren Unfälle in der Grossmarkthalle am vergangenen Samstag betrifft, so kann ich, Gott sei Dank, bekanntgeben, dass diese Sache in den Zeitungsberichten stark aufgebauscht dargestellt wurde und glücklicherweise glimpflicher abgelaufen ist: Infolge des starken Andranges bei der Grossmarkthalle zur Zeit deren Eröffnung kam eine Frau zum Sturze, erhielt eine Beule im Gesicht und erlitt einen Nervenschok, wurde von der Rettungsgesellschaft in der Halle ärztlich behandelt und konnte sich nach einer halben Stunde wieder selbst entfernen; von anderen Unfällen bei der Grossmarkthalle ist den städtischen Aemtern nichts bekannt. Verbürgten Nachrichten zufolge soll die Darstellung dieser Vorfälle in den Zeitungen auf die Absicht, abschreckend zu wirken zurückzuführen sein, was selbstverständlich nur als ein vollkommen untaugliches Mittel für die Erreichung dieses Zweckes bezeichnet werden kann.

Mittel zur Beseitigung der mit vollem Recht als unhaltbar bezeichneten Zustände bei der Erwerbung von Fleisch gibt es nach meiner Meinung nur eines und damit komme ich zugleich zur Beantwortung der zweiten Frage des Herrn Interpellanten: Es besteht nur in der Belieferung Wiens mit der erforderlichen Menge von Lebewild und Fleisch, wobei sich aber die k. k. Regierung nicht damit begnügen darf, dass diese Belieferung auf dem Papiere gesichert ist, sondern dass sie auch tatsächlich durchgeführt wird.

In dieser Beziehung habe ich aber getan, was nur in der Macht der Gemeinde gestanden ist; Ich habe mich bereits Freitag den 8. d. M. telegraphisch an den Ministerpräsidenten, den Ackerbauminister und das Kriegsministerium, welches gewisse Verpflichtungen hinsichtlich der Anlieferung ungarischer Rinder übernommen hat, und auch an die Kabinettskanzlei unter Darstellung der misslichen Fleischversorgung Wiens gewendet, damit die von Ungarn zugesicherten grösseren Rinderkontingente tatsächlich abgeliefert und von den Kronländern Oesterreichs die ihnen für Wien auferlegten Rinderkontingente wirklich eingehalten werden, denn mit Recht betont Kollege Hein, dass zwischen der Fleischversorgung Wiens und jener der österreichischen Provinzen ein grosses Missverhältnis besteht, das in erster Linie auf die mit Zustimmung der Regierung durchgeführte Absperrung der Kronländer gegen Wien zurückzuführen ist. Ich habe mich dann, da der dieswöchentliche Rindermarkt zwar der Stückzahl nach schon besser beschickt war, die Rinder insbesondere österreichischer Herkunft aber zum grossen Teil nur in Würstvieh und der Rest nur in Vieh mit sehr geringer Fleischausbeute bestand, erst gestern abends an den Präsidenten des gemeinsamen Ernährungsausschusses und an den österreichischen Ministerpräsidenten gewendet. Von jenen verlangte ich, er möge die rascheste Erfüllung der von Ungarn übernommenen Verpflichtung erwirken; Ebenso habe ich vom Ministerpräsidenten gefordert, dass endlich die österreichischen Kronländer mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhalten werden, die ihnen auferlegten Rinderkontingente nicht nur der Stückzahl nach abzuliefern, sondern auch Rinder mit guter Fleischausbeute im Verhältnisse zwischen ihrem Eigenbedarfe und dem Wiener Kontingente nach Wien zu senden.

In der heutigen Sitzung der n.ö. Landesviehverkehrskommission hat auch der Vertreter des k. k. Ackerbauministeriums erklärt, dass den Kronländern die Abstellung des ihnen auferlegten Kontingente in Normalrindern mit einer Schlachtzubeute von 150 kg pro Stück und, wenn die Rinder diese Ausbeute nicht erreichen sollten, die Abstellung einer entsprechend grösseren Stückanzahl aufgetragen worden sei.

Wenn dieser Auftrag des Ackerbauministeriums wirklich durchgeführt wird und wenn Ungarn seine Zusage wirklich erfüllt, dann, aber auch nur dann ist die Beseitigung der so schwer leidenden Fleischversorgung Wiens zu erwarten.

GR. Stein stellt folgende Anfrage: Wie die Marktleute vom Naschmarkt dem Herrn Bezirksvorsteher Dr. Blasel mitteilen, erzählt der Vorstand der Marktviktualienhändler

Rauch am ganzen Markt, dass er und seine Genossen vom Syndikat bereits alles wieder in Händen haben. Die Marktleute besorgen, dass die geplante Obst- und Gemüseverteilungsstelle der Gemeinde Wien auf diese Art eine zweite Auflage des Geos-Syndikates werden könnte. Vorsteher Rauch habe keinerlei Recht im Namen der Marktviktualienhändler zu sprechen und fragt der Interpellant, ob der Bürgermeister erklären wolle, dass Herr Rauch keineswegs irgendeine Sonderstellung bei den Verhandlungen einnehmen werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Interpellation geht von A bis Z von unrichtigen Informationen aus. Eine Gruppe von Marktviktualienhändler ist an die Gemeinde herangetreten, diese möge mit ihnen eine Gesellschaft gründen zum Einkauf von Obst und Gemüse. Ich habe erklärt, dass wenn sämtliche Marktleute einig sind, so werde ich dem Gemeinderate empfehlen, dass die Gemeinde mit ihnen den Einkauf besorgen und die fachmännische Verladung des Transportes überwachen werde.

GR. Stein stellt folgende Anfrage: Die Tagesblätter melden, dass die Kommune angeblich die Hafner'sche Kronbrotfabrik angekauft habe und sie in Form einer Aktiengesellschaft betreiben werde. Es liegt auf der Hand, dass durch den Ankauf einer bereits bestehenden Fabrik dem Konsum kein Mehrquantum an Brot zugeführt wird. Auch eine Brotpreisregulierung kommt derzeit nicht in Betracht, da der Preis von der staatlichen Behörde festgesetzt wird. Dagegen ist es sicher, dass die Kommune durch dieses Unternehmen neuerlich mit einer Schichte des gewerblichen Mittelstandes, mit dem Bäckergewerbe in direkte Konkurrenz tritt, woran auch der Umstand nichts ändern würde, dass einige bevorzugte Bäckermeister in den Verwaltungsrat aufgenommen werden. Dagegen steht dieser Vorgang in diametralen Gegensatz zu dem politischen Programm der Gemeinderatmehrheit, welche die Rettung des Gewerbes als erste Devise auf ihre Fahne getrieben hat. Es wird gefragt, welche Gründe für den Ankauf der Brotfabriken massgebend waren.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es ist unrichtig, dass die Gemeinde Wien die Hafner'sche Kronbrotfabrik angekauft hat und es entfallen daher auch alle Konsequenzen, die der Antragsteller an diese Behauptung geknüpft hat. Richtig ist, dass der Verwaltungsrat und ebenso der Aufsichtsrat der Ersten Wiener Walzmühle Vonwiller & Co. A.G. an welchen Korporationen alle Parteien des Gemeinderates vertreten sind, am 16. d.M. einstimmig den Beschluss gefasst hat, das

Anbot des Ersten Wiener Kronbrotfabrik von M. Hafner, betreffend die Errichtung einer Aktien-Gesellschaft unter Beteiligung des Mühlenunternehmens, anzunehmen. Es ist daher unrichtig, dass die Gemeinde mit einer Schicht des gewerblichen Mittelstandes, mit dem Bäckergewerbe, in direkte Konkurrenz tritt. Es ist aber auch unrichtig, dass die neue Brotfabrik überhaupt in eine Konkurrenz treten wird. Richtig ist vielmehr dass das neue Unternehmen in engster Verbindung mit dem sesshaften Bäckergewerbe eine Reform des Bäckereibetriebes durchführen wird, welche sowohl dem Bäckergewerbe wie den Verbrauchern zum Vorteile gereichen wird. Was das christlich soziale Parteiprogramm anbelangt, so wolle der Interpellant die Wahrung desselben ruhig der christlichsozialen Partei selbst überlassen. (Rufe: Sehr richtig!)

Als objektiver über den Parteien stehender Bürgermeister bin ich jedoch nicht in der Lage eine Explikation über unser Parteistatut oder eine Extravorlesung über dasselbe dem Interpellanten hier zu halten.

GR. Dr. Klotzberg nimmt in einer Abfrage gegen die Zentralen Stellung und fragt den Bürgermeister, ob er geneigt sei, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung ein Referat zu setzen, in welchem von der Brust weg in überzeugungsfreiem Tone über und gegen die Zentralen gesprochen und eine Resolution geschlossen werden solle um die Regierung zu veranlassen die Zentralen sofort nach dem Kriege aufzulassen. Der Bürgermeister erwidert, diese Anfrage werde als Antrag behandelt und gehe an den Stadtrat zur Beschlussfassung.

GR. Hohensinner betont in einer Anfrage, dass bereits jetzt die Preisereiberei mit der nächsten Obsternte begonnen habe, und verweist auf das Vorgehen der Freiherrlich Rudolf von Hoscsek-Mühlheim'schen Zentralverwaltung im 4. Bezirke, welche allerhöchste Preisangebote für Himbeersaft zu erhalten trachte. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, das Ernährungsamt hierauf aufmerksam zu machen und darauf zu dringen, dass die Obstversteigerungen untersagt werden.

Der Bürgermeister erwidert, dass durch eine jüngst erschienene Verordnung sowohl die schriftliche Vergebung von Bedarfsgegenständen an Meistbietende, wie auch die Versteigerung solcher Artikel strafbar erklärt wurde.

GR. Skaret richtet an den Bürgermeister eine Anfrage betreffend die Handarbeitslehrerinnen Wiens. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, den Magistrat anzuweisen, dass die Nachzahlung der den Lehrpersonen mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juli 1917 bewilligten Beträge spätestens gleichzeitig mit der Auszahlung am 1. April 1918 erfolge.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Vorarbeiten für die Auszahlung der Beträge sehr umfangreiche seien, doch werde die erste im Vorhinein erfolgende Auszahlung der Bezüge am 15. April erfolgen.

GR. Schäfer teilt in einer Anfrage dem Bürgermeister mit, dass ihm vom Bezirksvorsteher Dr. Blasel bekanntgegeben worden sei, dass der Verwalter des Stiftungshauses Hochedlinger in der Unteren Augartenstrasse 9 seine Tätigkeit mit der Kündigung eines kleinen Greißlers namens Brunnenwasser begonnen habe. Dieser Geschäftsmann sei eingedrückt und durch die Kündigung sei die Familie ruiniert.

Es biete jedenfalls kein gutes Beispiel, dass die Kommune in dieser schweren Zeit als Hausbesitzerin derart vorgehe.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt in seiner Antwort, die Partei Brunnenwasser sei mit dem am 1. März fällig gewordenen Mietzins im Rückstand gewesen und es deshalb zur Sicherheit die Kündigung überreicht worden. Dem Magistrat sei aber nicht bekannt gewesen, dass der Mieter eingedrückt ist, sonst wäre überhaupt nicht gekündigt worden. Im Uebrigen wäre die Kündigung, da der Mietzinsrückstand am selben Tage noch bezahlt wurde, zurückgezogen worden.

GR. Schäfer stellt folgende Anfrage: Nach Berichten der Tagesblätter hat sich der Ernährungsrat für die Beibehaltung der Geos ausgesprochen. Der Bürgermeister hat in der letzten Gemeinderatssitzung ein vernichtendes Urteil über die gegenwärtige Leitung der Geos gefällt, ebenso der Berichterstatter des Ausschusses im Parlament Dr. Kraft, sowie die Denkschrift der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft; alle diese Enunthationen schlossen mit den Worten: „Hinweg mit der Geos“.

Nachdem die Frühjahressaison für Gemüse vor der Tür steht, fürchtet sowohl das konsumierende Publikum, als auch die Marktleute, dass die gänzlich unfähige Leitung der Geos, gestützt durch den Ernährungsrat ihre unheilvolle Tätigkeit fortsetzen werde. Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu tun, um die schwer notleidende Bevölkerung aus dem Händeln der Geos zu befreien, die Wien dem Hunger preisgibt?

Weiters Marktdirektor Bauer hat sich dem Beschlusse des Ernährungsrates die „Geos“ weiter aufrecht zu halten laut Blättermeldungen angeschlossen und bestätigt, dass im Jahre 1917 doppelt soviel Gemüse nach Wien gekommen ist, durch die Geos, als im Frieden durch die Händler. Wien hatte niemals Gemüsenot, im Jahre 1917 war jedoch überhaupt keines auf den Märkten zu sehen, wie hunderttausende Hausfrauen bestätigen werden, wohin also diese angebliche Unmasse Gemüse gekommen? Wie lässt sich das Verhalten des Marktdirektors Bauer mit dem Ausspruche seines obersten Chefs des Bürgermeisters von Wien über die Geos vereinbaren?

Der Herr Bürgermeister könne das Dankes der ganzen Bevölkerung wie auch der Marktleute sicher sein, wenn der Bürgermeister einem so unheilvollen Zustand, wie dem jetzigen ein Ende machen wird.

BGM. Dr. Weiskirchner: Bei allen Verhandlungen in den zuständigen öffentlichen Körperschaften, die bisher über die Tätigkeit der „Geos“ geführt wurden, trat fast übereinstimmend die Anschauung zutage, dass die Geos vorläufig wohl beibehalten, jedoch in ihren Einrichtungen und ihrer Geschäftsführung verbessert werden müsse.

Dieser Anschauung hat auch das Ernährungsamt Rechnung getragen und einen Arbeitsausschuss eingesetzt, dem Vertreter aller beteiligten Kreise angehören und dem es obliegt, die geeigneten Vorschläge zu erstatten.

Bei diesem Sachverhalt liegt es ausserhalb meines Machtbereiches, mit Aussicht auf Erfolg auf die Aufhebung der Geos zu dringen.

Todesfall. Bezirksrat der Leopoldstadt Philipp Bak ist 70 Jahre alt gestorben. Das Leichenbegängnis findet Freitag 11 Uhr vormittags von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes aus statt.

GR. Welcher führt aus: Wir stehen im Zeitalter der Ersatzmittel, zu dem jetzt ein neues kommt, das ist der Wohnungersatz, denn nur von diesem Gesichtspunkte aus kann man die heutige Vorlage betrachten und behandeln. Der Wohnungsmangel in Wien ist nicht erst seit heute entstanden, sondern bildet seit Jahren eine ständige Post in der Gemeindepolitik. Ich habe bereits im Juli 1911 eingehende Anträge wegen Behebung der Wohnungsnot gestellt, dieselben wurden aber nicht weiter beachtet, sehr zum Schaden der Sache denn wir hätten damals um verhältnismässig sehr billiges Geld mehrere 1000 Wohnungen neu schaffen können. Mit Rücksicht auf die jetzt aber geradezu entsetzliche Wohnungsnot ist nunmehr die Regierung allein in der Lage einzugreifen, denn bei den jetzigen Preisen für Arbeiter und Materialien ist eine private Bautätigkeit vollständig ausgeschlossen. Dazu komme noch die Wirkungen des Mieterschutzgesetzes, die sich lediglich auf Kosten der Haushalten bemerkbar machen. Es besteht ja auch in Frankreich ein solches Gesetz, aber dort wird es auf Kosten der Regierung, des Staates gehandhabt, weil man dort gewusst hat, dass es nicht angeht, eine einzelne bestimmte Klassen von Menschen, die genau so unter dem Arme zu leiden haben, wie alle anderen, einfach zu erdrosseln. Auf die Dauer wird es auch ausgeschlossen sein, die Zustände, wie sie das Mieterschutzgesetz schaffen, aufrecht zu halten, schon deswegen nicht, weil kein Hausbesitzer z.B. für Reparaturen doppelt so viel ausgeben kann, als er an Zins überhaupt einnimmt. Durch dieses Gesetz ist auch eine Rentabilität der Neubauten vollständig ausgeschlossen. Es ist daher eine Utopie jetzt von einer Behebung der Wohnungsnot sprechen zu wollen.

Für die Wohnungen welche von der Gemeinde Wien geplant seien, gäbe es nur zwei Möglichkeiten. Entweder die Zinse bleibend in der gleichen Höhe wie heute, dann wäre die Gemeinde aus diesen Häusern ein sehr grosses Defizit pro Jahr zu decken haben, oder aber die Gemeinde müsse die Zinse enorm steigern, was selbstverständlich unterlassen werden muss, weil es die gleiche Steigerung bei allen übrigen Wohnungen zur Folge haben würde. Der Redner erklärt, er vermisse in dem Referate eine Berechnung darüber, welchen Betrag die Gemeinde aus diesem Grunde aufzubringen haben wird. Wäre diese Berechnung angestellt worden, dann wäre wohl manchem ein Licht aufgegangen und man hätte sich gesagt: Ja ist denn die Gemeinde berechtigt, für einzelne Teile der Bevölkerung derartige Riesensummen auszugeben, während die Regierung andererseits durch das Mieterschutzgesetz wieder einen Teil der Bevölkerung förmlich in einen Kasten einsperrt, in welchem er sich absolut nicht rühren kann. Redner fordert als zur Bekämpfung der Wohnungsnot unumgänglich notwendig auch die Einbringung eines Enteignungsgesetzes, welches aber unbedingt ein Reichsgesetz sein müsste. Er erklärt sich

mit der Umgestaltung des Steuersystemes im Bauwesen einverstanden, denn nur durch eine solche würde es möglich sein, die Bautätigkeit zu fördern. Schliesslich tritt Redner für die Schaffung einer Wirtschaftsstelle im Baugewerbe ein, welcher die Verteilung der Baumaterialien und die Bestimmung obliegen sollen, für welche Bauten Baumaterialien freizugeben sind. Er begrüsst es auch dass die Gemeinde daran gehe, eine Kreditstelle für das Bauwesen zu schaffen und fordert auf, der Fertigstellung der angefangenen Neubauten im Interesse der Bekämpfung der Wohnungsnot erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Zum Schlusse erklärt Redner, er glaube zwar, dass die ganze Vorlage einen Schlag ins Wasser darstelle weils sie die Wohnungsnot unter gar keinen Umständen beseitigen könne, dennoch aber werde er für sie stimmen. GR. von Steiner betont, dass die Wohnungsfürsorge nicht in den statutarischen Wirkungskreis der Gemeinde Wien falle, es sei vielmehr Sache des Staates hier tatkräftigst einzugreifen. Schon durch den Bau von Wohnungen für ihre eigenen Bediensteten habe die Gemeinde ein bedeutendes Werk vollbracht. Die Wohnungsfrage werde hauptsächlich eine Frage des Mittelstandes sein. In Deutschland bringe man den Wohnungsfürsorge - Bestrebungen vielmehr Interesse entgegen. Dort rechne man mit einem Ausfall von 50.000 Wohnungen und es wird in grosszügiger Weise an die Bekämpfung der Wohnungsnot geschritten. Als der Berliner Verein für Kleinwohnungswesen dieser Tage seine Versammlung abhielt, erschien dort der Kriegsminister, der Reichsbauinspektor und die Vertreter der verschiedenen Ministerien. Bei uns wird zu einer solchen Versammlung höchstens ein Konzipist der Statthalterei geschickt. In Berlin wird die Wohnungsfürsorge jetzt als eine Kriegsfrage behandelt und es werden auf Kriegskosten Zuschüsse den Städten und Gemeinden gegeben.

Der Redner stellt dann eine Reihe von Zusatzanträgen und schliesst, dass eine Wohnungsnot und die damit verbundene Zufriedenheit der Bevölkerung, die manche wünschen nicht eintreten dürfe. Die Bürgerschaft müsse ihren Dank jenen, die von der Front zurückkehren auch dadurch bezeugen, dass sie vorsorgt, dass die Krieger die Wohnung, die sie verlassen haben wieder beziehen können oder eine andere Wohnung finden können. ( Lebhafter Beifall )

Wenn man das Projekt vollständig durchführen würde, so würde das die Gemeinde Wien wenigstens 60 bis 80 Millionen Kronen jährlich kosten. Das wird die Gemeinde wohl nicht tun und zwar schon aus dem Grunde nicht, weil sie niemand dazu verpflichten kann, ein solches Risiko zu übernehmen. Da aber derartige Wohnungen auf jeden Fall geschaffen werden müssen, sind wir der Ansicht, dass die Regierung, welche den Krieg geführt hat, auch die Konsequenzen trägt. Der Staat hat ja eine ganze Reihe von Gründen, welche brach liegen z.B. den Lainzer Tiergarten, dort, könnten in der Anhofstrasse solcher Wohnungen errichtet werden. Wir richten daher heute das Ersuchen an die Regierung, sie möge uns unterstützen, damit die heimkehrenden Krieger Wohnung finden können. Redner beantragt die Aufnahme eines neuen Punktes in die Vorlage betreffend die Gewährung eines 50%igen Nachlassen von den offiziellen Frachtsätzen für alle Bauma-

aterialien. Wie man die Umgebung für die Unterbringung der Bewohner Wiens heranziehen, dann muss auch unbedingt für die Ausgestaltung der Verkehrsmittel geschritten werden. Man muss die Strassenbahn soweit als möglich an die Grenze des Stadtgebietes hinausführen z.B. müsste die Strassenbahn bis nach Mariabrunn ausgedehnt werden, ebenso ist eine Weiterführung an vielen Punkten notwendig. Ich schliesse mit dem Wunsche, dass dieses Projekt, welches tatsächlich der Gemeinde Wien zur Ehre gereicht in der Bevölkerung Anklang finden möge und dass die Bevölkerung sehen möge, dass die Gemeinderäte sich dafür sorgen dass die zurückkehrenden Krieger nicht auf der Strasse wohnen müssen.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Ulreich spricht den Wunsch aus, dass die statistische Wohnungsaufnahme auch für die Zukunft erhalten bleiben möge, nur dürfe sie nicht ihre Aufgabe auf einen so engen Kreis wie gegenwärtig beschränken, sondern müsse ausgebaut werden. Wenn wir die Verhältnisse statistisch klarlegen werden, dann werden wir den Anstoss zu einer erhöhten gesetzgeberischen Tätigkeit insbesondere zur Einführung einer Wohnungsaufsicht geben. Redner wendet sich gegen die Verwendung von Baracken zu Wohnungszwecken. Man könne aus der Beschaffenheit der Schulen, die von Militärs belegt waren einen Schluss darauf ziehen, wie diese Baracken aussehen mögen.

In Besprechung der Flüchtlingsfrage verlangt der Redner dass jene Flüchtlinge, die aus Orten stammen, in deren eine Rückkehr möglich ist, unbedingt zurückkehren müssen, von den anderen aber verlangt werden solle, dass sie sich in der Nähe ihrer noch nicht freigegebenen Orte ansiedeln. Es werden dort eine Unzahl von Arbeitskräften gesucht, und es kann daher verlangt werden, dass diese Leute sich auf einem Gebiete betätigen, das im volkswirtschaftlichen Interesse aller gelegen ist. Es müsse aber auch Vorsorge getroffen werden, dass nicht, wie es jetzt geschehe, gewisse Flüchtlinge nach ihrem Abtransport vom Nordbahnhof den Zug in der nächsten Station ausserhalb Wiens verlassen, um auf allen möglichen Wegen wieder nach Wien zurück zu gelangen. Wir sind umso mehr verpflichtet dies zu tun, weil nunmehr auch Galizien nach dem Beispiele Ungarns daran geht, uns seine Lebensmittel abzusperren. Wenn es ein Notrecht der Staaten gibt, so kann auch die Gemeinde Wien in dieser Frage ein Notrecht beanspruchen. Eine zweite Forderung wäre, dass der Staat nicht ruhig zusähe, wie die Gemeinde für ihre Bediensteten Wohnhäuser errichtet sondern, dies auch dies für die staatlichen Bediensteten tue, um diesen Wohnung und Quartier zu verschaffen.

Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag und wünscht zum Schlusse, dass die Wohnungsfürsorge der Gemeinde beispielgebend für den Staat sein möge.

Nach einem Antrage des GR. Partik wird Schluss der Debatte genehmigt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.

3  
Ich kann jedoch den Herrn Interpellanten versichern, dass ich die Vertreter der Gemeinde Wien im Arbeitsausschuss an gewiesen habe, mit aller Tatkraft für die als geeignet und notwendig erkannten Verbesserungen einzutreten.

Was die Haltung des Herrn Marktamtsdirektors im Ernährungsrat betrifft, so bemerke ich, dass er, wie aus dem stenographischen Protokoll jederzeit festgestellt werden kann, lediglich zu einigen Ausführungen des Herrn Direktors Dr. Schechner, die vom Standpunkt der Gemeinde Wien aus einer Richtigstellung zu bedürfen scheinen oder zurückgewiesen werden mussten, Mitteilung machte.

Er hat nicht bestätigt, dass im Jahre 1917 durch die Geos doppelt soviel Gemüse nach Wien gekommen ist als im Vorjahre, sondern vielmehr die vom Direktor Dr. Schechner zum Nachweise einer solchen Behauptung angeführten Ziffern einer Kritik unterzogen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt dazu - dass gegen die Anschauungen des Ernährungsamtes nichts zu machen sei. Es haben sich dort Vertreter brüderlich zusammgefunden, die sonst durchaus nicht übereinstimmen. Es liege ausserhalb seines Machbereiches, etwas gegen den Ernährungsrat zu unternehmen, er könne nur die Vertreter der Gemeinde Wien anweisen, mit aller Tatkraft für eine Verbesserung der Stadt einzutreten.

GR. Kubacsek beschwert sich in einer Interpellation über die Fahrgeschwindigkeit der Lastautos und wünscht, dass sie bei der Fahrt zwischen Ost und Südbahnhof den Weg über den Gürtel nehmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, er werde trachten, dass dem Wunsche des Interpellanten Rechnung getragen werde.

GR. Neustadt weist in einer Anfrage darauf hin, dass laut Mitteilung eines Abendblattes eine Angestellte der Bedarfsprüfungsstelle des 9-Bezirktes infolge der strikten Aufforderung des Bezirksvorstehers Stary aus dem Urunde entlassen werden musste, weil sie jüdischer Konfession ist. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister dem Bezirksvorsteher des 9-Bezirktes die Weisung geben wolle, dass derartige gehässige Eigenmächtigkeiten in Zukunft unterlassen sind, und ob er diesen Vorgang rügen wolle.

Bgm. Dr. Weiskirchner: In dieser Sache hat Bezirksvorsteher nicht als Bezirksvorsteher, sondern als Privatmann lediglich in Ausübung seiner politischen Ueberzeugung gehandelt. Es geht weder mich etwas an oder dem Gemeinderat, er hat dies mit seinem eigenen Gewissen abzumachen. Das betreffende Fräulein ist <sup>nicht</sup> entlassen worden, sondern ist versetzt worden in einen anderen Bezirk, wo sie viel angenehmeren Dienst haben wird, in die Leopoldstadt. (Weiterkeit).

GR. Schäfer stellt in einer Interpellation namens sämtlicher Etablissements, Gast- und Kaffehausbesitzer die Bitte an den Bürgermeister, er möge bei den massgebenden Behörden die nötigen Schritte einleiten, <sup>dass</sup> die Sperrstunde vom 1. April an, als dem Beginne der Sommerzeit von 10 auf 11 und von 11 auf 12 Uhr verlegt wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: In dieser Angelegenheit sind Verhandlungen im Zuge. Es hätte einer Erinnerung des Gemeinderates Schäfer nicht bedurft, damit ich mich dieser Sache annehme und ich hoffe, dass es gelingen wird, den Wünschen der Gewerbetreibenden Rechnung zu tragen.

GR. Zimmermann stellt folgenden Antrag: Der Bürgermeister möge bei den betreffenden Regierungsstellen nachdrücklich verlangen, dass die polnischen Flüchtlinge, die noch immer in grosser Anzahl den kargen Mundvorrat mit uns teilen, jetzt da ihre Heimat endgültig vom Feinde gesäubert ist, zurückkehren nach Galizien und in die Bukowina verhalten werden und dass weiter bei ihrer Abreise streng darauf gesehen wird, dass jeder, um einer möglichen Verschleppung vorzubeugen, nur für eine zehntägige Verpflegung Lebensmittel mitführt.

GR. Kubacsek beantragt, eine Verbesserung bei der Herstellung der doppeligen Türen der städtischen Strassenbahnen in der Weise, dass das Öffnen und Schliessen auch nur mittelst Anfassung eines Handgriffes erfolgen kann.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen und es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Nach Erledigung einiger Grundstücksreferate wird an die Beratung der übrigen Tagesordnung geschritten:

Gr. Dr. Stich erstattet den Bericht über die Wohnungsfrage nach dem Kriege und führt aus: Die Fürsorge für jenen Zweig des Wohnungswesens, der sich mit der direkten Förderung der Bautätigkeit und Erstellung von Kleinwohnungen befasst, wurde bislang von den Regierungen mehr oder weniger ganz den Gemeinden überlassen. Bei uns herrschte über die Wohnungsfürsorge insofern eine fortgeschrittenere Auffassung, als seit dem Jahre 1910 wenigstens zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit staatliche Kredithilfe durch Bürgerschaftsübernahme und durch unmittelbare Darlehen gewährt wird. Wie in ammen anderen Belangen, so brachte auch auf dem Gebiete der allgemeinen Wohnungsfürsorge und der Förderung der Bautätigkeit der Krieg eine Umwälzung der bisherigen Grundsätze und Meinungen mit sich. Der Standpunkt, dass Gemeinde und Staat in der Wohnungsfürsorge zusammen zu wirken haben, ist der richtige und derjenige, der auch schon vor dem Kriege hätte gelten sollen. Diese unter dem Drucke des Weltkrieges in Deutschland zum Durchbruche gekommene richtige Auffassung von der Wohnungsfürsorge für die Allgemeinheit muss und wird sich auch bei uns in Oesterreich durchsetzen und fixiert werden. Speziell in Wien hat ja der Krieg infolge mangels, bzw. Teuerung der Arbeitskräfte und der Baustoffe die Bautätigkeit derart gehemmt, dass die Produktion von neuen Wohnungen in den letzten drei Jahren auf den Nullpunkt gesunken ist. Wenn nun der Friede kommt und wenn mit ihm die Eingerückten nach Hause kommen, ferner die aus dem sozialen und wirtschaftlichen Gründen im Kriege von Wien Fortgezogenen wieder hierher zurückkehren und der Zuzug der Arbeit- und Verdienstsuchenden erfolgt, wie sie noch nicht erlebt werden ist, wenn ihr nicht durch ausserordentlichen Massnahmen begegnet wird. Erfüllt von dem Geiste der Allgemeinheitssorgen und der Liebe zur Vaterstadt ist die Gemeinde Wien bereit, eine der Grösse der Aufgabe entsprechende Aktion einzuleiten. Sie ist sich aber auch von vornherein bewusst, dass diese Aktion nur dann von durchgreifenden Erfolg gekrönt sein wird, wenn ihr die Regierung hierzu jene kräftige und allseitige Unterstützung leiht, die sie dem Ernst der Lage schuldet. Daher verlangt die Gemeinde als Voraussetzung des Gelingens ihrer Vorkehrungen

gegen die drohende Obdachlosigkeit nach dem Kriege insbesondere in folgenden Punkten von der Regierung Hilfe und Mitarbeit: Erstens hat die Regierung die Frage der Kriegsflüchtlinge einer radikalen Lösung zuzuführen. Zweitens muss die Regierung der

Zweitens muss die Regierung der Gemeinde ein erweitertes Enteignungsrecht einräumen. Da nämlich in Wien wenig verbauungsfähiger Grund und Boden vorhanden ist, muss die Gemeinde befugt werden, zur Befriedigung des dringenden Wohnungsbedürfnisses nach dem Kriege in der wirtschaftlichsten und spekulativen Eingriffe ausschliessenden Weise Neuland zu erschliessen, auch wenn die Grundbesitzer von ihrem privatrechtlichen Standpunkt aus dem widerstreben. Die Gemeindeverwaltung hat bereits im Jahre 1898 einen bezüglichen Gesetzentwurf der Regierung vorgelegt. Leider ist bis heute diese Regelung nicht erfolgt, sehr zum Unterschiede von Ungarn, das schon seit dem Jahre 1881 ein Enteignungsgesetz hat.

Drittens muss die Regierung mit Rücksicht auf das Allgemeinwohl einerseits und andererseits um die private Bautätigkeit, ohne welche eine genügende Wohnungsproduktion in der Grossstadt nicht denkbar ist, zu ermöglichen und den Bau von Wohnhäusern wieder rentabel zu machen, die wichtige Frage der Baustoffe in die Hand nehmen. Bedenkt man nun, dass wenn der Bau von Wohnhäusern noch rentabel sein, d. h. wenn der Ertragswert der Häuser die Gestehungskosten decken soll eine nur 100 %ige Steigerung der Baukosten eine Mietzinsteigerung von ca. 90% erfordert, so erkennt man, dass beim Anhalten der gegenwärtigen Baustoffpreise in neuen Häusern Mietzinse erforderlich wären, die einfach nicht gezahlt werden könnten.

Viertens. Endlich muss die Regierung noch in einem Punkte der Aktion der Gemeinde ihre werktätige Unterstützung leihen. Wenn wir nämlich annehmen, dass in dem ersten Jahre nach dem Friedensschluss wirklich ein Abbau der Baustoffpreise auf etwa 30% der Friedenspreise erreicht wird, so würde für die Rentabilität immerhin noch eine Mietzinsteigerung von 24-28% erforderlich sein. Da eine solche Steigerung bei der allgemeinen Lage der Preise kaum erschwinglich ist, so muss auf anderem Wege eine Aufbesserung des Ertrages der Häuser herbeizuführen gesucht werden. Es liegt nahe diese Aufbesserung beim Posten der Besteuerung zu suchen da ja auch in allen Zeiten aus Rentabilitätsrückichten für Neubauten Steuererleichterungen gewährt werden. Obwohl die Steuerfreiheit vom wohnungspolitischen Standpunkte aus bedenklich ist, da sie grundpreistreibend und mietzinsteigernd wirkt, so muss doch unter den gegenwärtigen Umständen auf dieses Mittel als eine Notstandsmassregel gegriffen werden, da sonst eine rentable Wohnungsproduktion nicht zu erreichen

ist. Wenn nun in der geschilderten Weise der Staat die ihm von der Schwere der Zeit auferlegten Aufgaben erfüllt, so kann die Tätigkeit der Gemeinde mit Aussicht auf Erfolg einsetzen. Diese soll in Folgendem bestehen:

1. Wird die Gemeinde Wien für die dem allgemeinen Friedensschluss folgende Uebergangszeit von beiläufig einem Jahre Notmassnahmen ergreifen müssen. In diesem Sinne wird die Gemeinde zunächst behufs Streckung der Wohnungen bereits vorhandene, zu Wohnzwecken geeignete, aber hierzu nicht benützte Räume heranziehen. Es kommen hier in Betracht Dachbodenwohnungen, Geschäftslokale, Doppelwohnungen u.s.w. Die Zahl der zu gewinnenden Wohnräume wird keine sehr bedeutende sein. Dann wird die Gemeinde Wien bereits bestehende, dem Militärraerar, oder der Regierung gehörige in Wien oder ausserhalb Wiens befindliche Baracken aller Art ermitteln, welche zu Wohnzwecken geeignet sind. Der Gemeinde Wien ist zur Erhebung der Baracken ein Vorzugsrecht einzuräumen und die Fortbenützung des Bodens, auf dem sie errichtet sind, sicher zu stellen. In die Augen gefasst wird von der Gemeinde auch die Errichtung neuer Baracken, wenn genügend Baumaterial zur Verfügung stehen wird. Endlich wird die Gemeinde Wien möglichst bald nach Friedensschluss mit aller Beschleunigung sogenannte Kriegswohnungen von Stockhöhen und mit einer Bestanddauer von 30 Jahren bauen, die nach verschiedenen Materialsparenden Methoden hergestellt werden, meist Wohnungen mit mindestens zwei Räumen enthalten, einen kleinen Garten haben und in Kolonieform angelegt sind. Wenn sich wieder in Ansehung erschwinglicher Arbeitslöhne, Baustoffpreise und Baufahrwerke eine rege Bautätigkeit entfalten kann, wird die Gemeinde Wien ehestens dem Wohnungsmarkt 1000 Wohnungen durch Neubauten für städtische Angestellte und ebenso viele durch den Bau der Kriegerheimstättenanlagen in Aspern zuführen. Endlich wird die Gemeinde der Produktion von Wohnhäusern direkt fördernd zu Hilfe kommen durch Erleichterung der Geldbeschaffung beim Kleinwohnungsbau. Die Gemeinde wird nämlich im Einvernehmen mit anderen Geldinstituten für Zwecke der Privatbautätigkeit eine städtische Kreditstelle errichten, welche möglichst niedere, amortisierbare Hypothekendarlehen bis zum Betrage von 150 Millionen vermittelt und zur Sicherstellung der Bürgschaftsleistung einen städtischen Wohnungsfürsorgefond in der Höhe von 7 Millionen errichtet. Man kann heute natürlich nicht

sagen, wann und in welchem Masse die geplanten Kriegsmassnahmen der Gemeinde Wien und die von der Regierung getroffenen Vorkehrungen in der Wohnungsfrage wirksam werden. Soviel ist aber nicht sicher, dass beim Abbau der Kriegswirtschaft im Bau- und Wohnungswesen zur Gesundung der gegenwärtigen desolaten Verhältnisse im Sinne der verfallenden und ausgleichenden Gerechtigkeit auch auf den staatlich so wichtigen konservativen Hausbesitzerstand, der unter der Kriegswirtschaft wie kein zweiter Stand leidet und in einer Krise sich befindet, Rücksicht genommen werde, damit er wieder erstarke, nicht aber zur Beute von ihm im Grunde gut gemeinten, aber doch einseitigen sozialpolitischen Bestrebungen werde.

77

GR. Ritter von Schwarz Hiller hält es für eine Notwendigkeit, dass gegen eine im grösseren Umfange eintretende Obdachlosigkeit nach dem Kriege durch ein Provisorium Vorsorge getroffen werden müsse. Für die Wohnungsnot dürfen die Flüchtlinge nicht verantwortlich gemacht werden. Die Zahl von 7700 von Fremden besetzten Wohnungen habe für den 11. April 1917 Giltigkeit gehabt, heute seien hochgegriffen 3000 Wohnungen in Wien von Fremden besetzt. Der Prozentsatz betrage also 0,6 % aller Wohnungen. So lange die Freizügigkeit nicht aufgehoben sei, dürfe der Ruf nach Eskortierung der Fremden im Gemeinderate nicht erschallen. Die staatlich unterstützten Flüchtlinge seien, soweit ihre Wohnungen zerstört sind, bis auf ganz wenige zurückgekehrt. In den Monaten Mai Juli werden  $\frac{1}{2}$  aller in Wien befindlichen Fremden von Wien abreisen und es werden von den 3000 Wohnungen noch weitere 2000 evakuiert sein. Die Flüchtlingsfrage hat mit der Wiener Wohnungsnot gar nichts zu tun. Wenn die Flüchtlinge, die 70 h per Tag Unterstützung bekommen, so muss man es begreifen, dass sie sich um Erwerb umsehen. Der Redner gibt dann die Anregung, dass die frei werdenden Lager als Notwohnstätten in Anspruch genommen werden. Eine Reihe von Häusern, die bis jetzt für Flüchtlingszwecke verwendet würden, können als Ledigenheime zur Benützung gelangen. Dort könnten 5000 Personen untergebracht werden. Die baugewerbliche Zentrale werde sich dann nur bewähren, wenn öffentliches Kapital und nicht privates zur Verfügung gestellt wird. Einer objektiven Leitung müsse ein fachmännischer Beirat zur Seite gestellt werden.

In einer Zeit, in der alles rayoniert und rationiert wird, müsse auch der Raum zugeteilt werden. Es müsse deshalb angeordnet werden, dass bei einem Wohnungswechsel eine grosse Wohnung unterzuteilen ist. Eine einzelne Person dürfe nicht eine Wohnung von 12 Zimmern für sich in Anspruch nehmen. Der Redner wünscht, dass die Details der Vorlage noch einer eigenen Beratung unterzogen werden sollen, und erklärt für die Vorlage zu stimmen.

Vorsitzender BGM. Dr. Weiskirchner bricht sodann die Verhandlung ab, welche in der morgen Donnerstag stattfindenden Sitzung fortgesetzt wird.

21/II

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michien,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 21. März 1918. Nr. 76.

Stadtgartendirektor kaiserl. Rat Hybler. Dem Stadtgartendirektor kaiserl. Rat Wenzel Hybler wurde dieser Tage die Ehrenmedaille für 40 jährige treue Dienste zuerkannt. Er trat im Jahre 1878 bei der städtischen Gartenverwaltung ein und wurde im Jahre 1905 zum Stadtgartendirektor ernannt. Von seiner fachlichen Tüchtigkeit zeigen die Gartenanlagen in Wien, die er in Ausführung eines Planes des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Lueger, Wien zu einer Gartenstadt zu machen hergestellt hat. Hervorzuheben sind insbesondere die Anlage des Maria Josefa Parkes, die Erweiterung des Türkenschanzparkes und die gärtnerische Ausgestaltung der Gürtelstrasse. Die Kultur von Schmuckblumen, die er im grossen Masse betreibt, steht einzig da und ihre Ergebnisse finden bei den repräsentativen Veranstaltungen der Gemeinde wirkungsvollste Verwendung. Ausser durch die Verleihung des Titels Kaiserlicher Rat wurde er auch durch die Verleihung des Ritterkreuzes des Franz Josef Ordens und das goldene Verdienstkreuz mit der Krone ausgezeichnet. Heute überreichte Bürgermeister Dr. Weiskirchner in seinem Empfangssalon dem Stadtgartendirektor die ihm neuerlich verliehene Auszeichnung. Hierzu hatten sich eingefunden: die Stadt- und Gemeinderäte Brauneiss, Dechant, Huschauer, Müller, Rot, Spalowsky und Wiesinger. Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Obermagistratsrat Pawelka, Präsidialvorstand Magistratsrat Formanek, Magistratssekretär Dr. Handler, Oberstadtphysikus Dr. Böhm, Direktor Karel, Marktamsdirektor Kommerzialrat Bauer, Kanzleidirektor kaiserl. Rat Mayer, Oberstadtgärtner Plohowitz mit einer Abordnung des Stadtgartenpersonales u.s.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hielt an den Ausgezeichneten folgende Ansprache: Mir gereicht es zur aufrichtigen Befriedigung und entspricht meinem Herzenbedürfnisse, dass es mir gegönnt ist, Ihnen, Herr kaiserl. Rat, dieses Zeichen kaiserlicher Gnade zu überreichen. Die 40 Dienstjahre haben Sie im Dienste der Gemeinde Wien vollstreckt und wenn Sie auf Ihre Tätigkeit zurückblicken, können Sie wohl mit grösster Genugtuung darauf hinweisen, dass Sie nicht nur die Anerkennung der Gemeindeverwaltung im engeren Sinne, sondern die Anerkennung der gesamten Bevölkerung gefunden haben. Wer die Anlagen, die durch Ihre Mitwirkung und unter Ihrer Leitung geschaffen wurden, betrachtet, kann wohl sagen, dass sie nicht nur der Stadt zur Zierde und ihrer Schönheit zum dauernden Ruhme gereichen, sondern dass auch für die grosse Masse der Bevölkerung geradezu ein Trost geschaffen wurde. Wie viele haben sich in unseren städtischen Gärten von den Sorgen und Kümernissen des Tages erholt, wie viele neue Lebenskraft geschöpft aus der Tatsache, dass die Erde sich Jahr für Jahr verjüngt und wer heute im Frühling die städtischen Anlagen durchwandert, fühlt sich erhoben, gestärkt und neu gekräftigt. So nehmen Sie an dem

Ehrentage, den Sie heute feiern, den Dank des Bürgermeisters und der gesamten Gemeindevertretung entgegen und ich darf auch den Wunsch aussprechen, der liebe Gott möge Sie noch viele Jahre in voller Rüstigkeit erhalten. Bleiben Sie mein wackerer Mitarbeiter, wie Sie es mir und meinen Vorgängern gewesen sind. - Direktor Hybler dankte tief gerührt für die ihm erwiesene Ehrung.

Strassen- und Fussweg-Bespritzung. Um die Staubbildung nach Möglichkeit zu verringern, werden, soweit die Betriebsmaterialien vorhanden sind, schon seit 19. d.M. die wichtigsten Hauptstrassen, wenn es die Temperatur zulässt, täglich mehrmals besprengt. Gewöhnlich wurde mit der Bespritzung erst am 1. April begonnen. Die Hauseigentümer und Hausbesorger werden ersucht, auch ihrerseits die Besprengung der Bürgersteige ebenfalls vorzunehmen, um die Staubeentwicklung auf den Bürgersteigen einzudämmen. Dringend notwendig ist es, dass eine der Bespritzungen unmittelbar vor dem Kehren der Bürgersteige erfolgt.

Auslagen aus Anlass der Kriegsereignisse. Im Verwaltungsjahre 1916/17 waren für Auslagen aus Anlass der Kriegsereignisse (Sicherung des städtischen Besitzes, Notstandsarbeiten, sanitäre Vorkehrungen, Approvisionnementmassnahmen mit Ausschluss des Lebensmitteleinkaufes, Kriegergrabstätte u.s.w.) 3,073.300 Kronen veranschlagt. Die tatsächlichen Ausgaben betragen aber 6,879.980 Kronen, so dass sich ein Mehrerfordernis von 3,806.700 Kronen ergibt. Das Mehrerfordernis ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass bei Aufstellung des Hauptvoranschlages eine Reihe von Auslagen nur für ein halbes Jahre berechnet wurden. Der Stadtrat beschloss nach einem Berichte des VB. Hoss das unbedeckte Mehrerfordernis auf das Gebührensresultat bzw. auf die Kassenbestände zu verweisen.

Subventionen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola dem Komitee „Kriegshilfe“ für die Deutschen des Küstenlandes zum Wiederaufbau der zerstörten Heimstätten eine Subvention von 10.000 Kronen bewilligt. Der Gemeinderat hat bereit im Jahre 1915 25.000 Kronen zur Verfügung gestellt, als es galt, die Not der von ihrer Scholle getriebenen Bevölkerung des Küstenlandes zu mildern. Nach einem Antrage des StR. Schwer wird für die Frühjahrsausstellung der Genossenschaft der bildenden Künstler wie in den Vorjahren ein Preis von 1000 Kronen bewilligt. Für die Herausgabe des bayrisch-österreichischen Wörterbuches wird für weitere fünf Jahre das ist vom Jahre 1918 bis 1922 eine Subvention von jährlich 1000 Kronen unter der bisherigen Bedingung bewilligt.

Abgabe von Schweinen an Fleischselcher. Morgen Freitag werden ungarische Schweine an Fleischselcher mit den Nummern 405 bis 504 und Innereien an Fleischselcher mit den Nummern 78 bis 82 im Schweineschlachthause St. Marx zur Verteilung gelangen.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 21. März 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilung: Von den 263 Schulen, welche dem Militärärar als equartierungsobjekte seinerzeit überlassen wurden sind bis 17. März wieder 108 Schulen der Gemeinde übergeben worden. Von diesen sind 88 Schulen wieder instand gesetzt und dem Schulbetrieb übergeben worden. Es erübrigt daher noch 20 Schulen fertigzustellen.

Es wird sodann die Beratung des Referates über die Wohnungsfürsorge (Berichterstatte GR. Br. Stich) fortgesetzt.

Ueber Auftrag des Bürgermeisters gibt der Referent des Magistrates Dr. Sagmeister einige Aufklärungen über die während der Debatte gestellten Anfragen. Er zählt alle die Schritte auf, welche die Gemeinde hinsichtlich der Wohnungsfürsorge seit dem Jahr 1913 unternommen hat und

erklärt, dass in letzterer Zeit durch das Eingreifen des Justizministeriums und des neuen Ministeriums für soziale Fürsorge eine bedeutsame Verbesserung zu verzeichnen sei. Er erwähnt auch, dass seitens einer gemeinnützigen Bauvereingung ein ernstes Projekt vorliege, nach welchem 940 Kleinwohnungen zuwachsen würden. Dr. Sagmeister bemerkt schliesslich dass die Erfüllung der Leistungen durch die Regierung, welche in dem Programme aufgestellt sind, die Grundlage des Erfolges sind. (Lebhafter Beifall)

GR. Bretschneider behandelt die Wohnungsfürsorge mit Beziehung auf die Bevölkerungspolitik. Er erhebt gegen die Gemeinderatsmehrheit den Vorwurf, dass sie die Interessen der Mieter nicht genügend gewahrt habe, schuld daran sei, dass von 134 Gemeinderäten 58 dem Hausbesitzerstande angehören. Wenn gesagt werde, dass im Statute keine Bestimmung enthalten sei, nach welcher auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge etwas zu unternehmen sei, so dürfe daraus nur der einzige Schluss gezogen werden, dass eben das Gemeindestatut veraltet sei und eine solche Bestimmung ausgenommen werden müsse. Die Gemeinderatsmehrheit habe die Arbeit der Wohnhäuser nicht gebaut, um sich in Wohnungsfürsorge zu betätigen, sondern weil sie die Arbeiter ihrer Unternehmungen, die weit draussen an der Peripherie liegen unterbringen musste, weil sie sie an den Betrieb binden wollte, vielleicht auch weil sie in parteipolitischer Beziehung eine Kontrolle wünsche. Der Redner besprach sodann die Wirkungen des Mieterschutzgesetzes und die Notwendigkeit der Einführung einer neuen Bauordnung, welche sich gegen die in der Vorlage enthaltene Beschränkung der Freizügigkeit und beantragte eine getrennte Abstimmung über diesen Punkt. Er besprach sodann die Notwendigkeit einer grosszügigen Verkehrspolitik, gab seine Zustimmung zur Errichtung einer Bauzentrale und wünschte

dass die mit Hilfe des städtischen Kreditfondes hergestellten Wohnungen der Mietzins gebunden werde. Die Hauptsache sei, dass das ganze Programm so rasch als möglich durchgeführt werde.

Ich glaube wir müssen darauf sehen, dass alle Kräfte zusammengefasst werden und dass so rasch als möglich die Vollendung des geplanten Werkes herbeigeführt wird. Es ist aber das nicht die einzige grosse Aufgabe, die in der nächsten Zukunft zu lösen ist- Wollen wir, dass unserem Staate die zerstörten Werte wieder entstehen, dann müssen wir auch für eine gesunde Approvisionnementpolitik sorgen- Wohnungsfürsorge und eine gesunde Approvisionnementpolitik sind die Grundpfeiler auf denen der Wiederaufbau der Familie durchgeführt werden wird- Wir werden für den Antrag stimmen mit Ausnahme des Punktes 1 über den ich getrennt abzustimmen bitte.

GR. Biber : Jedes wirtschaftliche Unternehmen baut sich auf einem Finanzplan auf und auch hier sehen wir einen solchen. Die Säule dieses Planes ist die Ermässigung der Baumaterialienpreise, doch ist zu bezweifeln, dass unmittelbar nach dem Kriege die Baumaterialien billiger werden. Wir erklären uns heute mit Freuden bereit, das mit dem vorliegenden Antrage verbundene grosse Opfer zu bringen. Ich möchte diese Vorsorge, die wir hier treffen aber auch von unserem Stadtbauamte erfasst sehen- Ich bin der Ueberzeugung, dass unser Bauamt gut und schön baut, aber ich weiss nicht, ob wir alle der Meinung sind, dass unser Bauamt auch billig baut. Wir sehen, dass in anderen Ländern die Dachräume zu Wohnungszwecken ausgenützt werden, das ist bei uns nicht der Fall und überhaupt wendet unser Bauamt den Holzbauten zu wenig Aufmerksamkeit zu- Das Holzbauteil schnell und billig.

GR. Dr. Schwarz-Hiller : Soll das ein Fortschritt sein ?

GR. Biber : Gegen die Holzbauten wird vielfach die Feuergefährlichkeit eingewendet, aber wir haben jetzt im Kriege beobachten können, dass man das edelste Material, unsere Kranken, in Holzbauten untergebracht hat unvernünftig darf freilich nicht gebaut werden, aber bei einer klugen Bauweise kann mit Holzbauten viel geleistet werden. Im Uebrigen glaube ich sind wir dem Stadtrate Dank schuldig, dass wir heute schon über den vorliegenden Gegenstand beraten und so eine bedeutende Summe für die Volkswohlfahrt bewilligen können.

Der Berichterstatter Gr. Dr. Stich stellt in seinem Schlussworte fest, dass die Vorlage im grossen und ganzen von allen Rednern akzeptiert worden sei und weisst die Behauptung zurück- dass in dieser Frage von der Gemeindeverwaltung Fehler begangen worden seien.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Es werden die Anträge des Referenten und die im Laufe der Debatte gestellten Zusatzanträge ebenso wie die beiden beantragten Resolutionen teils einstimmig, teils mit grosser Mehrheit zum Beschluss erhoben.

Ueber Antrag des VB. Hierhammer wird die Erhöhung des Bezugspreises für das Amtsblatt der Stadt Wien beschlossen.

VB. Hoss erbittet die Genehmigung des Gemeinderates für ein Mehrerfordernis zur Ausgabe rubrik „Auslagen“ aus Anlass der Kriegsergebnisse.

GR. Reumann fordert, dass man die Gemeinderäte näher unterrichte wie es zu diesen Ausgaben gekommen sei.

Der Berichterstatter VB. Hoss erklärt, dass in Zukunft diesem Wunsche Rechnung getragen werden würde und werden hierauf die Anträge des Berichterstatters genehmigt.

VB. Hoss berichtet dann über eine Reihe von Zuschusskrediten.

StR. Tomola berichtet über das Ansuchen des Komitees „Kriegshilfe für die Deutschen des Küstenlandes um Subvention und beantragt zum Wiederaufbau der zerstörten Heinstätten 10.000 Kronen zu bewilligen. ( Angenommen )

Es referieren dann die StRe. Braun, Schneider, Zatzka, Schmid, Knoll und Heindl über laufende Gegenstände.

StR. Schwer beantragt dem Wiener Konzertverein eine Subvention von 3000 Kronen zu bewilligen.

GR. Bielohlawek wendet sich gegen die Kartenagiotage bei den Konzerten und Theatern. Jeder Gewerbetreibender sagt Redner, der sich um 2 Heller bei den Preisen vergeht, wird erbarmungslos gestraft, was sich aber heute im Einverständnis mit den Theaterdirektoren abspielt ist schon das Höchste. Die Theaterdirektoren wissen, dass die Kassiere nur mit einem Aufschlag von 2 und mehr Kronen an die Theaterkartenbüros abgeben ( Hört Hört Rufe ) Die Folge ist, dass der Kartenbüroinhaber ebenfalls mit den Preisen hinaufgeben muss, dabei ergeben sich noch Nebenbeziehungen z.B. dass eine Sängerin eine Schwester hat, die ein Kartenbüro besitzt  
büro besitzt. In diesem Falle bekommt natürlich kein anderes Büro etwas. Diese Art der Preiserhöhung muss endlich auch unter den Preistreibereiparagraffen gesetzt werden. Die Operette mag kein Bedarfsartikel sein, aber es gibt ja auch wirkliche Kunst. Mit welchen Schlaubeiten die Theater übrigens arbeiten, zeigt die Tatsache, dass seit längerer Zeit auf den Theaterzetteln und auf den Karten keine Preise mehr ersichtlich sind. Wo die Preise standen, ist heute auf den Eintrittskarten ein schwarzer Fleck und da gibt es jetzt 4 erlei Preise in den Theatern. Jetzt werden die Nachmittagsvorstellungen, bei denen hab und zu auch die Kulissenschieber mitwirken, auch schon zu Abendpreisen gegeben. In so schamloser Weise darf die Bevölkerung nicht weiter ausgebautet werden. Freilich ist die Bevölkerung selbst sehr viel schuld daran, weil sie für solche Schunddinge, wie sie heute aufgeführt werden, so hohe Preise zahlt, aber die Regierung der Statthalter kann nicht mehr länger zusehen, dass da so schamlose Preistreiberei getrieben wird, ausweniger als die Theaterdirektoren heute dem Publikum Dinge als Kunst für vorsetzen, die sie vor 30 Jahren geprügelt worden wären. Ich bitte den Herrn Bürgermeister mit dem Herrn Statthalter zu sprechen, damit dieser Erbärmlichkeit endlich einmal ein Ende bereitet werde.

Der Berichterstatter erklärt in seinem Schlussworte, dass er sich damit einverstanden erkläre, wenn in dieser Beziehung Remedur geschaffen werde.

Ueber Antrag des GR. Schwer wird noch dem Vereine „Wiener Philharmoniker“ eine Subvention von K 2000.-- bewilligt und wird sodann die Sitzung geschlossen.

-----

78

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,

Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 22. März 1918. No 78.

Ausgestaltung des städtischen Wirtschaftsamtes. Das im Jahre 1913 vom Gemeinderate geschaffene städtische Wirtschaftsamt hat infolge des Krieges eine ausserordentlich starke Erweiterung seiner Geschäftstätigkeit erfahren und grosse Schwierigkeiten mussten überwunden werden. Damit das Wirtschaftsamt seinem Zwecke voll entspreche, muss es vor allem rasch und kaufmännisch arbeiten können und daher von den Hemmnissen nach Tunlichkeit befreit sein, welche Kompetenz Bestimmungen und bürokratische Einrichtungen mit sich bringen. Der Gemeinderat hat deshalb in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, das städtische Wirtschaftsamt derart auszugestalten, dass es aus einem Leitungsbüro, aus Fachabteilungen, an deren Spitze kaufmännische fachlich ausgebildete Leiter stehen und aus einer eigenen Verrechnungsabteilung zusammengesetzt wird und dass die Geschäftsführung des Amtes nach kaufmännischen Grundsätzen erfolgen kann. Anlässlich der Ausgestaltung des Amtes wurde der bisherige Leiter Magistratssekretär Dr. Josef Förster zum Direktor des städtischen Wirtschaftsamtes ernannt. Dr. Förster hat sich schon bisher in seiner Stellung ausserordentlich bewährt und namentlich durch den rechtzeitigen Ankauf von Ware und durch die Ausnützung günstiger Angebote bedeutende finanzielle Ersparnisse erzielt. Das Wirtschaftsamt hat im Verwaltungsjahr 1916/17 für die Beschaffung der notwendigen Erfordernisse rund 8 Millionen Kronen verausgabt.

Aus der vertraulichen Gemeinderatsitzung. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung dem Gemeinderate Franz Schwarz in Anerkennung seiner mehr als 15 jährigen Tätigkeit als Gemeinderat sowie in Würdigung seiner vielfachen Verdienste auf verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen verliehen. - Dem Schriftführer-Stellvertreter des Armeninstitutes Rudolfsheim Armenrat Dr. Korn wurde in Anerkennung seiner mehr als 15jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvatormedaille verliehen.

Gemeinnützige Wohnungseinrichtungen - Beschaffung. Die lange Kriegsdauer hat gleich wie auf anderen Gebieten der gewerblichen Produktion auch in der Erzeugung von Möbeln und anderen Hausratsgegenständen einen vollständigen Stillstand herbeigeführt. Die grosse Warenknappheit und die ausserordent-

lichen Preise sind sozial umso bedenklicher, als die vielen kriegsgetrauten Ehepaare gewiss nach der Wiederkehr des Friedens einen eigenen Hausstand begründen wollen, unter solchen Umständen aber grösstenteils kaum in der Lage sein werden, sich eine Wohnungseinrichtung zu beschaffen. Es müsste also die Herstellung von einfachen Wohnungseinrichtungen zu erschwinglichen Preisen gefördert und der Verkauf der Ware auf gemeinnütziger Grundlage organisiert werden. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Spalowsky die Einsetzung eines stadträtlichen Komitees, das unter Zuziehung eines Vertreters der niederösterreichischen Landes<sup>gewerbe</sup>förderung und der Wiener Handels- und Gewerbekammer Fachmänner und Interessenten anzuzuerufen und Anträge zu stellen hat.

Marmelade Abgabe. Die nächste Ausgabe von Marmelade beginnt am 27. d.M. und zwar in folgender Ordnung: Mittwoch, 27. A bis G, Sch, Donnerstag, 28. H bis L, St, Freitag, 29. M bis R und Samstag, 30. S bis Z. Von Dienstag, den 2. April angefangen erfolgt die Ausgabe für alle Haushaltungen, welche an den obergerwähnten Tagen Marmelade nicht beziehen konnten. Die Abgabe der Marmelade erfolgt nur gegen amtliche Ausweiskarten. Für jede im Haushalt verköstigte Person ist entsprechend der im Einkaufscheine ersichtlich gemachten Personenzahl ein viertel Kilogramm Marmelade abzugeben. Die Zubusse von  $\frac{1}{4}$  kg Marmelade für Kinder unter 14 Jahren und für Schwerarbeiter werden ebenfalls verausgabt. Vom amtlichen Einkaufschein ist die Ziffer 37 abzutrennen, während für die Zubussen der am Stamm der Karte befindliche mit Marmeladezusatz C<sup>3</sup> bezeichnete Abschnitt von den Milch- und Schwerarbeiter-Fettkarten abzutrennen ist.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt im Stande des Stadtbaues Franz Jenikowsky und Theodor Spas zu Bau<sup>chen</sup>kommissären, Franz Aufmuth zum Baukommissär, Eduard Brabenc zum Geometer-Assistenten, Johann Hutherer zum Bauaufsichts-Oberrevidenten; im Stande des Konskriptionsamtes Franz Straub und Ferdinand Karl zu Kontrolloren, Karl Patonay und Rudolf Dör zu Kommissären, Emil Raus zum Offizial und Adolf Kribala, Johann Hirschmann und Edmund Müller zu Akzessisten. - Dr. Josef Kernmeyer wurde zum Sekundararzt des Seehospizes in San Pelagio in der 9. Rangsklasse ernannt.

Dienstjubiläum. Heute feierte der Leiter des Konskriptionsamtes für den 10. Bezirk Konskriptionsamts-Kontrollor J.J. Seidel sein 25 jähriges Jubiläum im Dienste der Stadt Wien aus welchem Anlass zahlreiche Sympatiedkundgebungen ihm zuzugingen.

79  
**Wiener Rathaus-Korrespondenz.**  
Herausgeber und verantw. Redakteur **Johann Nüchtern,**  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 22. März 1913. Nr. 79.

Die bulgarischen Kaufleute in Wien. Heute mittags wurden die in Wien weilenden Kaufleute aus Alt- und Neubulgarien im Rathause vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner empfangen und begrüßt. Hierzu hatten sich eingefunden von Seite der Gemeinde die VB. Hierhammer, Hoss und Rain, die StRe. Dr. Hein und von Steiner, die Schriftführer des Gemeinderates Leitner, Obrist, kaiserl. Rat Philp und Stangelberger, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Präsidialvorstand, Magistratsrat Formanek, der bulgarische Gesandte Exzellenz Toscheff mit dem Legationssekretär Djebaroff und dem Gesandtschaftssekretär Pejeff, Generalkonsul Stiassny, Gesandteritter von Wiesner in Vertretung des Ministeriums des Aeussern, Polizeipräsident Ritter von Gayer, Hofrat Dr. Simeons, Abgeordneter Cornel Spitzer, Handelskammersekretär Dr. Pister, Landesinspektor Heindl, weiters Major Rath mit den Offizieren der militärischen Begleitung und Oberleutnant Kanadirski als Delegierter des bulgarischen Generalstabes u. a.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte die Heeren in seinem Empfangssalon mit folgender Ansprache: Es gereicht mir zur besonderen Freude, Sie mit meinen Kollegen im Präsidium des Gemeinderates auf das Herzlichste willkommen zu heissen. Es ist mehr als ein Jahr verflossen, seit die Gemeinde Wien die Auszeichnung hatte, eine Abordnung Ihrer Sobranje in denselben Räumen begrüßen zu können und ich erinnere mich, wie damals eine Welle von Sympathie und aufrichtiger Freundschaft von Herz zu Herz schlug. Erlauben Sie, dass ich auch Ihnen gegenüber denselben Gefühlen Ausdruck verleihe. Das tapfere Volk der Bulgaren hat den alten Traum der nationalen Einheit erfüllt gesehen, was mich aber besonders freut. Ist, dass wir durch den Friedensschluss im Osten nunmehr Nachbarn sein werden. Als solche wollen wir stets ein gutes Einvernehmen pflegen, dass sich nicht bloss auf wirtschaftliche Dinge, sondern auch auf unsere kulturelle Entwicklung beziehen soll. Sie vertreten landwirtschaftliche Gebiete, aber auch Städte, in welchen ein altbewährter Kaufmannstand lebt, welcher mit unseren Kaufleuten vor Jahrzehnten schon in innige Verbündung getreten sind. Ich gebe der sicheren Erwartung Ausdruck, dass diese persönlichen Beziehungen durch den jetzigen Besuch noch vertieft werden. Ich hoffe, dass Sie Ihren Aufenthalt hier in angenehmer Erinnerung behalten und dass es nicht der letzte

Besuch ist, den Sie bei uns machen, wie auch ich hoffe. bald mit meinen Kollegen im Gemeinderate einen Gegenbesuch in Sofia abstaten zu können. Wenn wir im Rathause zusammenkommen, gedenken wir auch immer unserer Herrscher und so will auch ich des Zaren Ferdinand von Bulgarien gedenken, bei dem ich vor längerer Zeit eine unvergessliche Audienz hatte. Möge die Freundschaft der Völker und unserer Fürsten im Interesse unserer Nationen und unserer Staaten andauern. Se. Majestät Zar Ferdinand Hurra!

Der bulgarische Gesandte Toscheff erwiderte: Indem ich für die Ehre, die Sie mir mit Ihrer Einladung erwiesen haben, meinen Dank ausspreche, möchte ich meiner lebhaften Freude über den so warmen Empfang Ausdruck geben, der meinen Landsleuten, den Vertretern der bulgarischen Kaufmannschaft und Industrie zuteil geworden ist. Dass diese Zusammenkunft in der gastfreundlichen Haupt- und Residenzstadt, wo so viel zu sehen und zu lernen ist, die besten Früchte tragen wird, ist jedem von uns klar. Nachdem die beiden Nationen durch die heldenmütigen Leistungen auf der Schlachtfelde zusammengeführt worden sind, werden die friedliche Arbeit auf dem Gebiete des Handels und der Industrie die Bande zwischen ihnen noch enger knüpfen. Wir alle wissen, dass die Bündnisse unter den Völkern erst dann fest und dauerhaft werden, wenn die Ueberzeugung von ihrem gegenseitigen Nutzen die breiten Massen durchdringt und in dem allgemeinen Empfinden kräftig Wurzel schlägt. In weitem Masse fällt diese Aufgabe eben den Vertretern des Handels und der Industrie zu, die in peinlicher Wahrung der gegenseitigen moralischen und materiellen Interessen in der Lage sind, intensiv mitzuwirken an der Erhaltung der vollkommenen Eintracht, die uns alle verbindet. Im Bewusstsein seiner Pflichten und eifersüchtig auf seine Unabhängigkeit, hat sich Bulgarien ohne Zögern an die Seite der Mittelmächte gestellt und ist entschlossen in den Krieg eingetreten, um um den Preis ungeheurer Opfer die Befreiung seiner Wonnationalen und die Einigung der bulgarischen Nation durchzusetzen. Ebenso wird man stets alles tun, um die wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen mit der mächtigen Oesterreichisch-ungarischen Monarchie fester zu gestalten. Indem ich die glänzenden Aussichten begrüße, die sich für die verbündeten Staaten eröffnen, und durchdrungen von dem Gedanken, dass das Zusammenwirken ihrer erleuchteten Geister die besten Ergebnisse für die wahre Kultur und die Zivilisation zeitigen wird, spreche ich auf das Wohl des erhabenen Hauptes der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie, Seine Majestät Kaiser Karl. Er-lebe Hoch!

Begeisteter Beifall folgte beiden Ansprachen.

Abgabe von Schweinen an Selcher. Morgen (Samstag) gelangen ungarische Schweine an die Fleischselcher mit den Nummern 505 bis 804 und Innereien an die Fleischselcher mit den Nummern 83 bis 97 im städtischen Schweineschlachthause in St. Marx zur Verteilung.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 23. März 1918. Nr. 80.

Abgabe von Kondensmilch. In der kommenden Woche wird von Dienstag, 26. bis einschliesslich Samstag, 30. d.M. bei denjenigen städtischen Mehl-Abgabestellen, bei welchen die Nährmittelzubussen für schwangere und stillende Frauen erhältlich sind, Kondensmilch abgegeben und zwar nur für jene Personen, welche hinsichtlich des Mehlbezuges bei städtischen Abgabestellen reyoniert sind. Bezugsberechtigt sind schwangere und stillende Frauen sowie Kinder von 2 bis 6 Jahren. Die Abgabe erfolgt für die erste Kategorie gegen Vorweisung der Nährmittelzubussenkarte, sowie Abtrennung des Buchstaben W der gelben oder rosafarbenen Mehlbezugskarte, für die zweite Kategorie gegen Vorweisung dieser Mehlbezugskarte und Abtrennung des mit zwei Querstrichen durchzogenen Abschnittes der Milchkarte für Kinder von 2 bis 6 Jahren. Auf jede schwangere und stillende Frau, sowie auf jedes Kind im Alter von 2 bis 6 Jahren entfällt je eine Dose. Der Preis beträgt per Dose Vollmilch K 2.94, per Dose Magermilch K 2.50.

Abgabe von Sauerkraut und Dörrgemüse. In der kommenden Woche werden vom 28. bis 31. d.M. Sauerkraut (Preis K 1.68 für 1 kg) und Dörrgemüse (Halmrüben, Preis für 10 dkg K 1.06, für 15 dkg K 1.58; Möhren, Preis für 10 dkg K 1.12, für 15 dkg K 1.68) abgegeben. Die Abgabe von Sauerkraut erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes des amtlichen Einkaufscheines mit der Ziffer 39, die Abgabe von Dörrgemüse gegen Abtrennung des Abschnittes mit der Ziffer 40. An Sauerkraut wird für jede Person  $\frac{1}{4}$  kg, an Dörrgemüse werden für Haushaltungen bis zu 3 Mitgliedern 10 dkg, an grössere 15 dkg abgegeben.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit  $1\frac{1}{2}$  kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht gegen Abtrennung des Wochenabschnittes L der Kartoffelkarte.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 24. d.M. bis 6. April werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Grossschlächtereien gegen Abtrennung der Ziffer 43 des noch gültigen alten amtlichen Einkaufscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 Gramm Schweinespeck zum Preise von 48 Hellern für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die an einen Haushalt für eine Woche abzugebende Menge von Unterzündholz wird bis auf weiteres von 3 kg auf 5 kg erhöht. Das Unterzündholz (30 h für Weichholz, 22 h für Hartholz per kg) wird in der Zeit vom 24. bis 30. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 44 des amtlichen Einkaufscheines erfolgen.

Abgabe von Lebensmitteln in der Osterwoche aus den Vorräten der Gemeinde Wien. Wie im vorigen Jahre bringt auch heuer die Gemeinde Wien in der Osterwoche für die bevorstehenden hohen Feiertage aus ihren Vorräten folgende Lebensmittel in der Grossmarkthalle zur Abgabe und zwar: Am Donnerstag, 28. und Samstag, 30. d.M. gelangen an den Ständen der Grossmarkthalle zusammen ca. 36.000 kg geselchtes kroatisches Schweinefleisch in Paketen von je 1 kg zum Preise von K 23.- per Paket zum Verkaufe. An den gleichen Tagen und eventuell am Ostersonntag werden 30.000 kg frisches, abgezogenes Schweinefleisch in 1 kg Paketen zum Preise von K 15.- abgegeben. Am Gründonnerstag und Karfreitag werden 10.000 kg geräuchertes Lammfleisch in 1 kg Paketen zum Preise von 18 Kronen für Vorderes und 19 Kronen für Hinteres und 15.000 kg frisches Lammfleisch zum Preise von 21 Kronen bzw. 22 Kronen pro kg Pakete verkauft. Jeder Käufer hat nur Anspruch auf 1 kg Fleisch. Weiter gelangen am 27., 28., 29. und 30. zusammen 20.000 kg frischer ungarischer Schweinespeck zum Ausschnitte. Der Speck wird nur gegen Vorweisung des noch gültigen alten, weissen amtlichen Einkaufscheines, Abtrennung des am linken Rande des Scheines mit dem Buchstaben „b“ bezeichneten Abschnittes und Abtrennung einer entsprechenden Anzahl gültiger Fettmarkenabschnitte zum Höchstpreise ausgegeben. Auf jeden amtlichen weissen Einkaufschein gelangen sovieler mal 6 dkg Speck zur Ausgabe, als bezugsberechtigte Personen auf dem weissen Einkaufscheine ausgewiesen sind. Der Speckverkauf wird wie folgt geregelt: Am 27. d.M. sind Besitzer weisser amtlicher Einkaufscheine, mit den Buchstaben A bis F, am Gründonnerstag G bis J, Karfreitag K bis R und Karsamstag S bis Z bezugsberechtigt.

Neue Freikarten bei den städtischen Strassenbahnen. Alle Anweisungen zur freien oder ermässigten Fahrt auf den Wiener Strassenbahnen - ausgenommen die Anweisungen für Schüler - werden zum 1. April d.J. erneuert. Von diesem Zeitpunkte an sind die aus dem Jahre 1916 stammenden und mit den verschiedenen Stempelaufdrücken über Verlängerung der Geltungsdauer, insbesondere dem Aufdruck „Gültig auf Kriegsdauer“ versehenen Fahrausweise ungültig. Es wird eindringlich gewarnt, diese alten Ausweise nach dem 31. d.M. zu benutzen.

Aus dem Rathause. In der kommenden Woche tritt der Stadtrat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen.

Abgabe von Margarine. In der Woche vom 25. bis 31. d.M. gelangen in den städtischen Butterabgabestellen und bei den Konsumentenorganisationen 40 Gramm Margarine zur Ausgabe.

Abgabe von Schweinen an Selcher. Am Dienstag, 26. d.M. gelangen im städtischen Schweineschlachthause in St. Marx ungarische Schweine an die Fleischselcher mit den Nummern 205 bis 1054 und Innereien an die Fleischselcher mit den Nummern 98 bis 127 zur Verteilung.

Bezirksratsitzung. Am 27. d.M. um  $\frac{1}{2}$  5 Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Wieden eine Sitzung ab.

GR. Schlechter stellt in Anbetracht der Zustände, dass Brot, Mehl, Kartoffel und andere Lebensmittel, deren Erlangung an Bezugscheine gebunden ist, auch ohne dieselben zu ungläublich hohen Preisen/Sind, an den Bürgermeister folgende Anfrage: Ich erlaube mir, den Bürgermeister zu fragen, ob es denn nicht höchste Zeit wäre, den Preisständen bei der Approvisionierung ein Ziel zu setzen und die durch diese Preisstände eingetretene Versorgung der Bevölkerung mit rationierten Lebensmitteln zu beseitigen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich versichere Sie, dass ich die Zustände auf das Höchste bedauere. Diese Angelegenheit gehört aber in die Kompetenz des Kriegswucheramtes und werde ich diese Anfrage dahin abtreten.

GR. Skaret stellt folgende Anfrage: Im Landesgesetze vom 1. Juli 1917 wird angeordnet, dass der Bezirksschulrat die Schulleiterstellen in Wien 14 Tage nach Einlangen der Erledigungsanzeige, die übrigen Lehrerstellen hingegen zu Beginn des Schuljahres und im Monate Februar den Konkurs zur Wiederbesetzung auszuschreiben hat. Da diese Ausschreibungen bisher nicht erfolgten, wird gefragt, ob der Bürgermeister den Grund für die Ausschreibung der gesetzlichen Bestimmungen mitteilen und ob er die Ausschreibung sofort veranlassen wolle?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Um die Lehrstellen, welche auf Grund der seitens des Wiener Stadtrates am 16. Februar 1918, bzw. 7. März 1918 vollzogene Ernennungen zur Erledigung gekommen sind, zur Ausschreibung bringen zu können musste die Bestätigung dieser Ernennungen durch den Landeschulrat abgewartet werden. Die Ausschreibung der Schulleiter- und Lehrerstellen ist in dem Amtsblatte zur heutigen Wiener Zeitung erschienen. Die Besetzung dieser Stellen erfolgt mit rechtlicher Wirkung vom 1. August 1918. Es ist also nichts gesetzwidriges vorgegangen, sondern die Sache ist ganz ordnungsgemäss verlaufen.

GR. Dr. Hein fragt ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass der Ausschuss zur Beratung einer Reform der Gemeindeverfassung und der Gemeindevahlordnung, welcher seit vielen Monaten keine Sitzung abgehalten hat, endlich einmal wieder zu einer Sitzung einberufen werde.

BGM. Dr. Weiskirchner: Wie dem Interpellanten bekannt sein dürfte, ist in der letzten Sitzung des Ausschusses die Ueberzeugung durchgedrungen, dass eine Wahlreform nur im Wege eines Kompromisses zustandekommen könne. In dieser Beziehung hat die Tätigkeit nicht geruht und Verhandlungen haben durch die ganze Zeit stattgefunden. Sobald die Möglichkeit vorliegen wird, eine zweckmässige und fruchtbringende Tätigkeit wieder aufzunehmen, werde ich nicht versäumen, den Ausschuss einzuberufen.

GR. Wimberger fragt, ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, dass der auf die Gasthauskette angewiesene Teil der sesshaften Wiener Bevölkerung, wie die vorübergehend hier weilenden Fremden und Militärpersonen bei der amtlichen Lebensmittelbelieferung der Gasthäuser und Hotels mindestens die gleiche Berücksichtigung erfahren, wie die ehnen nicht aus dem Vollen schöpfenden Besucher der Gesellschaftsküchen, und dass bei jener massgebenden Stelle endlich die Ueberzeugung Platz greift, dass es weniger im Interesse der Wirte, wie in dem der Bevölkerung gelegen ist, die derzeit nach im Betrieb stehenden Gasthausküchen in Wien, durch bessere Lebensmittelbelieferungsbetriebsfähigkeit zu erhalten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe bereits in der

letzten Sitzung in Erwiderung einer ähnlichen Anfrage erklärt, dass die Sicherstellung von Lebensmitteln für die Gasthausbetriebe in den Wirkungskreis des Volksernährungsamtes fällt, ebenso wie für die Gemeinschaftsküchen. Ich bin in einer Sitzung, welche vom Volksernährungsamt einberufen worden war für die gleichmässige und gerechte Verteilung mit allem Nachdrucke eingetreten, weil ich es für nicht passend halte, dass staatliche Benifikationen gewissen Vereinigungen als Föderungen ihrer Propagandatätigkeit gewährt werden. Ich kann nur neuerlich versichern, dass ich die Bestrebungen der Gastwirte vollstens unterstütze und kann ihnen nur raten, sich zum Ministerpräsidenten und zum Präsidenten des Volksernährungsamtes zu begeben, um dort ihre Forderungen mit allem Nachdrucke vorzubringen.

GR. von Steiner stellt folgenden Antrag: Der Rücktritt des Grafen Ottekar Czernin von der auswärtigen Führung der Monarchie hat in allen Kreisen, denen das Vaterland und seine Zukunft am Herzen gelegen ist, das tiefste Bedauern ausgelöst und insbesondere die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, die mit Stolz und Zuversicht das Wirken des Staatsmannes verfolgt empfand das Scheiden des Grafen Czernin von seinem Amte als einen schweren Verlust für Volk und Vaterland. Die Vertretung der Stadt Wien hatte im verflossenen Jahre wiederholt die Gelegenheit ergriffen, dem Grafen Czernin für sein Wirken, das von tiefem Verständnis für das Denken und Fühlen des Volkes und die Tragfähigkeit seines Opfermutes begleitet war, im Namen der Wiener Bevölkerung aufrichtigen Dank auszudrücken. Unvergessen aber wird in der Geschichte der Stadt und des Landes jene programmatische Rede bleiben, die Graf Czernin am 2. d.M. vor den Mitgliedern der Obmännerkonferenz des Wiener Gemeinderates gehalten hat und jene leitenden Grundsätze enthält, welche unser Heil und unsere Zukunft nach aussen und im Innern verbürgen. Graf Czernin brachte uns die ersten Friedensschlüsse und es wird sein unvergängliches Verdienst bleiben, wie dieses Werk in erster Linie ihm zu verdanken war. Was er erreicht hat und was er verzeichnet hat, das ist uns ein dauernder Gewinn; jenes, weil auf dem bereits erzielten Teilfrieden der von den Völkern heissersehnte Friede, so Gott will, in naher Zeit wird aufgebaut werden können, und dieses, weil es als der Glaubenssatz für den Bestand des Vaterlandes erkannt werden ist und nicht mehr geschmälert werden kann.

In dem heute veröffentlichten Handschreiben des Kaisers an den Grafen Czernin ist festgelegt, dass die Politik, in deren Interesse der Staatsmann tätig war, für das kaiserliche Haus und die Staaten rächtungsgebend bleibensoll und Graf Czernin schied mit den grössten Ehren, die einem Staatsmanne zuteilwerden können. Wir hegen zuversichtlich die Hoffnung, dass Graf Czernin sich bald wieder an der Leitung unserer Staatsgeschäfte beteilige; denn das Vaterland braucht Kraft, Entschlossenheit und Vertrauen.

Im gegenwärtigen Augenblicke aber erachten wir es als unsere Pflicht, dem Grafen Czernin jene Dankesschuld abzutragen, die er durch seine bisherigen Erfolge und Leistungen sich verdient hat. Es wird beantragt: Dem Minister a.D. Ottekar Czernin wird in dankbarer Würdigung der Verdienste die er sich in schwerer Zeit um das Vaterland erworben hat, das Ehrenbürgerrecht der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien verliehen.

Die GR. Dr. Hein, Dr. von Dorn und Genossen stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschliessen, Sr. Exzellenz dem Minister des Aeussern a.D. Ottekar Czernin zum Ehrenbürger der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu ernennen.

GR. Knell beantragt, es möge die Linie 32 ( Jedlersee bis Spitz ) bis zur Esslinggasse geführt werden.

GR. Wawerka beantragt, den Lehrpersonen, sowie deren Witwen und Waisen einen einmaligen Anschaffungsbeitrag in derselben Höhe wie den städtischen Angestellten zu gewähren. Die Auszahlung habe vorschussweise gegen seinerzeitige Verrechnung auf einen eventuell vom Staate geleisteten Anschaffungsbeitrag für das Jahr 1918 zu erfolgen. Eine Einrechnung des staatlichen Anschaffungsbeitrages für 1917 in diese neue Zuwendung aus Gemeindemitteln habe nicht stattzufinden.

GR. Soltner beantragt, es mögen aus dem veranschlagten Kredite von 85.000 Kronen für militärische Jugendvorbereitung auch die deutschen Turnvereine bedacht werden. Insbesondere seien die bisher von diesen Turnvereinen zur Zahlung verlangten Kosten für die Benützung städtischer Turngeräte samt Beheizung und Beleuchtung gestrichen werden. Etwas bestehende Zahlungsrückstände deutscher Turnvereine aus diesem Titel seien ebenfalls aus diesem Kredite abzuschreiben. Die Anträge werden der geschäftserdnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten. Vize-Bgm. Hob beantragt: In Stellvertretung des Vize-Bürgermeisters Hierhammer für Remunerationen an Wachorgane, für Hilfeleistungen bei Lebensrettungen im Jahre 1917 den Betrag von 6000 Kronen zu bewilligen und dem Wiener Schützenverein für die k.k. Landwehrschiessschule eine Subvention von 1000 Kronen zu gewähren. ( Angenommen ).

Vize-Bgm. Hob berichtet sodann über die Gewährung eines neuerlichen Anschaffungsbeitrages an die städtischen Angestellten und bemerkt, dass sich der Stadtrat heute neuerlich mit den vorliegenden Anträgen beschäftigt und teilweise eine neuerliche Vorlage beschlossen habe. In dem heutigen Referate, führt Redner aus, ist nichts über die Lehrer erhalten und es soll darüber, ob diese den Anschaffungsbeitrag erhalten sollen oder nicht, ein eigenes Referat einer demnächstigen Gemeinderatssitzung vorgelegt werden. Es ist nämlich noch eine Klärung notwendig bezüglich des staatlichen Anschaffungsbeitrages für die Lehrer und es ist ausserdem auch noch notwendig zu wissen, in welcher Weise und in welcher Höhe der Staat eine Zuwendung für die Lehrer im Jahre 1918 beschliessen wird. In der ersten Vorlage haben wir auch gesagt, dass die Eingerückten nicht berücksichtigt werden und heute ist nun eine Abänderung dahingehend beschlossen worden, dass Mannschaftspersonen, deren Familien den Unterhaltsbeitrag nicht beziehen, den Anschaffungsbeitrag erhalten, während jene eingerückten Angestellten, welche den Anschaffungsbeitrag nicht erhalten, für jedes Kind einen einmaligen Anschaffungsbeitrag von 60 Kronen bekommen sollen. Es ist eine Reihe von Wünschen gestellt worden, die sich auf die Lohnregulierung, die Herabsetzung der Dienstadt und die doppelte Anrechnung der Kriegsjahre beziehen, deren Erfüllung eine dauernde Belastung bedeuten würden und die deshalb separat behandelt werden müssen, wobei seinerzeit auch gleichzeitig neue Einnahmequellen für die Gemeinde erschlossen werden müssen. Die Deckung des gegenwärtigen Anschaffungsbeitrages, der rund 10 Millionen Kronen erfordert, kann noch aus dem 80 Millionen Anleihen der Gemeinde erfolgen. Von dieser Anleihe sind tat-

sächlich nur 75 Millionen zugezählt und erübrigen nach Abzug der 10 Millionen Kronen noch 25 Millionen Kronen. Der Staat hat neuerlich den Anschaffungsbeitrag in der gleichen Höhe wie im Vorjahre bewilligt, er ist damit aber keineswegs der Gemeinde Wien vorausgeeilt, denn der Staat hat die Beiträge nur bewilligt, und wird sie erst später zur Auszahlung bringen, während sie bei uns bewilligt und dann auch sofort

zur Auszahlung gebracht werden sollen. Der Berichterstatter legt schliesslich folgenden in der heutigen Stadtratssitzung beschlossenen Antrag vor:

1.) Den Angestellten der Gemeinde Wien und ihren Unternehmungen mit Ausnahme der Lehrpersonen, sowie den Witwen und Waisen dieser Angestellten wird ein neuerlicher einmaliger Anschaffungsbeitrag im gleichen Ausmasse gewährt, wie er mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 19. Dezember 1917, Pr.-Z. 12620 bewilligt worden ist, den zum Militärdienst eingerückten oder zur persönlichen Kriegsdienstleistung herangezogenen Angestellten jedoch nur dann, wenn sie dem Mannschaftsstande angehören und ihre Familien keinen staatlichen Unterhaltsbeitrag beziehen.

Bezüglich der Einteilung der aktiven Angestellten in die Familienstandsklassen, der Behandlung der weiblichen Angestellten, der Feststellung der Gesamtbezüge und der Bemessung der Zulagen haben die Bestimmungen des zitierten Gemeinderatsbeschlusses über die Kriegszulage für die städtischen Angestellten im ersten Halbjahre 1918 sinngemässe Anwendung zu finden.

Den Anschaffungsbeitrag erhalten von den aktiven Angestellten nur jene, die am 1. Jänner 1918 bereits im Gemeindedienste gestanden sind.

Angestellte der beiden untersten Bezugsklassen ( bis zu einem Gesamtjahresbezüge von ausschliesslich 3200 Kronen ), die bereits am 1. Jänner 1914 im Gemeindedienste gestanden sind, erhalten den Anschaffungsbeitrag in einem um 10% seines Beitrages erhöhtem Ausmasse.

Den zum Militärdienste eingerückten oder zur persönlichen Kriegsdienstleistung herangezogenen Angestellten, welche den vorbezeichneten Anschaffungsbeitrag nicht erhalten, wird für jedes Kind ein einmaliger Anschaffungsbeitrag von 60 Kronen gewährt. Bezüglich der Kinder, auf welche hiebei Bedacht zu nehmen ist, sind die Bestimmungen des zitierten Gemeinderatsbeschlusses vom 19. Dezember 1917 massgebend.

2.) Ausgenommen von den vorstehenden Bestimmungen ist das Arbeitspersonale von Gemeindebetrieben ausserhalb Wiens, für welches ein eventueller Anschaffungsbeitrag unter Berücksichtigung der örtlichen und sonstigen Verhältnisse innerhalb der durch diesen Gemeinderatsbeschluss gezogenen Grenzen vom Stadtrate festzusetzen ist.

3.) Bezüglich der Gewährung eines neuerlichen Anschaffungsbeitrages an die Lehrpersonen wird die Beschlussfassung einen späteren Zeitpunkte vorbehalten.

GR. Hohensinner betont, dass das, was den Beamten gegeben wird, nur ein Tropfen auf einen heissen Stein bedeutet. Redner weist im weiteren Verlaufe seiner Rede auf die Behandlung der Angestellten des Staates und der Gemeinde hin. Er bedauert, dass eine gewisse erregte Stimmung gegen die Lehrerschaft herrscht und betont, dass in dieser Beziehung den Lehrern und Lehrerinnen für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit der Dank auszusprechen sei. Redner weist darauf hin, dass bei der Beurteilung der neuen Anschaffungsbeiträge die Lehrer bedeutend schlechter honoriert sind, als die Beamten, und er wünscht, dass auch den eingerückten Beamten, die dem Mannschaftsstande angehören ein Anschaffungsbeitrag bewilligt wird.

3  
STR. Angermayer bespricht im Verlaufe seiner Ausführungen den Grund der jetzt herrschenden enormen Teuerung, die auf die verfehlten und versagenden Massnahmen der Regierung in Bezug auf die Bewirtschaftung und Verteilung der Lebensmittel und notwendigen Bedarfsgegenstände zurückzuführen ist. Die Gemeinde hat vom Beginn des Krieges bis zum Juni 1917. 56,786.000.-- Kronen für die Fürsorge ihrer Angestellten aufgewendet hat. Hierzu kommt, eine neuerliche Erhöhung der Kriegszulagen im Ausmasse des Staates was eine jährliche Mehrbelastung von ca. 21 Millionen Kronen ausmacht, die einmalige Aushilfe vom Dezember 1917 und die abermalige 50 %ige Erhöhung der Teuerungszulagen vom 1.1.1918 an, was eine weitere Mehrbelastung von 30 Millionen Kronen ausmacht, zusammengekommen den Betrag von 100 Millionen Kronen, also ein Drittel des Budgets der Gemeinde Wien. Darinnen sind nicht nur die Kriegszulagen der Gemeinde, sondern auch die Auslagen für die Gehälter der Eingekerkerten mit abgerechnet. Durch diese Erhöhungen ist aber den Angestellten der Gemeinde Wien nicht geholfen, denn das sind nur Morphiuminjektionen von begrenzter Dauer. Des Weiteren kommt Redner auch auf die Zentralen zu sprechen, deren es jetzt ungefähr 70 gibt und die alles das, was sie der Bevölkerung versprochen hat, nicht hielten. Diese sind geradezu als das Unglück Oesterreichs zu bezeichnen ( Beifall ) Eine Förderung der Produktion durch dieselben ist nicht eingetreten. Eine Unsumme von Nahrungsartikeln ist durch falsche Behandlung verlorengegangen, die Ergreifung der Vorräte ist nicht gelungen. Wenn den Festangestellten die Möglichkeit des Durchhalten verboten werden sollte, so müsste das Uebel mit der Wurzel ausgerottet und die Bewirtschaftung gründlich abgeändert werden. Wenn die Regierung will, dass die Bevölkerung durchhält, dann muss sie den Beweis erbringen, dass in diesem Staate Gerechtigkeit herrscht, es darf nicht sein, dass der Krieg für den einen eine unlautere Erwerbstätigkeit wird und dass andere tausend Existenzen ins Proletariat hinabsinken. Am Schlusse seiner Ausführungen begrüsst der Redner den Antrag und tritt für dessen Annahme ein.

Vize-Bürgermeister Rain übernimmt den Vorsitz und unterbricht die Beratung zur Beschlussfassung über nachstehende Geschäftsstücke, für welche die Anwesenheit von 100 Gemeinderäten erforderlich ist.

Vize-Bürgermeister Hoß legt einen Bericht betreffend die Erhöhung der Gebühren für den Zentralviehmarkt, Pferdemarkt, für die Schlachthäuser und für die Kühlanlagen in den städtischen Approvisionierungsangelegenheiten vor.

GR. Eder erklärt, er müsse sich gegen eine jede Erhöhung der Spesen, die seine Kollegen treffen, aussprechen und er wäre nur für eine Erhöhung der Gebühren, wenn der Referent mit bestem Wissen sagen könne, dass die Erhöhung unbedingt eintreten müsse. Auch sei die Erhöhung um 100 % zu gross.

Redner bemerkt, dass die Kühlanlagen in der Grossmarkthalle sehr viel zu wünschen übriglassen und stellt fest, dass entgegen den "Leitungsberichten die Fleischhauer in der Grossmarkthalle dasselbe Fleisch wie die Bezirksfleischhauer erhalten und dass es unrichtig sei, dass ein grosses Quantum Fleisch an den Wasenmeister abgegeben werden musste. Redner beantragt, wenn eine Erhöhung schon absolut notwendig sei, dieselbe beim Grossvieh statt um 2 Kronen nur um eine Krone durchzuführen.

Vize-Bgm. Hoß erwidert auf die Ausführungen den GR. Eder, die Erhöhung der Gebühren sei unbedingt notwendig, zumal eine Reihe von Investitionen notwendig geworden sei.

Der Antrag des GR. Eder wird hierauf abgelehnt und die Anträge des Berichterstatters werden mit grosser Mehrheit angenommen.

GR. Knoll schlägt die weitere Stundung des Kaufschillingsrestes für eine Liegenschaft des Karl Maria Danzer und Konsorten im 3. Bezirke vor, unter der Bedingung, dass der gestundete Betrag mit 5% halbjährig im Vorhinein verzinst wird. (Angenommen).

Hierauf wird die Beratung über den Anschaffungsbeitrag fortgesetzt.

GR. Skaret Ich kann nicht umhin zu sagen, dass die Art und Weise, wie der Anschaffungsbeitrag für die Lehrer aus dem staatlichen Zuschuss gegeben worden ist, eine schwere Ungerechtigkeit gegenüber den Lehrern involviert. Der Anschaffungsbeitrag im Dezember 1917 sollte als Weihnachtsgabe gelten und hätten nun die Lehrer in der Tat ihren Anschaffungsbeitrag bekommen, dann hätten sie sich erstens einmal etwas helfen können und es wäre nicht zu jenen aufgeregten Szenen gekommen, wie wir sie in letzter Zeit gesehen haben. Es ist gar nicht so notwendig, daß sich die Herren in diesem Saale so sonderlich aufregen, dass die Lehrer in der äussersten Not gestern zu einer Demonstration gegriffen haben. Wohin sollen sie sich denn wenden? Der eine Teil geht, wenn sein Wille nicht erfüllt wird, und demonstriert in der Hofburg, der andere Teil geht dorthin, wo sein Protzgeber ist, ins Rathaus. Ich finde an solchen Demonstrationen in der gegenwärtigen Zeit nicht das geringste, was man irgendwie verüben könnte und es beweist nur, daß jene Stände, die sich bisher immer als gut loyal patriotisch und christlichsozial gefühlt haben, nunmehr in der äussersten Not nicht mehr aus und ein wissen. Ich bin sehr zufrieden, daß man nunmehr auch der Familien der Eingekerkerten gedacht hat und ich habe gar nichts dagegen einzuwenden, wenn sie sagen, daß nur die dem Mannschaftsstande angehörenden Angestellten den Anschaffungsbeitrag bekommen sollen. Aber ich bitte Sie doch, die eine Klausel aus dem Antrage zu streichen, die sich auf den Unterhaltsbeitrag bezieht. Was bedeutet denn heute für einen Angestellten, er mag was immer für einer Kategorie angehören, der halbe Gehalt und der Unterhaltsbeitrag von 2 K pro Tag. Nach Bestreitung der Miete wird nicht viel davon übrig bleiben. Ich beantrage daher die Einschränkung bezüglich des Unterhaltsbeitrages fallen zu lassen. Weiters hätte ich an der Vorlage noch eine Ausstellung zu machen. Es heisst, dass nur jene den Anschaffungsbeitrag erhalten sollen, die am 1. Jänner 1918 bereits im Dienste der Gemeinde gestanden sind. Wir haben in der Haupt- und Reparaturwerkstätte der Strassenbahnen ungefähr 75 Arbeiter, die mit erstem Jänner dorthin kommandiert wurden, am 2. Jänner aber mit Rücksicht auf den Feiertag mit der Arbeit beginnen konnten. Ich würde es für ein böses Unrecht ansehen, wenn diese Leute von dem Anschaffungsbeitrag ausgeschlossen würden und ich bitte diese 75 Leute von der diesbezüglichen Bestimmung auszunehmen. Was die Bewegung in der Haupt- und Reparaturwerkstätte angeht, so muß hier festgestellt werden, daß die Löhne dort heute niedrigere als in allen anderen ähnlichen Betrieben sind.

Wir haben alles aufwenden müssen, damit es nicht zu einem Aufstande gekommen ist. Dazukommt noch die allgemeine Unzufriedenheit mit den Ernährungsverhältnissen. Wir haben jetzt die zweite Woche ohne Mehl, wir haben kein Fett und wenn sie gerecht sein wollen, so sind 20 Deka Fleisch pro Kopf und Woche keine ausreichende Ernährung. Wovon sollen die Leute leben? Wenn sie dennoch leben wollen, dann bleibt ihnen nichts anderes übrig, als es so zumachen, wie es in den Ministerien gemacht wird. Sie müssen dort kaufen, wo es etwas zu kaufen gibt und sie müssen Preise bezahlen, wie sie eben im Schleichhandel Gang und Gebe geworden sind. Dazu reichen die Löhne der Arbeiter nicht aus und dazu kommt noch die überlange Arbeitszeit. Früher hat man von ihnen nur 9 Stunden Arbeit verlangt und jetzt verlangt man von ihnen täglich noch 2 Ueberstunden Arbeitsleistung. Wenn der Anschaffungsbeitrag, wie er in der Vorlage enthalten ist, dem Arbeiter zugeht, so kann er sich damit gerade ein paar Schuhe kaufen, womit er aber auch restlos aufgebracht ist. Was bleibt da für Wünsche, für Kleider und für das Uebrige, was in der Familie gebraucht wird, übrig? Die Löhne sind unzureichend und der Anschaffungsbeitrag, wie er hier gegeben wird, ist nur eine kleine Abschlagszahlung gegenüber dem, was dem Arbeiter eigentlich gebühren würde. Ich setze voraus, dass auch in dieser Beziehung betreffend eine Teuerungszulage später etwas gemacht wird. Es ist heute für Arbeiter und Fixangestellte ausgeschlossen, mit den Löhnen ihr Auslangen zu finden. Redner kommt des Weiteren auf die tristen Verhältnisse im Ernährungsdienste zu sprechen und gibt seiner Meinung Ausdruck, dass es ihm unbegreiflich sei, dass einzelne Herren immer so stark gegen die Zentralen Stellung nehmen. Da können wir nur eines sagen: Wir Sozialdemokraten sind keine Verteidiger der Zentralen. Aber wollen Sie denn das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn Sie plötzlich einen solchen Kampf gegen die Zentralen führen und für den freien Handel eintreten. Das Schreien nach dem freien Handel bedeutet nichts anderes als die Legitimierung des Schleichhandels, wie er jetzt in voller Blüte steht. Es ist sehr ergötzlich heute, wie plötzlich die christlichsozialen Gemeinderatsmandatäre mit dem Bezirksvorsteher Elasek Arm in Arm für die Zentralen schwärmen. Sie sind ja nur die Nachläufer und fürchten, dass ihnen einige Wähler verloren gehen. Wir sind heute am Ende der staatlichen Bewirtschaftung angelangt.

Der Kaiser hat den hungernden Deutschböhmen 10 Millionen Kronen aus Staatsmitteln bewilligt und mit diesem Gelde werden die Taschen der Schleichhändler gefüllt, um nur die Lebensmittel aufzutreiben zu können. - Das nennt man denn doch den Schleichhandel fördern helfen.

GR. Findenigg: Sie verstehen nicht, was Schleichhandel und was freier Handel ist?

GR. Skaret: Ich begreife, dass Sie aufgeregt sind, aber ich glaube, Sie verstehen nicht, was Freihandel ist. Diese Millionen fliessen in die Taschen dieser Schleichhändler. Ich glaube, dass den Zentralen nichts anderes fehlt als eine gute Organisation und eine exekutivgewalt. Es liegen noch Unmengen von Kartoffeln, Rüben u. s. w. bei den böhmischen Grossagrariern. ...

GR. Findenigg: Warum wurden diese nicht erfasst?

GR. Skaret: Ich habe nicht geglaubt, dass ich hier auseinandersetzen muss, dass ein Unterschied ist zwischen einer Zentralstelle und der österreichischen Regierung.

GR. Zatzka: Die Aufbringung ist den Zentralen übertragen.

GR. Skaret: Es fehlt die Staatsgewalt.

GR. Zatzka: Sie sitzen im Reichsrate, geben Sie Vorschläge!

GR. Skaret: An Vorschlägen unsererseits hat es seit dem Oktober 1914 nicht gefehlt.

GR. Findenigg: Sie können eben nichts anrichten

GR. Skaret: Wenn nichts mehr da ist, ist die Regierung gekommen und hat eine Zentralstelle errichtet. Als wir hörten, dass wir kein Fleisch mehr haben und dass unser Viehbestand um 30 bis 40 % gesunken ist, haben auch Sie mit der Regierung an der Richtung dieser Zentrale gearbeitet. Es werden auch dieselben bösen Erfahrungen machen, weil Ungarn vollständig auslässt.

GR. Skaret gibt schliesslich die Anregung, man möge in das Komitee, welches zur Verteilung von Lebensmitteln in der Reparaturwerkstätte überhaupt auch einige Arbeiter zur Kontrolle hineinnehmen.

GR. Kunschak: Der heutigen Beratung ist durch die Kundgebung eines kleinen Teiles der Wiener Lehrerschaft in durchaus unerfreulicher aber auch unzweckmässiger Weise präludiviert worden. Die Kundgebung hat dem Ansehen des Lehrerstandes starken Abbruch getan. Sie ist nicht spontan und auch nicht durch Leidenschaft erregt, erfolgt, sondern sie war planmässig organisiert. Wenn jemand berechtigt war, eine solche Demonstration zu veranstalten, so waren es in letzter Linie die Wiener Lehrer; wenn jemand verdient hat, dass gegen ihn gemonstriert werde, so war es in letzter Linie der Wiener Gemeinderat und der Wiener Bürgerklub. Der Redner zählt sodann die Leistungen der Gemeinde Wien als Schulerhalterin auf und kommt zu dem Schlusse, dass die Gemeinde Wien die beste und fürsorglichste Schulerhalterin in ganz Oesterreich während des Krieges gewesen ist. Die Gemeinde Wien habe aber auch die Dienstleistung der Wiener Lehrerschaft in denn Brotkommissionen vom ersten Augenblicke an bezahlt. Während die Lehrer auf dem flachen Lande, die - ehnedies verdient velle Tätigkeit der Wiener Lehrerschaft herabzusetzen, eine weit grössere Arbeit mit der Verteilung der Lebensmittelkarten und mit anderen ihnen von der Bezirkshauptmannschaft aufgetragenen Agenden haben, diese Arbeit unentgeltlich leisten wurde dies von der Gemeinde Wien nicht verlangt, weil sie von der Ansicht ausgeht, dass niemand zu einer Arbeit ohne Entgelt verpflichtet werden könne. Die Gemeinde habe aber auch, ohne in Kenntnis zu sein, wie gross die Zuwendung des Staates sein werde, ihnen denselben Anschaffungsbeitrag wie den städtischen Beamten Ende 1917 gewährt und sie sei auch die einzige Schulerhalterin, welche seit dem Beginn des

heutigen Jahres ihnen den um 50 % erhöhten Teuerungszuschlag ausbezahlt. Die Gemeinde Wien geht sogar in der Beziehung weiter, wie das Land Niederösterreich, welches in seiner Fürsorge für die Lehrerschaft weit aus an der Spitze sämtlicher Kronländer steht. Trotzdem hat keine einzige Lehrerschaft in ganz Oesterreich irgend eine Kundgebung veranstaltet und einen Teile der Wiener Lehrerschaft blieb es vorbehalten, ohne Ueberlegung sich in einen schroffen Widerspruch zu den Tatsachen zu stellen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler.  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 26. März 1918. Nr. 81.

GR. Leopold Schmidt +. Am Sonntag ist der GR. Leopold Schmidt nach längerem Leiden im 71. Lebensjahre gestorben. Er gehörte vom Jahre 1893 bis zum Jahre 1910 dem Bezirksrat Ottakring an und wurde in diesem Jahre vom ersten Wahlkörper des 16. Bezirkes in den Gemeinderat entsendet. Er war auch Obmann-Stellvertreter des Ortschaftsrates und war Mitglied mehrerer gemeinderätlicher Ausschüsse. In allen diesen Stellungen hat er sich durch ausserordentliches Pflichtgefühl und rege Betätigung ausgezeichnet. Vor kurzer Zeit ist sein einziger Sohn auf dem Felde der Ehre gefallen. Das Leichenbegängnis findet morgen Mittwoch, 2 Uhr nachmittags vom Trauerhause 16. Bezirk Payergasse 2 aus statt, die Einsegnung erfolgt in der Breitenfelderkircher am Uhlplatz und die Beerdigung am Ottakringer Friedhofe.

Osterdienst der Brot- und Mehlkommissionen. Am Karsamstag, den 30. d.M. ist in allen Brot- und Mehlkommissionen Vormittagsdienst, weil an diesem Tage der Nachmittagsdienst entfällt. Am Ostersonntag entfällt der Kommissionsdienst gänzlich und bleiben die Kommissionslokale geschlossen. Am Ostermontag wird nur Feiertags-Journaldienst gehalten.

Heranziehung von Landsturmpflichtigen zum Landsturmdienst ohne Waffe. In der heutigen Sitzung des Stadtrates brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen eingehenden Bericht des Magistrates über die Heranziehung von Landsturmpflichtigen zum Landsturmdienst ohne Waffe zur Kenntnis. Der Bürgermeister gab bekannt, dass er bereits am 2. Februar l.J. eine ausführlich begründete Denkschrift dem Kaiser übermittelt habe, in welcher er auf die schweren wirtschaftlichen Schäden hinwies, welche die neuerlichen Einberufungen zur Folge haben. Schon durch die bisher erfolgten zahlreichen Musterungen sei bereits ein derartiger Tiefstand der für die Wirtschaft zur Verfügung stehenden Kräfte eingetreten, dass zur Aufrechterhaltung wenigstens der umgehend notwendigen Betriebe und Unternehmungen Landsturmenthebungen in grösserem Umfange zugestanden werden mussten. Der Chef des Ersatzwesens für die gesamte bewaffnete Macht, welchem diese Denkschrift zugewiesen wurde, hat nun an die Militärkanzlei einen Bericht vorgelegt, nach welchem auf die weitere Heranziehung nicht geeigneter bis zur Erreichung des von den Regierungen zugestandenen Kontingentes (ungefähr 50.000 Mann, darunter <sup>Wien 7.000</sup> für Wien) im Interesse der Sicherstellung des rollenden Ersatzes nicht verzichtet werden könne. Es liege in der Macht der politischen Bezirksbehörde, den Anforderungen der Volkswirtschaft Rechnung zu tragen, da die Details der Durchführung dieser Aktion dem direkten Einvernehmen zwischen den Militärkommandos und den politischen Behörden überlassen sei. Der Magistrat müsse sich daher darauf beschränken, im eigenen Wirkungskreise durch weitestgehende Ausscheidung von Angehörigen der in Betracht kommenden für die Allgemeinheit wichtigen Berufsklassen, die Härten der Massnahme nach Möglichkeit zu mildern.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner beantragte l. Der Stadtrat nimmt seinen Bericht betreffs Heranziehung Untauglicher zum Landsturmdienst zur Kenntnis. 2. Der Stadtrat erwartet vom Magistrate als politische Behörde l. Instanz, dass er die wirtschaftlichen Rücksichten genauestens und strengstens wahre und keine Einberufung veranlassen werde, welche diesen getotenen Rücksichten zuwider ist. 3. Hiedurch ist der Antrag der StRe. Dr. Hein und Hohensinner erledigt. An den Bericht schloss sich eine Debatte, an welcher sich die StRe. Knoll Dr. Hein und Müller beteiligten, worauf die Anträge des Bürgermeisters einstimmig zum Beschlusse erhoben wurden.

# 82 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 27. März 1918. Nr. 82.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Die Fleischabgabe an die Besitzer der grünen, blauen und braunen Einkaufscheine wurde für die 51. Woche mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung in folgender Weise festgesetzt: Samstag, 30. d.M. A bis F, Montag, 1. April G bis K, Mittwoch, 3. L bis R und Donnerstag 4. S bis Z. Das Wohlfahrtsfleisch wird ohne Rücksicht auf die Gattung zum Einheitspreise von 3 K 60 h für 1 kg in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlächtereie gegen Abtrennung der Ziffer 48 der noch geltigen alten Einkaufscheine im bisherigen Ausmasse abgegeben werden.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte unter dem Vorsitze des Oberstadtphysikus Dr. Böhm wurde der Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Monate Februar 1918 erstattet. Der Krankenstand war trotz der kalten Jahreszeit und der Ungunst der Ernährungsverhältnisse niedrig, jedenfalls um vieles günstiger als im Vorjahre. In die armenärztliche Behandlung sind 10451 Fälle gegen 11343 im Vormonat und 12388 im Februar des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 2884 Fälle, auf die entzündlichen Krankheiten der Verdauungsorgane 1437, auf Lungentuberkulose und Scrophulose 900 Fälle. Die Infektionskrankheiten zeigten eine normale Verbreitung, nur die Dysenterie hat mit 68 Fällen trotz der kalten Jahreszeit nicht den erwarteten Rückgang erfahren. Aus der Zivilbevölkerung liefen 995 Anzeigen ein, hiervon entfielen 382 auf Scharlach, 271 auf Diphtherie, 31 auf Bauchtyphus, 68 auf Ruhr, 2 auf Blattern und 208 auf Varizellen. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 67 Anzeigen erstattet. Die Sterblichkeit war etwas grösser als im Vormonat, aber viel geringer als im Vorjahre und im Jahre 1916. Insgesamt starben 2979 Zivil- und 460 Militärpersonen, zusammen 3439 Personen gegen 3761 im Vormonat und 4453 im Februar des Vorjahres. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf die Tuberkulose mit 677 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 53'77 %, das weibliche mit 46'23 % beteiligt. Im Berichtsmonate wurden 31 gerichtliche und 101 sanitäts-polizeiliche Obduktionen vorgenommen. Von den städtischen Sanitätsstationen wurden 3655 Transporte, darunter 518 Leichentransporte durchgeführt.

Lehrerernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola befördert: Johann Matiassek zum Bürgerschullehrer, Johann Arbter, Karl Beer, Rudolf Fellner, Johann Mikowitsch, Wilhelm Nowotny und Friedrich Sainitzer zu Volksschullehrern 1. Klasse, Laura Richter, Lučmilla Bayer, Thusnelde Lauter und Helene Weyr zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse, Ernst Rumler zum Volksschullehrer 2. Klasse und Margarethe Liedermann, Leopoldine Draschner, Maria Ivantsich, Auguste Leutgeb, Marie Löfler, Elisabeth Schmied, Karoline Schwarzinger, Angela Sodoma, Marie Steiner und Johanna Wach zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

83

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 27. März 1918. Nr. 83.

Dienstjubiläum. Der der Magistratsdirektion zugeteilte Magistratsrat Wilhelm Gmeiner vollendete heute sein 25. Dienstjahr bei der Gemeinde Wien. Im April 1868 geboren trat er am 27. März 1893 in den städtischen Dienst und wurde zuerst einem Bezirksamt zugeteilt. Vom Jahre 1897 bis zum Jahre 1909 betätigte er sich im Bezirksschulrate und wurde in letzterem Jahre der Magistratsdirektion zugewiesen, woselbst ihm als Vorstand des Büros für Verwaltungsreform ein neuer und wichtiger Wirkungskreis übertragen wurde. Magistratsrat Gmeiner, der sich infolge seiner persönlichen Eigenschaften allgemeiner Beliebtheit erfreut, wird wegen seiner Fähigkeiten von seinen Vorgesetzten sehr geschätzt und sein Pflichteifer und sein Fleiß sind vorbildlich für die ihm unterstellte Bamtenschaft. Anlässlich des Jubeltages empfing er zahlreiche Glückwünsche.

Keine Schweineabgabe. Morgen (Donnerstag) findet keine Abgabe von ungarischen Schweinen an Fleischselcher statt.

GR. Leopold Schmidt +. Das Leichenbegängnis des Ottakringer Gemeinderates Leopold Schmidt fand heute unter großer Beteiligung statt. Die Gemeinde Wien war vertreten durch Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vizebürgermeister Hierhammer und Hoß, die GR. Brauneiß, Daberkow, Eigner, Heffenmayer, Hilscher, Hötzel, Jung, Komrowsky, Laubek, May, Partik, Pichler, Rupprecht, Rykl, Schimek, Stangelberger, Ullreich und Wimberger. Ferner sah man die gewesenen GR. Claus und Preyer, Kanonikus Pax, Bürgerschuldirektor Suttner, Magistratsdirektor Nüchtern, die Magistratsräte Formanek und Dr. Held, Mag. Sekretär Dr. Suttner, viele Bezirks-, Ortsschul- und Armenräte, Mitglieder der Bürgervereinigung. Die Einsegnung nahm Pfarrer Spatz vor. In dem Nachrufe, den Bürgermeister Dr. Weiskirchner vor der Kirche sprach, gedachte er in ehrenden Worten der stillen aber eifrigen Tätigkeit <sup>Schmidts</sup> / im Interesse der Volksschule und des Wirtschaftslebens der Gemeinde. Der Dahingeschiedene sei nun mit seinem vor wenigen Monden gefallenen Heldensohne vereint, dessen Verlust ihn so tief erschütterte. Mit Worten treuen Gedenkens nahm der <sup>Bürgermeister</sup> Y. Abschied von dem <sup>Fotografen</sup>.

84

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Dien. l. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 28. März 1918. Nr. 84.

Die Milchversorgung Wiens. In der Sitzung der Milchversorgungsstelle vom 27. d.M. mechte der Leiter zunächst die Mitteilung, dass die Milchlieferung nach Wien neuerlich zurückgegangen sei, so dass die Versorgung der Kinder und Kranken mit Milch bereits auf ernste Schwierigkeiten stosse. Immerhin aber sei der Rückgang der Anlieferung in den letzten 2 Monaten um 21% geringer als in der gleichen Periode des Vorjahres. Sodann gab der Leiter dem Beirat die von der Milchversorgungsgeselle zur Verbesserung der Anlieferung sowie Beseitigung der Schwierigkeiten in der Milchverteilung eingeleiteten Schritte bekannt. Schliesslich wurde die von den Molkereien angeregte Frage der Gewährung einer Sondervergütung für die molkereimässige Behandlung der Milch ( Filtrieren, Pasteurisieren, Tiefkühlen etc. ) einer eingehenden Erörterung unterzogen.

Eine städtische Akademie für soziale Verwaltung. Die Gemeinde Wien hat im Frühjahr 1917 zur Ausbildung von beamteten Hilfskräften für ihr Jugendamt einen Fachkurs eröffnet, der im Herbst 1917 wiederholt und nach dem Vorbilde der besten sozialen Frauenschulen Deutschlands auf 2 Jahre erstreckt wurde. In ihm werden medizinische, erzieherische und juristisch-soziale Fächer theoretisch behandelt und in gleichzeitigen oder nachfolgenden praktischen Kursen angewandt vorgeführt. Der Kurs wird von ungefähr 100 weiblichen und einigen männlichen ordentlichen Hörern besucht. Es ist sehr erfreulich und zugleich ein Zeichen der Zeit, dass sich zum heurigen Fachkurse wenige Wochen nach seiner Eröffnung in grösserer Zahl private Interessenten als ausserordentliche Teilnehmer melden: Vereinsfunktionäre, die eine besondere Ausbildung bloss in einzelnen medizinischen oder sozialrechtlichen Fächern anstreben, und sehr viele Lehrpersonen die für eine nebenamtliche Betätigung in Horten und Heimstätten ihre Kenntnisse im Hortbetrieb, im Jugendspiel oder Kindergesang zu erweitern suchen. Wieder andere nehmen nur an dem bürgerkundlichen Unterrichte teil. Die Erfahrungen des Fachkurses für Jugendfürsorge beweisen also, dass er nicht bloss von solchen Hörern frequentiert wird, die eine geschlossene Ausbildung in der Jugendfürsorge anstreben, sondern dass daneben Vielen aus dienstlichem oder persönlichem Interesse die Ausbildung oder Fortbildung auf einzelnen Gebieten der sozialen Fürsorge erwünscht ist. Hinsichtlich ihrer Vorbildung weisen die Besucher sehr verschiedene Grade auf:

Bürgerschülerinnen neben Kindergärtnerinnen, absolvierte Lyzealschülerinnen, Maturanten und Maturantinnen und solche, die bereits einen akademischen Grad erreicht haben. Man kann sagen, dass der Weg für eine Akademie bereits deutlich vorgezeichnet ist, für eine Akademie zum Unterschiede von einer eigentlichen Hochschule, da es einerseits erwünscht ist, in der Frage nach der vorangegangenen Schulbildung nicht zu engherzig zu sein, den Besuch der Vorlesungen und Praktika also keineswegs nur auf Mittelschüler und Mittelschülerinnen zu beschränken und dass andererseits die soziale Bildungsanstalt einer Hörerschaft mit sehr verschiedenartigen Interessen gerecht werden soll. Dazu kommt noch, dass die soziale Fürsorge in Theorie und Praxis von Tag zu Tag sich fortentwickelt und für die Ausbildung irgend ein starres System verfehlt wäre. Gerade die Beweglichkeit in der Auswahl des Lehrstoffes und bei der Zusammenfassung verschiedener Gruppen von Fächern ist aber für eine Akademie wesentlich. Neben dem Fachkurse für Jugendfürsorge ist übrigens von der Gemeinde Wien bereits ein anderer Kurs erstmalig veranstaltet worden, ein Einführungskurs für Angestellte des Arbeitsnachweises. Die erweiterte Tätigkeit in der Wohnungsfürsorge wird sehr bald das Bedürfnis nach einer Ausbildung von Fachorganen auf diesem Arbeitsgebiete erzeugen. Ueber Veranlassung des Damenbeirates der Kriegszentrale im Rathause fand im Jänner und Februar l.J. ein Kurs zur Ausbildung <sup>von</sup> Recherchentinnen statt. In der ersten Friedenszeit wird die knapp vor Kriegsausbruch grundsätzlich beschlossenen Verwendung von Ermittlungsbeamten in der städtischen Armenpflege zu einer gewissen Stabilisierung des Personales der Armeninstitute führen und so eine besondere Ausbildung der Beamten und Beamtinnen der Armeninstitute und der zentralen Armenämter aktuell werden. Schliesslich sollen den ehrenamtlichen Organen der Armen- und Waisenpflege in eigens für sie zu veranstaltenden Kursen die Grundlagen ihres Arbeitsgebietes und Neuerungen in der Fürsorge zur Kenntnis gebracht werden. Da es nun verfehlt wäre, bald da bald dort im städtischen Organismus Fachkurse zu veranstalten, hat der Wiener Stadtrat in seiner letzten Sitzung über Antrag des StR. Tomola beschlossen, alle die bestehenden und für die Zukunft geplanten Veranstaltungen zusammenzufassen und eine eigene Bildungsstätte für das ganze Gebiet der sozialen Fürsorge mit Ausnahme der Krankenpflege zu errichten. Den Besuchern wird je nach ihrer Wahl die Möglichkeit zur geschlossenen Ausbildung auf bestimmten Fachgebieten oder zur Frequenz einzelner Vorträge und Veranstaltungen eröffnet werden. Als Lehrkräfte werden wie im Fachkurs für

Jugendfürsorge neben Hochschuldozenten und pädagogischen Fachlehrern, Beamte der Gemeinde und anerkannte Praktiker der Fürsorge ( Männer und Frauen ) herangezogen werden. Die zu errichtende Akademie für soziale Verwaltung wird später zu einer Akademie für soziale und kommunale Verwaltung erweitert werden und als solche die Heranbildung und Fortbildung der Berufs- und Ehrenbeamten der Gemeinde für die mannigfaltigen Zweige des Gemeindedienstes zur Aufgabe haben. Der Beschluss des Stadtrates lautet: Der Erweiterung des städtischen Fachkurses für Jugendfürsorge zu einer Akademie für soziale Verwaltung wird grundsätzlich zugestimmt. Die städtische Akademie für soziale Verwaltung, deren Eröffnung für den Herbst 1918 in Aussicht genommen wird, ist zur Ausbildung und Fortbildung der ehrenamtlich und beruflich in der städtischen Armen- und Wohlfahrtspflege tätigen Organen bestimmt, soll jedoch auch privaten Interessenten offenstehen. Der theoretische und praktische Unterricht an der Akademie hat sozialhygienische, sozialrechtliche und sozialpädagogische Fächer zu umfassen. Die Angelegenheit an der Akademie für soziale Verwaltung, die später zu einer Akademie für soziale und kommunale Verwaltung zu erweitern sein wird, sind einem Kuratorium zu übertragen, dem der Bürgermeister als Vorsitzender, eine Anzahl von Vertretern des Gemeinderates und vom Bürgermeister zu berufende Fachleute ( Männer und Frauen ) nebst dem Leiter der Akademie angehören. Die näheren Anordnungen hierüber trifft der Stadtrat.

Die Sommerzeit und die Schulen. Durch einen vom Bezirksschulrat an die Schulleitungen ergangenen Erlass wurden die Kinder verständigt, dass der Unterricht vom 2. April an nach der ursprünglich mit 1. April zu beginnenden Sommerzeit anzufangen hat. Mit Rücksicht auf die Verschiebung des Beginnes der Sommerzeit wird, da wegen der Osterferien die Kinder nicht verständigt werden können, aufmerksam gemacht, dass die Schulkinder vom 2. bis 15. April zur gewöhnlichen Zeit, also nicht eine Stunde früher in der Schuler zu erscheinen haben.

Abänderung der Verkaufsvorschriften für Schweinefleisch aus der städtischen Schweineübernahmestelle. Die in letzterer Zeit aufgetretene Fleischknappheit hat es als wünschenswert erscheinen lassen, dass so wie beim Rindfleischverkauf auch bei dem des Schweinefleisches eine Abgabebeschränkung vorgenommen werde. Es wurde daher die Magistratskundschaft vom 22. v.M. über die Abgabe von Schweinefleisch aus der städtischen Schweineübernahmestelle mit Wirksamkeit vom 1. April d.J. dahin abgeändert dass dieses Fleisch bis auf weiteres statt in Kilopaketen in Halbkilopaketen an die Verbrauchher abgegeben werde. Weiter wurde verfügt, dass der Verkauf dieses Schweinefleisches in den Markthallen statt um 8 Uhr bereits um 7 Uhr früh zu beginnen habe.

Abgabe von Schweinen. Morgen ( Freitag ) werden an die Fleischselcher keine Schweine abgegeben, hingegen werden Innere an Fleischselcher mit den N<sup>o</sup> 128 bis 135 verteilt.

85

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 29. März 1918. Nr. 85.

Das historische Museum der Stadt Wien im Rathause wird am Ostersonntag für den allgemeinen Besuch wieder eröffnet werden. Besuchstunden an den beiden Osterfeiertagen <sup>von</sup> 9 bis 12 Uhr, sonst Dienstag und Donnerstag von 2 bis 2 Uhr, Sonn- und Feiertage von 9 bis 1 Uhr. Zugang über die Feststiege 2.

Butterabgabe. In der Woche vom 1. bis 7. April gelangen sowohl bei den städtischen Butterabgabestellen als bei den Konsumentenorganisationen 40 Gramm Butter zur Ausgabe.

Abgabe von Betriebskohle. Wie uns amtlich mitgeteilt wird, wird im April 1. J. auf Grund der Bezugsscheine die unter dem Buchstaben B festgesetzte Monatsmenge an Betriebskohle abgegeben. Die auf Grund der Kohlenkarten auszugebende Wochenmenge an Küchenbränden wird bis 6. April verlautbart werden.

Die Zeichnungen der Schulkinder für die 7. Kriegsanleihe. Die Kinder und Lehrpersonen der öffentlichen allgemeinen Volks- und Bürgerschulen des Wiener Schulbezirkes haben sich bei der Zeichnung auf die 7. österreichische Kriegsanleihe im Wege der Schulzeichnungen mit einem Betrage von 2,643.350 Kronen beteiligt.

Vom Fischmarkt. Für die diesjährige Osterwoche wurden bisher 19.225 kg Karpfen zu Markte gebracht, wovon 4325 kg österr. und 15.500 kg ungar. Provenienz waren. In den der Osterwoche vorangehenden 3 Wochen, die gleichfalls für den Ostermarkt in Betracht kommen, wurden folgende Quantitäten an Karpfen zugeführt u. zw. in der Woche vom 2. bis 8. ds. M. 22.660 kg ungar. und 1640 kg österr. Provenienz, vom 9. bis 15. 14.150 kg ungar. und 4200 kg österr. Provenienz, vom 16. bis 22. 16.500 kg ungar. und 7300 kg österr. Provenienz, zusammen 53.310 kg ungar. und 13.140 kg österr. Provenienz. Die Zufuhren für den Ostermarkt betragen schon an Karpfen 17.465 kg österr. und 68.810 kg ungar. Provenienz, somit insgesamt 86.275 kg gegen 82.570 kg zu Ostern des Vorjahres. Durch das Zusammenfallen der christlichen und der jüdischen Feiertage war der Marktverkehr äusserst lebhaft und die Nachfrage äusserst rege, so dass die täglichen Zufuhren nur knapp den Tagesbedarf deckten.

Mieterschutz. Vor dem Verwaltungsgerichtshof kam vor kurzem die Entscheidung eines Wiener Mietamtes zur Verhandlung. Das

von mehreren Parteien wegen einer Zinserhöhung angerufene Mietamt hatte entschieden, dass die Wiederherstellung des Mietzinses auf die bei Kriegsbeginn bestande Höhe zulässig sei. Der Verwaltungsgerichtshof hat die gegen diese Entscheidung erhobene Beschwerde als unbegründet abgewiesen. In den Entscheidungsgründen erklärt der Verwaltungsgerichtshof die von den Beschwerdeführern erhobene Einwendung der Unzuständigkeit des Mietamtes für nicht zutreffend. Wenn es auch richtig sei, dass über die Frage, für welche Dauer der Zinsnachlass gewährt worden sei, ausschliesslich die Zivilgerichte zu entscheiden haben, so gehöre doch die Prüfung der Zulässigkeit der Wiederherstellung des Zinses an sich - und nur hierüber habe das Mietamt entschieden - in die Zuständigkeit der Mietämter.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Hr. Stefan Rieder zum Magistrats-Oberkommissär, Dr. Ernst Ludwig zum Magistrats-Konzipisten, Heinrich Schlöss zum Architekten 3. Klasse, in der Kanzlei Marl Diemer und Viktor Bruckmüller zu Direktions-Adjunkten, Franz Krammer, Julius Kutschker, Alois David, Karl Haller und Peter Kroth zu Oberoffizialen, Alfred Brachtl, Robert Edelmann, Viktor Stöggermayer und Gustav Tirolid zu Akzessisten.

Obmänner Konferenz.  
=====

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der VB. Hoss und Rain fand heute die 92. gemeinderätliche Obmänner - Konferenz statt. Einleitend teilte der Bürgermeister das Ergebnis einer unter dem Vorsitze des Ministers des Innern stattgefundenen Besprechung in Angelegenheit der Disposition über die von der Zivilverwaltung errichteten Barackenlager mit, nach welchen eine grössere Anzahl der Oesterreich bestehendem Barackenlager der Gemeinde Wien für verschiedene sanitäre und Fürsorgezwecke überlassen werden soll.

Magistratsrat Dr. Wanschura berichtete über die Fleischversorgung und schilderte die Massnahmen der Gemeinde Wien, die eine Steigerung des Rinderauftriebes bezwecken und dahin wirken sollen, dass auch die Qualität der anzuliefernden Rindfleisch eine bessere werde. Im Anschlusse hieran erörterte Magistratsrat Dr. Jamöck die geplante Regelung des Rindfleischbezuges und teilte mit, dass durch eine bevorstehende Verordnung des Ernährungsamtes der Bezug von Einheits- und Extrem-<sup>Preis</sup>fleisch in einem für jede Woche festzusetzenden Ausmasse in Hinkunft an den weissen amtlichen Einkaufsscheine gebunden werden soll, um vor allem dem Doppelbezuge ein Ende zu bereiten, den Schleichhandel einzudämmen und die ausserhalb Wiens Wohnenden vom Rindfleischbezuge in Wien auszuschliessen. Eine Rayonierung der Kunden werde sofort erfolgen, wenn die zentrale Schlachtung zur Durchführung gelangt, sohin die Belieferung der einzelnen Verkaufsstellen gewährleistet ist, was noch im Monate Mai zu gewärtigen sei. An diesen Bericht knüpfte sich eine umfangreiche Debatte, an der sich die Gemeinderäte Dr. von Schwarz-Hiller, Skaret, Dr. Hein, von Steiner und Räumann beteiligten.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtet hierauf über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien und teilte mit, dass nach der gegenwärtigen Anlieferung und nach der Zusicherung der Regierung die Kartoffelversorgung bis Anfangs Juni, jedoch bloss bei einer Kopfquote von 1 kg per Woche gesichert sei.

GR. Br. Hein regte mit Rücksicht auf die nach seiner Meinung bestehende Möglichkeit an, die Regierung aufzufordern, die Belieferung der Stadt Wien mit Kartoffeln in einer solchen Höhe durchzuführen, dass die 1½ kg Quote beibehalten werden könne.

Zum Schlusse nahm die Konferenz einen Bericht des Magistratsrates Dr. Rosskopf über verschiedene Approvisionierungsfragen, insbesondere über die Meherversorgung der Stadt Wien zur Kenntnis.

85 de

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Versprache der Obmännerkonferenz bei Ministern. Die Obmännerkonferenz der Parteien des Wiener Gemeinderates hat heute die Forderungen und Wünsche in der Ernährungsfrage festgelegt und beschlossen, sowohl beim Minister des Aeußern Grafen Czernin, als auch beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler im Laufe der nächsten Woche vorzusprechen. In Ausführung dieses Beschlusses hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner um den Empfang der Abordnung angesucht und sie wird beim Grafen Czernin am nächsten Dienstag, bei Dr. v. Seidler am nächsten Donnerstag jedesmal um 10 Uhr vormittags versprechen.

III/08

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Franz Michew,**  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 30. März 1918. Nr. 36.

### Schweinefleisch aus der städtischen Schweineübernahmestelle.

Die in letzterer Zeit aufgetretene Fleischknappheit hat es als wünschenswert erscheinen lassen, dass so wie beim Rindfleischverkaufe auch bei dem des Schweinefleisches eine Abgabebeschränkung vorgenommen werde. Es wird daher das Fleisch aus der städtischen Schweineübernahmestelle vom 1. April bis aus weiteres statt in Kilopaketen in Halbkilopaketen an die Verbraucher abgegeben werden. Weiters wurde verfügt, dass der Verkauf dieses Schweinefleisches in den Markthallen statt um 8 Uhr bereits um  $\frac{1}{2}$  7 Uhr früh zu beginnen habe.

Butterabgabe. Wegen verspäteter Zulieferung wird die Butterabgabe in der Woche vom 1. bis 7. April erst mit Donnerstag dem 4. beginnen. Der Preis für 12 dkg Butter stellt sich für diese Woche ausnahmsweise auf K 1.63.

Kerzenausgabe. Im April wird für Wohnungen ohne Unterschied ihrer künstlichen Beleuchtung, für Wohnungen, für welche Petroleumbezugskarten ausgegeben wurden und für Aftervermietungen, für welche Petroleumbezugskarten ausgegeben wurden, je eine Kerze im Gewichte von 1/32 kg ausgefolgt. Als Bezugskarten gelten bisher der neue amtliche Einkaufsschein und die Petroleumbezugskarte für Wohnungen und Aftervermietungen. Beim amtlichen Einkaufsschein ist im Monat April die auf der rechten Seite befindliche Ziffer 3 abzutrennen.

Petroleumausgabe. In der Zeit vom 31. ds. M. bis einschliesslich 3. April werden auf Grund der Petroleumbezugskarten nachfolgende Mengen ausgefolgt: Für Wohnungen und Geschäftslokale 1/8 Liter, für Heimarbeiter und für die Beleuchtung der Fluren, Stiegen und Gänge für jede Flamme 2/8 Liter wöchentlich.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 31. d. M. bis 6. April gegen Abtrennung des Zifferabschnittes 47 des amtlichen Einkaufsscheines.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird mit Rücksicht auf die knappen Vorräte für die kommende Woche mit 1 kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht gegen Abtrennung des Wochenabschnittes M der Kartoffelkarte.

Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat die Stelle eines Oberkurators in dem projektierten Wohnungsergänzungsverein für Wien und Niederösterreich (Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien) übernommen und als Kuratoren Gemeinderat Dr. Ignaz Stich und Magistratsrat Dr. Sagmeister bestellt.

Mansarden - Wohnungen. Der Gemeinderat hat der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Heinrich“ die Bewilligung zur Bewohnbarmachung von Mansardenräumen im Hause 19, Bezirk Peter-Jordanstrasse 32 und 34 unter der Bedingung genehmigt, dass die Benützung der Mansardenräume zu Wohnzwecken nur auf die Dauer der ausschliesslichen Verwendung des ganzen Gebäudes für gemeinnützige Zwecke gestattet wird. Im Falle der Endigung dieser Verwendung ist die Unterteilung des Dachbodens in eine Mansarde und einen Oberboden auf Kosten und Gefahr der Hausinhalter ohne Rückersatz zu beseitigen.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Leopoldstadt hält Donnerstag, den 4. April um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Vom Bezirksamte Meidling. Am Stelle des erkrankten Leiters des magistratischen Bezirksamtes für den 12. Bezirk Magistratssekretär Dr. Müllner, wurde Magistratssekretär Josef Seemann zum provisorischen Leiter dieses Bezirksamtes bestellt.

Abgabe von Dörrgemüse. In der kommenden Woche wird vom 4. bis 7. April Dörrgemüse (Halmrüben, Preis für 10 dkg K 1.06, für 15 dkg K 1.58) abgegeben. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes des neuen amtlichen Einkaufsscheines mit der Ziffer 4.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen.